

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzeln Nummer 6 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustriertem Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7820.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgeleitete Kolonelle-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie
 Arbeitsmarkt 20 Pf. Inzerate für die
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Korrespondenz: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. | Dienstag, den 30. Mai 1899. | Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Am 1. Juni 1899 eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“

mit der illustrierten Sonntags-Beilage
„Die Neue Welt“
 und der täglichen
Unterhaltungsbeilage.

Im Unterhaltungsblatt beginnen wir anfangs Juni mit einer lustigen Berliner Geschichte:

„Der Kampf um Briesener“.

Von Heinrich Vorhard.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennigen frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

1 Mark 10 Pfennig für den Monat Juni

entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste für 1899 unter Nummer 7820).

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Siehe Inserat betr. Kleine Anzeigen.

Ein Nachwort zum Tuberkulose-Kongress.

Aus ärztlichen Kreisen wird uns geschrieben:

Wir haben von dem Kongress den Gesamteindruck mitgenommen, daß ein lauterer Streben, der leidenden Menschheit zu helfen, die Männer zusammengeführt hatte, welche dort berieten, und daß sie den ehrlichen Wunsch hatten, den Kampf gegen die furchtbare Seuche mit Energie aufzunehmen. Auch die Einsicht, daß nur die genaue Kenntnis von den Ursachen der Krankheit die Grundlage für einen wirksamen Kampf abgeben könne, war wohl fast ausnahmslos vorhanden, und ebenso fast ausnahmslos der gute Wille, rücksichtslos die Erforschung der Ursachen aufzunehmen.

Ob aber ein irgend beträchtlicher Teil der bürgerlichen Kongressbesucher auch die nötigen socialpolitischen Forderungen ziehen werden, das muß mehr als zweifelhaft erscheinen. Gerade wir, die wir wissen, daß wirtschaftliche Verhältnisse in der Politik von maßgebendem Einflusse sind, werden dadurch vor optimistischen Erwartungen geschützt. Wir wissen, daß der Widerstand der kapitalistischen Interessentkreise die Erfüllung der Forderungen, die sich aus den Forschungen der Wissenschaft ergeben haben, zu vereiteln suchen wird. Immerhin: das kann nicht zweifelhaft sein, daß der Kongress nicht ganz ohne Einfluß auf die Regierungen und die herrschenden Klassen bleiben wird. Der Zusammenhang der Tuberkulose mit den wirtschaftlichen Verhältnissen, ihr Charakter als „Proletariatskrankheit“ ist als unbestreitbar feststehend anzusehen. Wer nach den eindrucksvollen Mitteilungen, die nicht allein von den Vertretern der Krankenkassen, unserem Genossen Dr. Friedberg, sondern auch von einer Reihe bürgerlicher Redner — Direktor Dr. Gebhard, Professor Kubener u. a. — gemacht wurden, dies noch zu bezweifeln wagt, bei dem kann nicht mehr Unkenntnis und Unwissenheit als Erklärungsgrund angenommen werden, sondern einzig und allein böser Wille. Die sichere Feststellung dieses Zusammenhanges mit den wirtschaftlichen Verhältnissen erscheint uns darum als das Hauptergebnis des Kongresses, weil sie für das Proletariat und alle, die es mit ihm aufrichtig meinen, ein neuer Ansporn sein wird, alle Kräfte einzusetzen für die Befreiung des Proletariats aus diesen wirtschaftlichen Verhältnissen.

Und die Arbeiterklasse ist bereits daran gegangen, die Ergebnisse des Tuberkulose-Kongresses für die Praxis des Lebens zu verwerten. Die Konferenz der deutschen Krankenkassen, welche auf Anregung der Central-Kommission der Krankenkassen Berlins am Sonntag stattfand, ist sofort ans Werk gegangen, um die Gesetzgebung zur Anerkennung der Ergebnisse des wissenschaftlichen Kongresses zu drängen. Diese Konferenz hat alle Erwartungen, die man an seine Beratungen geknüpft hatte, in vollstem Maße erfüllt.

Erschienen waren Delegierte aller Arten von Krankenkassen, — Orts-, Hilfs-, Betriebs-, Innungs-Krankenkassen — insgesamt nahezu ein Viertel der frankenversicherungspflichtigen Bevölkerung Deutschlands vertretend. Und trotz der mannigfachen Gegenstände, die zwischen diesen verschiedenen Arten von Krankenkassen bestehen, gelang es, in allen den Fragen, welche die Konferenz beschäftigten, vollkommene Uebereinstimmung zu erzielen! Es war dies deshalb möglich, weil alle Erschienenen — auch, wie wir gern hervorheben, die anwesenden bürgerlichen Krankenkassen-Vertreter — das gleiche Streben besaßen, weil alle gleichmäßig bemüht waren, mit aller Kraft für die Interessen der

versicherten Arbeiter, für das Wohl der kranken Proletarier zu wirken.

So gelang denn vor allem der große Wurf: es wurde nahezu einstimmig beschlossen, den Grundstein zu einer dauernden Organisation aller Krankenkassen Deutschlands zu legen, um so die bisher zerstreuten Kräfte zu sammeln zu gemeinsamer Arbeit, vor allem zu gemeinsamer Einwirkung auf die Gesetzgebung. Was wir von dieser Einigung erwarten, das haben wir bereits in unserm Begrüßungsartikel ausgesprochen: wir hoffen, daß sich durch sie die Krankenkassen zu einer neuen Waffe im Befreiungskampfe des Proletariats entwickeln werden.

Geschichtliches zur Leutenot.

Unsere neulichen Darlegungen über die „Leutenot in Ostpreußen“ regen in der „Kreuz-Zeitung“ die ängstliche Vermutung an, daß sie offenbar dazu dienen sollen, den Genossen für ihre Landagitation Stoff darzubieten. Die Abmung der „Kreuz-Zeitung“ ist durchaus begründet. Daß ihr das von uns beigebrachte Material nicht genügend erscheint, ist ebenfalls zu billigen. Wir werden nach Kräften bemüht sein, so viel wie möglich Material zu sammeln, um den Ansprüchen der „Kreuz-Zeitung“ völlig zu genügen. Dagegen ist ihre Anzweiflung des von uns gegebenen Materials recht wenig stichhaltig. So hieß es in unserem Artikel: „Der städtische Arbeiter ist in Krankheitsfällen gegen äußerste Not geschützt, er hat Arzt und Medikamente, ganz anders bei dem Landarbeiter.“ Dazu bemerkt das Blatt: „Der Gewährsmann hiltet sich, für diese Behauptung Beispiele beizubringen.“ Und dann erzählt die „Kreuz-Zeitung“ das Paradebeispiel von dem socialdemokratischen Gutbesitzer, der „unchristlich“ gehandelt hätte. Das Junkerorgan wird nächstens nach Weveßen schreiben, wenn wir behaupten, die Landarbeiter könnten sich nicht koalieren. Der Landarbeiter hat nicht die gesetzlichen Rechte, die das Krankenunterstützungsgesetz den Fabrikarbeitern gewährt, damit ist unsere Behauptung bewiesen, und es bedarf nicht einzelner „Predigtmärlein“ von ärztlicher oder unchristlicher Behandlung.

Die „Kreuz-Zig.“ betont, daß sich der Verfasser unseres Artikels nicht genannt habe, um an diese Feststellung eine Vermutung über die Verfasserschaft zu knüpfen, die weit in die Irre schweift. Um die „Kreuz-Zig.“ einigermassen zufrieden zu stellen, wollen wir heute einiges Material nachtragen, dessen Urheber einen sehr bekannten Namen trägt, und das recht anschaulich in einem bereits geschichtlichen Bilde zeigt, wie die Leutenot entstanden ist, wie sich das ländliche Arbeiter-Glück in einer Zeit darbot, als die Junker sich noch nicht auf Handelsverträge und übermächtige Weltmarkt- und Industriekonkurrenz herausreden konnten, um die Schuld an der Leutenot von sich abzuwälzen.

In den langen Jahren, in denen die ländlichen Arbeitgeber über den zunehmenden Arbeitermangel in der Landwirtschaft klagten, hat es selbstverständlich niemals an Vorschlägen gefehlt, wie diesem Mangel abgeholfen werden könne. Ist es in der Gegenwart der Zug der ländlichen Arbeiter in die Industriegegenden, welche das Entsetzen unierer feudalen Junker hervorruft, so war es in früheren Jahren die Auswanderung gerade der tüchtigsten und brauchbarsten Arbeitskräfte, durch die die selbstthätigen Jureessen der allerchristlichsten Junker bedroht wurden. Je nach der Anschauung über die Ursachen der Noth der Landarbeiter waren auch die vorge schlagenen Abwehrmittel verschieden. Wurde doch gelegentlich allen Ernstes von einem Grundbesitzer **davor gewarnt, die Dienstleute so gut zu stellen, daß sie im Stande wären, die Mittel zur Auswanderung zu erübrigen**, um sie für Lebenszeit, nicht durch gesetzliche Zwang, sondern durch den natürlichen Hunger an die Scholle des Junkers zu fesseln.

Auf der anderen Seite erhoben allerdings auch einsichtsvollere Kenner der ländlichen Arbeitsverhältnisse ihre warnende Stimme. Indem sie unumwunden die Mißstände zu geben, unter denen die ländlichen Arbeiter zu leiden hatten, beschworen sie in eindringlichen Worten die ländlichen Arbeitgeber, durch bessere Fürsorge die Arbeiter mit den bestehenden Verhältnissen auszuföhnen. Es treibt die Furcht vor dem wachsenden Einfluß der Socialdemokratie auf dem flachen Lande, die Sorge, daß der Landarbeiter auf die Dauer vor diesem Einfluß nicht bewahrt werden könne, wenn es nicht gelingt, die Arbeitgeber von der Nothwendigkeit der Verbesserung der Lage ihrer Arbeiter zu überzeugen.

Es lohnt sich schon gegenüber den Klagen der preussischen Junker über die zunehmende Unbotmäßigkeit und die steigenden Lebensansprüche der ländlichen Arbeiter einige der bitteren Wahrheiten ins Gedächtnis zurückzurufen, die Freiherr v. d. Goltz in seinem im Jahre 1872 erschienenen Buche über „Die ländliche Arbeiterfrage und ihre Lösung“ den ländlichen Arbeitgebern zu lösen gegeben hat. Auch er ist weit entfernt, etwa die Arbeiter anzuklagen, für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken, vielmehr legt er seine Hoffnung auf die Einsicht der Arbeitgeber, denen er warnend zuruft: „Wenn wir den ländlichen Arbeitern zu einer besriedigenden Lebenslage verhelfen, wird es den Männern, welche den Umsturz der bestehenden Zustände herbeizuföhren trachten, nie gelingen, ihre Pläne zu realisieren, während eine **fortdauernde Vernachlässigung der ländlichen Arbeiter** mit der Zeit die letzteren ganz gewiß für die socialistische Agitation empfänglich machen wird, als es bisher noch irgendwo in Deutschland die industriellen Arbeiter gewesen sind.“ Man vergesse nicht: Das ist schon 1872 geschrieben.

Um nun die bürgerliche Gesellschaft vor dieser Feindschaft der Landarbeiter zu bewahren, ist es notwendig, den allgemeinen Kulturzustand zu heben, von dem er sagt:

„Wenn wir über den Kulturzustand der Dienstleute ein klares Verständnis gewinnen wollen, so müssen wir uns vergegenwärtigen, daß dieselben fast ohne Ausnahme Kinder, Enkel oder höchstens Urenkel von Leuten sind, welche noch zu Ende des vorigen oder zu Anfang dieses Jahrhunderts in dem Zustande großer Unfreiheit sich befanden. Als gutunterthänige Leute an die Scholle gebunden, der Gerichtsbarkeit und oft der Willkür ihrer Herren

unterworfen, an Unselbständigkeit und Untervürdigkeit von Jugend an gewöhnt, ohne oder mit ganz geringer Schulbildung aufgewachsen, befinden sie sich auf einer Kulturstufe und in einer Lebenshaltung, welche es ihnen weder möglich noch zum Bedürfnis machen, über den Zweck ihres Daseins näher nachzudenken, oder um etwas weiteres als um die Befriedigung der dringendsten Lebensnotdurft sich zu kümmern.“

War es früher die Leibeigenschaft, die den Bauer an die Scholle fesselte, ihn der Willkür seines Herrn preisgab, so hat der moderne Junker ein viel stärkeres Mittel, sich den Arbeiter gefügig zu erhalten. Es ist die Hungerpeitsche, die heute meist den ländlichen Arbeiter zum gefügigen Werkzeug macht. v. d. Goltz klagt darüber, daß sehr viele Gutbesitzer aus „krassem Egoismus“ oder „mangelnder Gewissenhaftigkeit“ die eingegangenen Verpflichtungen den Arbeitern gegenüber nicht erfüllen, und er wirft die Frage auf, wie so es dem Lohne, daß solche Verräther immer noch Arbeiter bekommen. Er giebt selbst die Antwort auf seine Frage:

„Dieser Umstand findet seine Erklärung zunächst in dem Stumpfsinn und der Gleichgültigkeit vieler Dienstleute, welche lieber in ihrer traurigen Lage zurrückbleiben, als daß sie ernstliche Anstrengungen zu einer Verbesserung derselben machen; ferner darin, daß in derartigen Verhältnissen die Leute meist stets in der Schuld des Herrn stehen und nicht abziehen können, ohne lehtere zu tilgen, wenn sie nicht ihre wertvollste fahrende Habe zurückerstatten wollen.“

Die Landarbeiter in Oberhesseln sollen wie im Paradiese leben. Freiherr v. d. Goltz sagt, daß infolge der Stumpfsicht der ländlichen Arbeiter auf ihren Gütern **die äußere Lage der Dienstleute eine sehr klägliche ist, so daß sie oft an dem Notwendigsten Mangel leiden**. Kamenlich pflegt das dort in solchen Jahren der Fall zu sein, in welchen die Kartoffeln schlecht geraten sind.“

Auch über die **Wohnungsverhältnisse** der Landarbeiter weilt Herr v. d. Goltz ein bewegliches Klagegedicht zu fangen:

„Es giebt noch viele tausende von Arbeiterwohnungen, in welchen die Gesundheit ihrer Inassen auf das ernstlichste gefährdet ist, welche auch nicht einmal den Schein einer irgendwie behaglichen menschlichen Behausung an sich tragen, und in denen es den Bewohnern unmöglich gemacht wird, auch nur den gewöhnlichsten Regeln der Sittlichkeit Rechnung zu tragen.“

Er sagt ferner, daß die schlechten Wohnungen **wesentlich dazu beitragen, daß unter den Kindern der ländlichen Arbeiter eine so ungewöhnlich große Sterblichkeit herrscht** und daß die Erwachsenen so häufig schon in den besten Jahren einem frühen Sichteum anheimfallen.“

Die Arbeiter müssen schlechte Wohnungen haben, erklärte Herr v. Szmla im preussischen Abgeordnetensaale, weil sie gesunde, gute Wohnungen nicht zu würdigen verstehen. Und so werden denn die Herren Gutbesitzer getrost fortfahren, für das wertvolle Vieh Valäste zu errichten und den Arbeiter in seiner ungefunden Lehnshütte verkommen zu lassen.

Die Arbeitszeit, behauptet v. d. Goltz, sei in Pommern immer noch zu lang, ja **„sie übersteigt auf vielen Gütern jedes zu billige Maß**. Wenn die Arbeiter morgens um 3 Uhr ihre Thätigkeit beginnen — und mit Ausnahme von 2—3 Stunden Essenspausen **„bis abends 9 oder 10 Uhr beständig fortsetzen** sollen, so ist dies eine Forderung, welche an keinen Menschen vernünftigerweise gestellt werden dürfte.“

Goltz hat also festgestellt, daß nicht der Uebermut, nicht die Eucht nach den Genüssen der großen Städte die Arbeiter veranlaßt, ihre ländliche Heimat zu fliehen, die Ursachen dieser Erscheinung sind vielmehr in den elenden Wohnungsverhältnissen, in der schlechten, unzureichenden Ernährung, der übermenschlichen Ausbeutung und in dem rücksichtslosen Vorgehen der ländlichen Arbeitgeber zu suchen.

Daß sich seit dem Erscheinen des Buches nichts geändert hat, daß sich die Zustände nicht gebessert haben, das haben auch in erschreckender Weise die Untersuchungen des Vereins für Socialpolitik über die Lage der Landarbeiter des Ostens gezeigt.

Ebenso wenig ist aber auch geschwen, um den allgemeinen Kulturzustand zu heben. Als ein wesentliches Mittel, das zu erreichen, sieht Goltz die **Verbesserung des Schulunterrichts** an. Zwar sie heilt schon vieles besser als früher, aber:

„Der heutige Schulunterricht würde noch größere Erfolge aufweisen, wenn derselbe in der gesetzlich vorgeschriebenen Regelmäßigkeit vor sich ginge; daß dies leider nicht der Fall, daran sind vorzugsweise die Gutbesitzer und Bauern schuld. Beide Klassen benutzen in ausgedehntem Maße die noch schulpflichtigen Arbeiterkinder während der vorgeschriebenen Schulzeit zu ländlichen Verrichtungen.“

Auch die Lehrer sind diesen Zuständen gegenüber machtlos, denn **„Mancher Lehrer hat seinen Dienstfeier schwer büssen müssen, wenn er sich herausnahm, dem Gutsherrn oder dessen Inspektor Vorstellungen“** deshalb zu machen.

In dem der Regierung überreichten Wunschzettel ist auch die Beschränkung der Schulzeit gefordert, um billige Arbeitskräfte zu haben.

Goltz forderte auch schon damals dringend Ausdehnung und Verbesserung des Fortbildungsschulwesens. Daß auch hierin seine Vorschläge keinen Erfolg gehabt haben, lehrt uns die Statistik, nach der im preussischen Staat überhaupt im Winter des Jahres 1896/97 nur 875 ländliche Fortbildungsschulen bestanden. Während die Zahl der jungen Leute auf dem Lande im Alter von 14—18 Jahren 828 600 betrug, nahmen nur 13 317 an Unterricht teil. Für diese Schulen zahlte der preussische Staat 33 174 M., ungefähr so viel, wie Kantöky in seiner „Agerfrage“ bemerkt, wie ein paar Schiffe aus einer großen Kanone kosten.

Herr v. d. Goltz hat tauben Ohren gepredigt. Die Junker wollen keine aufgeklärte Arbeiterklasse, sie wollen billige Arbeitskräfte und diese sind nach ihrer Meinung am billigsten, je dämmer der Arbeiter ist, je weniger Kulturansprüche er erhebt. Findet man doch selbst in agrarischen Wäldern Klagen, daß Mädchen Handarbeitsunterricht erhalten, weil sie dadurch veranlaßt werden, als Schneiderinnen in die Stadt zu ziehen.

So wird es denn wohl den „Männern des Umsturzes“ überlassen bleiben, die ländliche Arbeiterklasse aus ihrer „Stumpfheit“ und „Untertänigkeit“ emporzuführen und die „Wälder“ ihrer Arbeitgeber zu brechen. Der Sozialdemokrat wird es gelingen, in diesem „gefährlichsten Feinde der bürgerlichen Gesellschaft“ den glühenden Kulturfeind des Klassenkampfes zu entfachen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Mai.

Der konfiskierte Mommjen.

Die sozialdemokratische „Wiener Arbeiter-Zeitung“ war kürzlich wegen eines Citats aus Mommjens „Römischer Geschichte“ über den Zerfall der alten Welt konfiskiert worden. Mommjen hat durch die Vermittlung eines Wiener Gelehrten die Nummer der „Arbeiter-Zeitung“ erhalten, in der das Citat konfiskiert worden ist, und auch das Original des Erkenntnisses des Wiener Landgerichts, womit diese Stelle als eine Ausfreizung zum Hof und zur Verachtung erkannt wurde. Der Gelehrte beantwortete die Zusendung mit folgendem Schreiben:

Geehrter Herr! Empfangen Sie meinen Dank für die freundliche Uebersendung des interessanten Dokuments und geben ihn weiter an Ihre Auftraggeber. Es soll sorgfältig unter meinen Memorabilien aufbewahrt werden. — Erinnerung hat es mich an das Goethe'sche Epigramm:

Eines wird mich verdrüben für meine lieben Gedichtchen,
Wenn sie die Wiener Censur durch ihr Verbot nicht beträngt.
In dieser Hinsicht die gleiche Auszeichnung zu genießen, habe ich allerdings nicht hoffen dürfen, bin aber um so dankbarer für die unverhoffte. Jenes Epigramm ist vom Jahre 1797 datiert; es liegt die Frage nahe, wie der Kulturfortschritt Oesterreichs in diesem Jahrhundert sich gestaltet hat.

Von der ersten Seite des kleinen Vorfalles lassen Sie mich lieber schweigen, oder doch nur das aussprechen, daß bei der dauernden Barbarei, um nicht zu sagen der Rebarbarisierung der oberen Gesellschaftsschichten, die Triebkraft des Bodens fortwirkt und unter dem dünnen Holz mancher grüne Keim sproßt.

Ganz der Ihre

Mommjen.

Charlottenburg, 24. Mai 1899.

Der freisinnige Gelehrte, der ein Gegner der Sozialdemokratie, ist mit uns einer Meinung über den erschreckenden Niedergang der bürgerlichen Gesellschaft, und seine Hoffnung setzt er auf die „Triebkraft des Bodens“, der nicht erstickt wird durch die Kulturdürre der in Barbarei versunkenen oberen Gesellschaftsschichten. —

Der Fall Kähler.

Es ist gemeldet worden, daß der verantwortliche Redacteur der „Frankf. Ztg.“, Alexander Gieseler, wegen Kollisionsgefahr in Darmstadt, wohin er sich zwecks Vernehmung begeben hatte, verhaftet worden war. Diese Verhaftung ist inzwischen wieder aufgehoben worden, weil sie sich juristisch in keiner Weise halten ließ. Damit ist jedoch der „Fall Kähler“ und der Prozeß gegen die „Frankf. Ztg.“ nicht aus der Welt geschafft. Es handelt sich bei der Angelegenheit um eine Campaigne des genannten Blattes gegen den Darmstädter Landgerichts-Direktor Kähler und die hessische Justizverwaltung. Kähler hatte sich in Geldmanipulationen mit dem Korkstößfabrikanten Rapp eingelassen, gegen den augenblicklich eine Anklage wegen Wechselfälschung und Vergehens gegen die Konturordnung schwebt. Gegen Herrn Kähler war wegen seiner Verbindung mit Rapp ein Disciplinarverfahren eingeleitet worden, das zur Verurteilung Kählers zu einem Verweis und einer Geldstrafe führte.

Die „Frankf. Ztg.“ hatte nun in einer Reihe von Artikeln behauptet, Herr Kähler habe sich auch kriminell strafbar gemacht, zugleich hatte sie gegen die hessische Justizverwaltung schwere Vorwürfe erhoben, weil diese nicht gegen Herrn Kähler, der nach wie vor Landgerichtsdirektor ist, im Strafgerichtsverfahren vorgeht. Daraus ist verstanden das hessische Justizministerium die „Frankf. Ztg.“ wegen Verleumdung der hessischen Justizbehörden. Zur Vorvernehmung in dieser Sache war der verantwortliche Redacteur der „Frankf. Ztg.“ Gieseler nach Darmstadt geladen und wurde dort in Untersuchungshaft genommen. Zugleich wurde bei dem Rechtsanwalt Heinrich Fulda in Darmstadt, in dem man den Verfasser der betreffenden aus Darmstadt datierten Artikel in der „Frankf. Zeitung“ vermutet, eine Hausungung abgehalten, die indes ein positives Resultat nicht gehabt hat. Die Strafverfolgung erstreckt sich nämlich nicht nur auf den verantwortlichen Redacteur der „Frankf. Ztg.“, sondern auch auf den mutmaßlichen Verfasser des Artikels. Fulda hat bei seiner Vernehmung positiv erklärt, nicht der Verfasser des inkriminierten Artikels zu sein.

Welcher Art das Auftreten und die Geschäfte des Herrn Kähler waren, das geht unter anderem aus folgendem hervor. Ein Anwalt richtete im Auftrage eines Herrn K. ein Mahnschreiben an eine Familie B. Daraus erhielt Herr K. ein Schreiben, unterzeichnet: „Kähler, Landgerichtsrat“ — etwa folgenden Inhalts: „Sie haben die Familie B. zur Zahlung auffordern lassen. Es scheint Ihnen nicht bekannt zu sein, daß ich die Familie B. juristisch berate. Falls Sie dennoch klagen wollen, weise Sie darauf hin, daß die Klage an dem Gerichte erhoben werden muß, dem ich selbst als Mitglied angehöre.“

Ein von Herrn Kähler unterzeichneter Vertrag lautete: „Es wird hiermit von uns noch getroffener Vereinbarung bescheinigt, daß der seit 1. Juli 1898 geführte Geschäftsbetrieb des mitunterzeichneten H. P. Rapp lediglich für Rechnung des großen Landgerichtsdirektors C. Kähler geht, der ihm das Betriebskapital vorstößt, sodas alle Erwerbungen, Ausstände lediglich für letztgenannten gemacht wurden und H. P. Rapp nur als Geschäftsführer erscheint.“

Darmstadt, 2. Juli 1898. C. Kähler, S. P. Rapp.
Angehörig dieser Thatachen ist es allerdings wunderbar, daß dieser Landgerichtsdirektor mit einer Disciplinarstrafe von 500 M. davon gekommen ist und man sich der Meinung der Blätter anschließen, die ein strafgerichtliches Verfahren für nötig halten, um die gegen Kähler erhobenen Anklagen zu prüfen.

Vorläufig geht jedoch noch das Verfahren gegen die Ankläger weiter, wie die folgende telegraphische Meldung ergibt:
Mainz, 29. Mai. Heute vormittag wurden die Nummern des „Mainzer Journals“ und der „Mainzer Neuesten Nachrichten“, in welchen der Artikel der „Frankfurter Zeitung“ vom 21. d. M.: „Reue zum Fall Kähler“ abgedruckt war, beschlagnahmt. Gegen die verantwortlichen Redactoren beider Blätter wurde, wie das „Mainzer Journal“ meldet, das Strafverfahren eingeleitet.

Kampf der italienischen Sozialdemokraten gegen die Reaktion.

Rom, 28. Mai.

Währenddem sich jetzt in der Deputiertenkammer ein Kampf der Linken gegen das reaktionäre Kabinett Pelloux zweiter Auflage vollzieht, ein Kampf, der zum großen Teil abhängig von der Laune und persönlichen Interessen der verschiedenen Gruppenführer und ihrer Koterien, bereit sich außerhalb des Parlaments eine andere Schlacht vor, die mit großer Erbitterung geführt werden wird: die kommunalwahlen. Besonders in Turin und Mailand wird der Kampf ein sehr lebhafter werden. Die Partei in Turin mit ihren kooperativen Genossenschaften und sonstigen Organisationen ist sehr stark und da die Republikaner dort fast gar nicht in Betracht kommen, so sind die führenden

in dem Kampfe gegen die Reaktion unsere Genossen; die Wahlen sind am 11. Juni. Das Programm, das sie aufgestellt, enthält folgende Forderungen: Achtstundentag und Festsetzung eines Minimallohnes für städtische Arbeiter, Kommunalisierung der öffentlichen Verkehrsanstalten (Straßenbahn), Referendum für städtische Angelegenheiten, Abschaffung des Trottoir auf die notwendigsten Lebensmittel.

Nach heftiger wird der Kampf in Mailand sein. Dort gilt es, die Reaktionäre, die das Blutbad vom Mai 1898 auf dem Gewissen haben, vom Stadtbau zu vertreiben. Zu diesem Zwecke haben sich die Radikalen, Republikaner und Sozialisten vereinigt, und sie haben gute Aussichten auf Erfolg.

Der Monat Juni verspricht für die reaktionären Geisteskräfte ein wenig angenehmer zu werden. Am 1. Juni wird die „Critica Sociale“ (ehemaliger Herausgeber Turati) wieder erscheinen; am 4. Juni, dem Jahrestag der italienischen Einigkeitserklärung, wird sicher die Amnestie sämtlicher der im Verfolg der Mai-Aufstände Verurteilten erfolgen, und der 11. Juni wird den Konservativen hoffentlich eine empfindliche Niederlage bringen.

Die Sozialdemokratie aber, die man vernichten wollte, ist lebenskräftiger, kampfesmutiger und siegesbewahrter, denn je.

Deutsches Reich.

Die „Post“-Raiben.

Das Organ des Herrn v. Stumm hat nun über Sonntag — wie wir annehmen auf telegraphischem Wege — die Sprache wiedergefunden und schreibt in schöner Einfalt und gebiegener Entlastung folgendes:

Der „Vorwärts“ will selbstverständlich den Vorwurf, daß er Briefe veröffentlicht hat, die nur durch eine strafbare Handlung in den Besitz seines dunklen Gewährsmanns und damit auch in den feigen gelangt sein können, nicht auf sich sitzen lassen und sucht nun aus dem Umstande, daß es bisher nicht gelungen ist, die Person, welche den Einbruchdiebstahl bei und verübt hat, zu ermitteln, Kapital für sich zu schlagen. Wir konstatieren demgegenüber nochmals, daß die fraglichen Briefe in dem verschlossenen Bulte uneres Chefredakteurs aufbewahrt wurden und daß sie aus diesem Bulte entwendet worden sind, was nur auf dem Wege des Einbruchdiebstahls hat geschehen können. Wenn bis jetzt der Thäter noch nicht ermittelt werden konnte, so ändert das natürlich an den Charakter der strafbaren Handlung nichts. Oder kommt es nach der Moral des „Vorwärts“ nur darauf an, daß man nicht ertappt wird? Das ganze Gerede des „Vorwärts“, das ihm gewisse Blätter sofort leidlichgläubig nachtruden, hat selbstverständlich nur den Zweck, das Publikum über den wahren Sachverhalt hinwegzutäuschen. Der „Vorwärts“ hätte nach dem Maßstab aller rechtlich Denkenden nur ein Mittel, sich von dem Vorwurf, der ihm gemacht ist, zu befreien: dies wäre der Nachweis, auf welchem ehrlichen Wege er in den Besitz der Briefe gelangt ist. Will und kann er sich wirklich von dieser Diebstahlsgeheimnisse reinwaschen, so hat er dazu bei der bevorstehenden gerichtlichen Verhandlung durch Nennung seiner Quelle Gelegenheit. Vielleicht triumphiert er übrigens zu früh, wenn er glaubt, daß der Dieb nicht ermittelt werden kann.

Die „Post“ wünscht also mit unachadmielcher Komik, daß wir ihr betweisen sollen, daß wir die Briefe gestohlen haben. Die Herren wissen und wußten nichts über den Verbleib der Briefe, wie denn auch der sogenannte Chefredakteur sich noch besinnen wird, es auf seinen Zeugniss zu nehmen, daß die Briefe aus geschlossenem Bulte einbruchsweise gestohlen worden sind. Und nun sollen wir der „Post“ aus der Verlegenheit helfen und ihr das Geheimnis der Stumm-Briefe enthüllen. Sehr drollig!

Wenn aber die „Post“ gar auf ihren Moral-Klepper steigt, so erlauben wir uns, das Organ daran zu erinnern, daß es ihr früherer Mitarbeiter war, der vom Korridor der „Vorwärts“-Redaktion aus durch die Thür hindurch Gespräche in der Redaktion erlauschte, und sie Tags darauf brüßwarum in der „Post“ veröffentlichte. Die „Post“ mußte wissen, daß ihr diese Wissenhaft nur auf schmutzigstem Wege hatte zugänglich gemacht werden können, und sie hat trotzdem keine Bedenken getragen, die Ergebnisse verräterischer Lauschkunst auszubenten. —

Zur Revision des Kranken-Versicherungs-Gesetzes

wird offiziell mitgeteilt, daß beschlachtet werde, die Unterhaltungs-pflicht der Krankenkassen allgemein auf 26 Wochen anzudehnen; da die Bestimmung der Robelle zum Invalidengesetze, wonach die Invalidenunterstützung schon nach Ablauf der 26. Woche beginnen soll, wahrscheinlich Gesehe werden würde, so werde auf diese Weise die jetzt vorhandene Lücke zwischen den beiden Unterhaltungen ausgefüllt werden. Es müsse jedoch erst unterucht werden, ob die Krankenkassen diese Last auch zu tragen vermögen. Die Mehrkosten würden auf etwa zehn Millionen Mark oder für jedes Kassenmitglied auf etwas über 1 M. geschätzt. Es sei nicht sicher, daß alle Kassen die neue Last zu tragen im Stande sind. Es würde dann die Frage entstehen, ob nicht etwa Vorbehalte zu treffen wäre, daß die Leistungsfähigkeit der Kassen durch Zusammenlegung in dem gegenwärtig vielfach sehr zerstückelten Kassenwesen erhöht würde.

Die Befestigung der Zerstückelung des Krankenkassenwesens wäre sicher erwünscht; wir denken sie uns vor allem in der Richtung der Befestigung der Betriebs- und Innungskassen. Wie weiter die Leistungsfähigkeit der Krankenkassen erhöht werden könnte, dafür ist auf der gestrigen Konferenz der Kassen ein treffliches Mittel angegeben worden in der Forderung, den Krankenkassen die Errichtung eigener Apotheken zu gestatten. Man entlaste sie ferner von den Aufwendungen für die Invalidenanstalten, die ihnen durch Einziehung der Beiträge derselben ohne volle Vergütung erwachsen. Der Wege zur Entlastung der Kassen und zur Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit giebt es also viele. Genügen sie nicht, dann ist ja der andere Weg gegeben, daß die Invalidenunterstützung schon mit Beginn der 14. Woche eintritt. Durch Vereinfachung der Verwaltung des ganzen Versicherungswesens wäre da noch manche nennenswerte Ersparnis zu machen. Wenn der gute Wille da ist, ist das alles möglich. An den Kosten braucht diese Reform wahrlich nicht zu scheitern.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Im Jahre 1897 wurden von deutschen Gerichten nach amtlicher Zusammenstellung 643 Anklagen wegen Majestätsbeleidigung verhandelt. Davon endeten 457 mit Verurteilung der Angeklagten und nur 186 mit Freisprechung. Die meisten dieser Fälle entfallen auf den Bezirk des Ober-Landesgerichts Berlin, umfassend die Stadt Berlin und die Provinz Brandenburg. Hier wurden 97 Anklagen verhandelt und 68 Verurteilungen bei 29 Freisprechungen ausgesprochen. Dann folgt Breslau (Provinz Schlesiens) mit 93 Anklagen, 60 Verurteilungen und 33 Freisprechungen. Danach Raumburg (Provinz Sachsen) mit 51 Anklagen, aber nur 30 Verurteilungen. Dann Westfalen und Teile der Rheinprovinz weist bei 44 Anklagen 33 Verurteilungen auf. Köln (Rheinprovinz) 37 Anklagen, 30 Verurteilungen. Vojen (Provinz Posen) 33 Anklagen, 23 Verurteilungen. Der Bezirk des Oberlandesgerichts Bamberg weist trotz 1,2 Millionen Einwohner nur eine einzige Anklage auf, und diese endete mit Freisprechung. Rostock (Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz mit 700 000 Einwohnern) hat 2 Anklagen und eine Verurteilung. Sehr günstig steht auch Marienwerder in Anbetracht der Freisprechungen. Es hat sechsundzwanzig Anklagen und nur 7 Verurteilungen. München hat bei 1,8 Millionen Einwohnern 12 Anklagen und 7 Verurteilungen, Gelle bei 2,6 Millionen Einwohnern 24 Anklagen und 15 Verurteilungen. Königsberg Sachsen hat verhältnismäßig wenig Anklagen, nämlich 18; aber nur ein einziger der wegen Majestätsbeleidigung Angeklagten kam mit Freisprechung davon.

Von den Verurteilungen lauteten 16 auf 2 und mehr Jahre, 38 auf 1—2 Jahre und 259 auf 3—12 Monate; die übrigen auf geringere Strafen. —

Obligatorischer Lebensfluß. Wie die Münchener „Allg. Ztg.“ aus Berlin von „zuverlässiger Seite“ erfährt, hat sich die Mehrzahl der Regierungen mit Entschiedenheit dagegen erklärt, daß in die Gewerbenovelle eine Bestimmung über einen obligatorischen Lebensfluß aufgenommen werde, wie ihn die Kommission des Reichstages ausgesprochen hat. —

Die National-Sozialen haben eine neue Taktik erdormen, um die Sozialdemokratie „abzulösen“: sie suchen sie auseinander zu — schmeicheln, sie mit Komplimenten zu spalten. Die „Welt am Montag“, in der die National-Sozialen am Anfang der Woche zu Worte kommen, wie am Ende der Woche in der „Silse“, bemerkt nämlich zu der Sombardiade in der „Allg. Ztg.“:

„Da die besten und klügsten Männer der Fraktion, Auer, Volkmar und Bebel, für die Beteiligung waren, so beweist der Ausgang dieser Sache, daß die kurzfristigen Doktrinare, die Revolutionsgenies, die Politiker feinsten Kalibers à la Jubeil, über die verständigen Leute gestegt haben. Singer hat wieder einen Triumph zu verzeichnen. Denn er war die Seele des Widerstandes gegen die „Verlepherei“. Einen Triumph freilich, dessen Kosten die deutsche Arbeiterschaft zu bezahlen hat.“

Die „Welt am Montag“ hat gefessentlich die Antwort des „Vorwärts“ auf die Auslastung Sombarts übersehen, um die amüsante Spaltung der Sozialdemokratie in die Partei der Besten und Klügsten auf der einen Seite, die der Kurzfristigen feinsten Kalibers auf der anderen, vornehmen zu können. Sonst hätte sie mitteilen müssen, daß der Ablehnungsbescheid wider Spruchlos erfolgt ist, also auch die Besten und Klügsten sich als Revolutionsgenies bewährten. Ja, wir sind sogar zufällig in der Lage, der „W. a. M.“ die samerg-hafte Nachricht zu verkünden, daß gerade einer der national-social verberlichsten Drei, der zuerst für eine salutative Beteiligung eintrat, später erklärte, die Genossen hätten Recht gehabt, die von Anfang an gegen die Teilnahme waren. Offenlich wird der Unglückliche damit nicht aus der Klasse der Besten und Klügsten ausgestoßen! —

Aus dem Reichstuh. Ueber einen eigenartigen Selbstmord wird der „Allg.-Ztg.“ aus Ratibor berichtet: Als vor etwa drei Wochen in Jauditz im hiesigen Kreise der 63jährige Schuhmachermeister Franz Kupka, ein arbeitsamer und allseits geachteter Handwerker, bei dem jugendlichen Ortsgeistlichen Dorek zur Beichte erschien, wurde dem Geiste die Losprechung verweigert, weil er die Sonn- und Feiertage zu Geschäftsbesuchen der ländlichen Kundschaft benutzte und deshalb den Besuch der Ortskirche vernachlässigt hatte. Die Verurteilung der Absolution nahm sich Kupka so zu Herzen, daß er schwermütig wurde und sich in der Nacht des 23. Mai durch Aufschneiden der Hals- und Pulsadern entlebte. Auf Intervention des Pfarrers Kupka wurde dem Selbstmörder ein kirchliches Begräbnis zu teil, welches am 27. unter großer Beteiligung stattfand. —

Zweierlei Gerichte. Wir hatten kürzlich mitgeteilt, daß das Düsseldorf Gerichte in einem Urteil zugunsten hatte, daß das Urteil gegen die Wölbauer Bauarbeiter geeignet wäre, in manchen Kreisen Erregung herbeizuführen. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ bemerken dazu: „Wir glauben nicht, daß eine solche Kritik, welche ein Gericht an dem Spruch eines anderen läßt, dem Ansehen der deutschen Rechtsprechung und dem Rechtsbewußtsein der Bevölkerung förderlich ist.“ — Wir glauben doch! Wir sind sogar überzeugt, daß so einschichtige Urteile geeignet wären, das Vertrauen zur Justiz zu befestigen, wenn sie sich häufen würden. —

Ueber die bekehrte Prinzessin Jutta, die sich, weil sie den Erbherrn von Montenegro ehelichen soll, von dem Heilswahnscheiten der griechisch-katholischen Religion überzeugt hat, herrscht im Lager der medienburgischen Geistlichkeit große Empörung. Die genannte Geistlichkeit des Landes hat eine Erklärung an den Großerzog verfaßt, worin sie ihr tiefstes Bedauern über den bevorstehenden Konfessionswechsel der Herzogin Jutta ausdrückt und den Wunsch zu erkennen giebt, daß der Hebertritt noch verhindert werden möchte. Die Geistlichen betonen, daß sie sich zu dieser Erklärung im Gewissen gebunden und den Gemeinden gegenüber sich verpflichtet halten. Die Eingabe schließt mit den Worten: „Wir wüßten nicht, wie wir künftig mit gutem Recht die uns anvertrauten Seelen zur Treue gegen unsere Kirche mahnen könnten, wenn wir das gegenteilige, von so hoher Seite gegebene Beispiel ohne irgend welche Rundgebung hingehen ließen.“

Die den Herren Pastoren „anvertrauten Seelen“ haben allerdings schon längst ihre eigenen Gedanken über die Religiosität gewisser evangelischer und sehr frommer Herrschaften, die es nicht verhindern, wenn ihre nächsten Verwandten aus Anlaß einer standesgemäßen Heirat den teuren evangelischen Glauben an den Nagel hängen. —

Aus der guten Gesellschaft. Die „Kreuz-Ztg.“ entnimmt dem „Samoderischen Courier“ folgende, wie sie sagt, „unerhörte Annonce“:

„Die Frau eines höheren pens. Offiziers, Mitte der Vierziger, von angenehmem Aeußern, mit Barvermögen von 60 000 M., wünscht, ba ihr jetziges Leben seit langem unerträglich, die Bekanntheit eines höheren Offiziers oder hohen Beamten (Junggefallen) mit gleichem Vermögen, bez. Gehalt als Freund und Gastgeber behufs späterer Verheiratung. Nur Offerten mit Wohnort und voller Namensunterschrift werden berücksichtigt. Discretion unbedingt sicher.“

Die heilige Familie! Die heilige Ehe! Religion, Ordnung und Sitte! Daß man aber gerade in diesen Ansehen zu einem auch sonst nicht ungewöhnlichen Wechselfuße den in diesen Fällen nicht üblichen Weg des Zwischens wählt, muß die „Kreuz-Ztg.“ allerdings für unerhört ausgeben. —

Die Posener Strafkammer verurteilte am Montag den Chefredacteur der „Posener Zeitung“ Goldbed wegen Verleumdung des Oberpräsidenten Freiherrn von Bismarck, Röllendorfer zu 500 M. Geldstrafe. Ursprünglich war Goldbed zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, das Urteil jedoch vom Reichsgericht aufgehoben worden. Bei der diesmaligen Urteilsfällung wurde die Erklärung Goldbeds berücksichtigt, daß ihm jede Absicht der Verleumdung des Oberpräsidenten ferngelegen habe.

Ein Urteil über den evangelisch-sozialen Kongreß. Aus Kiel wird uns geschrieben: Ausklingend in die bei Herrn Pfarrer Raumann wohlbekannten Worte „Flotte und Freiheit“ hat dieser Herr am Sonnabendabend in Kiel in einer national-socialen Versammlung über die Abrüstungskonferenz und Socialreform gesprochen.

Das wäre nun der besonderen Registrierung nicht wert gewesen, aber in der fraglichen Versammlung ist über den vor einigen Tagen in Kiel zusammen gekommenen evangelisch-sozialen Kongreß ein Urteil gefällt, das der Wiedergabe wert erscheint, weil es, durch den Professor Baumgarten, einen Kongreßteilnehmer ausgesprochen, wenig rühmendwert für den Kongreß erhebt. Man war auf das mangelnde Verständnis der höheren Kreise in Bezug auf die socialen Fragen, welches sich selbst auf dem Kongreß gezeigt habe, zu sprechen gekommen. Professor Baumgarten ludte den Kongreß in Säu zu nehmen. Er gab zu, daß der Kongreß nicht für die praktischen Fragen, wie sie durch das Referat des Habriltanten Kreese und die sich daran anschließende Debatte erörtert wurden, dasselbe Interesse und Aufmerksamkeit gezeigt habe, wie für die lediglich akademischen Referate der beiden Professoren Kasten und Paulsen. Ein „bedauerlich minimales Interesse“ habe sich durch den viel schlechteren Besuch der Sitzung, die herrschende Unruhe und die Tendenz zur Flucht bei dieser Frage gezeigt. Aber was der mangelhaften Erziehung in der Behandlung der socialen Fragen bei dem Gros der Kongreßteilnehmer verduld sei, dürfe man nicht den Bestrebungen und Zielen des Kongresses zuschieben. Sodann aber habe der Kongreß auch unter dem Zeichen der Ermüdung und Ermattung gestanden.

Man beachte. Am Nachmittag des ersten Tages ihrer Zusammenkunft, da haben die Herren, die da in Kiel zusammen-

gewesen, sich schon so ermattet und ermüdet gezeigt, daß ein „dauerliches, mangelndes Interesse“ für die verhandelnden Fragen zu Tage tritt. Und diese selben Herren wollen das Verständnis für die sozialen Fragen der Zeit in den höheren Kreisen erwecken, wollen durch ihren Kongreß eine Helferin sein im Kampfe für die religiöse und sittliche Stärkung, für die soziale Förderung und Hebung der Nation.

Sie wollen „die Räte der Zeit durch kräftige, im Christlichen Geiste betriebene soziale Reformen überwinden“ und zeigen selbst für die Behandlung der von ihnen erörterten praktischen Fragen (d. h. praktisch ihrer Ansicht nach) eine „mangelhafte Erziehung“. Und das stellt sich dann selbst hin als geistige Elite der Nation!

Von der Friedenskonferenz.

Die zweite Sektion der II. Kommission beschäftigte sich am Sonnabend mit der Akte der Brüsseler Konferenz von 1874 und zwar speziell mit den Artikeln 23 bis 34, in welchen die Frage der Kriegsgefangenen geregelt wird. Ueber diese Frage wurde eine Einigung erzielt, vorbehaltlich einiger redaktioneller Änderungen.

Was die Frage der Schiedsgerichte anlangt, so wird von dem Bureau der Konferenz noch mitgeteilt, daß die dritte Kommission beschlossen hat, vor der Beratung des von Rußland eingebrachten Antrages betreffend die Vermittelung und das Schiedsgericht und der zu derselben Materie vorliegenden Anträge Englands, Italiens und der Vereinigten Staaten eine Unterkommision einzusetzen, welche mit der Prüfung und Vergleichen dieser verschiedenen Anträge betraut ist. Dieser Kommission gehören an: Professor Dr. Asser (Holland), Senator Descamps (Belgien), D'Stournelles (Frankreich), Rechtsanwalt Hols (Vereinigte Staaten), Professor Dr. Lammasch (Oesterreich), Geheimrat v. Martens (Rußland), Nationalrat Odier (Schweiz) und Professor Dr. Born (Deutschland).

Welch friedlicher Geist auf der Konferenz herrscht, das zeigt die folgende Meldung aus Konstantinopel: „Die verlanget, haben die türkischen Delegierten bei der Abrüstungskonferenz den Auftrag erhalten, gegen die Abgabe eines Votums der bulgarischen Delegierten bei der Behandlung der Schiedsgerichtsfrage, sowie bei allen Fragen, welche völkerrechtliche Angelegenheiten betreffen, ferner bei der Diskussion solcher Fragen, durch welche das Vertragsverhältnis Bulgariens zur Pforte verletzt werden könnte, Einspruch zu erheben.“

Zur Affäre Eberskirchen. Nebi veröffentlicht Fräulein Eberskirchen in der „Frankfurter Zeitung“ eine längere gegen die sozialdemokratische Presse im allgemeinen und den „Vorwärts“ im besonderen gerichtete Erklärung. Die „Frankfurter Zeitung“ selbst würdigt die Auslassung der Dame dadurch, daß sie ihr nicht mehr wie ihrem ersten Sensationsartikel Aufnahme im redaktionellen Teil gewährt, sondern sie in das Asyl verweist, wo die Mitteilungen aus dem Publikum sich entfallen dürfen. Die leidenschaftlichen Angriffe des Fräulein Eberskirchen gegen uns sind unverständlich geblieben. Sie besagt sich über „socialdemokratische Handhabung der Pressefreiheit“, obwohl wir, ohne juristische Rötigung und sehr wider unsere Neigung ihre lange Verächtung abgedruckt haben, ohne freilich darauf zu verzichten, unserem Gewährsmann gleichzeitig Gelegenheit zur Erwiderung zu geben. Das Recht auf Monologe, das Fräulein Eberskirchen für sich zu beanspruchen scheint, können wir niemandem zugehen — das wäre nicht Meinungsfreiheit, sondern Meinungsmonopol.

Die neue Publikation des Fräulein Eberskirchen verstärkt im übrigen unseren Eindruck, daß man ihr einen schlechten Dienst erweist, wenn man sich in der Öffentlichkeit mit ihr beschäftigt.

Ausland.

Die Ausschlußbeschlüsse des finnischen Landtages.

Am 18. Mai wurden die vom ganzen Lande mit Spannung erwarteten Gutachten der Landtagsausschüsse über die Wehr-gesetzvorlage der Krone dem Landtag überreicht und damit der Definitivität übergeben.

Diese Beschlüsse des Legislativ-Ausschusses und des Wehr-Ausschusses entsprachen, da sie diese Vorlage einstimmig ablehnten, vollkommen den Erwartungen und Wünschen des Landes. Das Gutachten des Legislativ-Ausschusses enthält die gefällige Begründung und Rechtfertigung der Ablehnung. Es schließt mit einer kräftigen Worten abgefaßten Resolution, aus welcher wir die wichtigsten Punkte anführen wollen. Dem Landtag wird nämlich empfohlen, in seiner Antwort an die Krone zu betonen:

„daß kraft Finnlands Konstitution Gesetze, welche für Finnlands Volk Geltung haben sollen, einzig und allein in der durch die Staatsgrundgesetze des Landes festgesetzten Ordnung aufgestellt werden können, welche letztere nicht allein bestimmen, daß der Monarch hierbei stets nur von einheimischen Behörden unterstützt wird, sondern auch, daß Gesetze, die andere als administrative und ökonomische Fragen betreffen, nicht anders als mit Wissen und Willen der Stände zu Stande kommen dürfen;

„daß dagegen die durch das Manifest und die ihm beigegebene Verordnung aufgestellte Gesetzgebungsweise gegen Finnlands Grundgesetze und Konstitution verstößt;

„daß daher erwünschtes Manifest und Verordnung, welche beide ohne Vorwissen und ohne die Zustimmung der Ständeversammlung zu Stande kamen, in Finnland nicht Gesetzeskraft besitzen können;

„daß schließlich der Landtag es für seine in einer höheren Weltordnung begründete Pflicht erachtet, festzuhalten an dem Gesetzesrecht, welches 1809 dem finnischen Volke feierlich zugesichert wurde.“

Gleichzeitig wurde vom Wehrgesetz-Ausschuß ein neuer Änderungsantrag zum Wehrgesetz von 1878 ausgearbeitet, welcher nach Annahme durch den Landtag der Krone zur Sanction unterbreitet werden wird.

Dieser Vorschlag behält die bisherige Dienstzeit von drei Jahren in der Linie (statt der von russischer Seite begehrten fünf Jahre) bei, ebenso die durch gewisse Bildungsgrade bedingten Verlängerungen von 2, 1½ und 1 Jahr. Den wichtigsten Unterschied zwischen diesem Vorschlage und dem der Krone bildet die Bestimmung, daß jeder finnische Militärgenosse seiner Dienstpflicht nur bei einem finnischen Truppenkörper genügen darf. Der russische Vorschlag ging darauf hinaus, den Etat der finnischen Truppen unverändert zu lassen und den durch die vermehrte Aushebung geschaffenen Ueberschuß — mehr als das Doppelte des bisherigen Friedensstandes der finnischen Truppen — in russische Regimenter einzureihen.

Der Friedensstand der finnischen Truppenkörper wird auf höchstens 12 000 Mann festgesetzt (bisher 6000). Die Bestimmung der jeweiligen Stärke, der Baffeneinteilung und Dislokation für jedes Jahr ist der Krone vorbehalten, wobei der russische Kriegsminister Vortragsrecht hat, nach eingeholtem Gutachten des Senates für Finnland. Bisher sagte die Krone diese Beschlüsse auf direkten Vortrag des finnlandischen Senates.

Der wichtigste Unterschied zwischen dem alten Wehrgesetz von 1878 und dem neuen Entwurf besteht sonach nur in der Verdoppelung des Friedensstandes, welche aber durch vermehrte Aushebung, nicht durch Verlängerung der Dienstzeit zu Stande kommt, und durch das Einschließen des russischen Kriegsministers als Vortragenden bei der Krone in den wichtigsten Angelegenheiten, an Stelle des einheimischen Senates. Dies letztere ist daher die bedenklichste Aenderung; es ist zweifelhaft, ob das Landtagsplenum derselben zustimmen wird.

Cassius.

Neueste Mitteilungen besagen, daß der Landtag die Ausschlußbeschlüsse mit erheblichen Änderungen angenommen habe. Die Wehrgesetzvorlage der Krone wurden abgelehnt und der Ausschlußentwurf der Krone zur Sanction unterbreitet. Die Änderungen betonen Finnlands besondere Rechte noch schärfer als die Ausschlußbeschlüsse.

Oesterreich-Ungarn.

Die Krise dauert fort; die ungarischen Minister sind nach Wien zurückgekehrt, um aufs neue die Verhandlungen aufzunehmen. Der Sturz des Kabinetts Thun gilt nach wie vor als höchst wahrscheinlich, es ist jedoch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß der ungarische Ministerpräsident Szell seinen Rücktritt erklärt. Wie der „Post“ Bg. aus Wien vom 29. gemeldet wird, dürfte der Kaiser heute seine Entscheidung treffen, und auch bereits einen neuen österreichischen Kabinettschef ernennen, über dessen Persönlichkeit eine völlige Ungeheißheit herrscht. Nach der neuesten Angabe soll ein sogenanntes Verwaltungsministerium kommen, das eine Verständigung mit den Deutschen anzubahnen und das Parlament arbeitsfähig zu machen hätte.

Frankreich.

Paris, 28. Mai. Nach einer heute zur Feier des Jahrestages der Pariser Kommune in der Rue Renilmontant abgehaltenen anarchischen Versammlung kam es beim Verlassen des Versammlungsorts zwischen den Anarchisten, welche im Zuge durch die Straßen marschieren wollten, und der Polizei zu einem Zusammenstoß. Mehrere Manifestanten und fünf Polizisten wurden verwundet. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen.

Italien.

Amerikanisch-katholisches Konzil. Rom, 28. Mai. Der Konzil-Präsident Kardinal di Pietro eröffnete heute im Namen des Papstes das Konzil von 53 Erzbischöfen und Bischöfen des lateinischen Amerikas. Kardinal di Pietro genehmigte die Wahl des Erzbischofs von Santiago de Chile, Cosanova, zum Präsidenten des Konzils. Das Konzil wird sich mit 1100 Artikeln bezüglich Fragen der Dogmen, Kirchenzucht und Liturgie und mit der Organisation der katholischen Kirche im lateinischen Amerika nach einem im voraus ausgearbeiteten Programm zu beschäftigen haben.

England.

London, 29. Mai. Die radikalen Mitglieder des Unterhauses beschloßen gestern Abend, ein Nationalgeschenk von 80 000 Pfund, welches die Regierung dem General Kitchener bewilligen will, im Unterhause mit allen Kräften zu bekämpfen. — Die Verhandlungen, die Rußland mit einer englischen Finanzgruppe wegen Aufnahme einer Anleihe von zehn Millionen Pfund Sterling eingeleitet hatte, können als gescheitert betrachtet werden. Die zehn Millionen sollten zum Bau der russisch-chinesischen Eisenbahn dienen.

Türkei.

Konstantinopel, 28. Mai. Die Verhandlungen mit der Pforte wegen der Repatriierung der armenischen Flüchtlinge sind russischerseits bis nach der Rückkehr des Vorkassiers Sinowjew verlagert worden. Es verlautet, der frühere türkische Vorkassier in Wien, Pia Rakha werde demnächst mit dem Auftrage nach Petersburg entsendet werden, den Kaiser zu bewegen, die Forderung der Repatriierung fallen zu lassen.

Bulgarien.

Die außerordentliche Session der Sobranje wurde am Sonntag vom Fürsten Ferdinand mit einer Thronrede eröffnet, in welcher er des Ablebens der Fürstin gedenkt und dem Volke für die Beweise der Teilnahme und der Trauer dankt. Die Thronrede konstatiert die freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland, welches Bulgarien befreit habe, und zu den übrigen europäischen Großmächten und den Nachbarstaaten, ganz besonders der Türkei. Im Zeichen dieser freundschaftlichen Beziehungen nähmen die bulgarischen Vertreter an der Friedenskonferenz teil. Die Thronrede verweist weiter darauf, daß dank der Wahlfreiheit bei der letzten Wahl die hervorstechendsten Persönlichkeiten aller politischen Richtungen des Landes in der Sobranje vertreten seien. Schließlich kündigt die Thronrede Gelegenheitsrede über die Konversion der Staatsschulden und betreffend das Uebereinkommen mit den Orientbahnen an. Die Thronrede wurde mit Beifall aufgenommen. Waischew (Regierungspartei) wurde zum Präsidenten der Sobranje gewählt.

Asien.

Chinesische Piraten. Den „Times“ wird aus Hongkong vom 27. d. M. gemeldet: Auf dem Siliang ist der englische Flaggdampfer „Zoon“ von Piraten angegriffen worden; sie schleppen Geld und sonstiges Eigentum im Werte von 7000 Dollars fort. Die von England neu erworbenen Inseln werden von bewaffneten Banden von Plünderern heimgesucht. Die Polizei ist nicht im Stande, ausreichenden Schutz zu gewähren.

Vom Kampf auf den Philippinen. Einer in New York eingegangenen antiken Depesche aus Manila zufolge ist eine Truppenabteilung unter Führung des Kapitäns Tilley, welche zum Zwecke einer Kabelreparatur in Escalante auf der Negrosinsel gelandet war, von den Eingeborenen angegriffen worden; Kapitän Tilley wird vermißt. Nach einem Bericht des „New York Herald“ ist eine Anzahl malaischer Seelente, die mit Kapitän Tilley gelandet waren, von den Aufständischen gefangen genommen und in Stücke geschnitten worden.

Demselben Blatte zufolge erklärt General Dis, der Feldzug auf den Philippinen werde während der Regenzeit mit äußerster Energie fortgeführt werden.

Wenn dieser aufgewandten „äußersten Energie“ nur auch die Erfolge entsprechen. Die Aussicht auf Verständigung ist vorläufig gänzlich geschwunden. Die aus Manila in Madrid eingetroffenen Meldungen erklären, die Bevollmächtigten Aguinaldos wollten nur die Ernennung eines nordamerikanischen Gouverneurs und die Haltung von Garnisonen in drei Städten bewilligen, während sie verlangten, daß sämtliche Minister der autonomen Regierung Eingeborene sein sollten. Die Befugnisse des Gouverneurs sollten denen des britischen Gouverneurs in Kanada gleichstehen. Auf dieser Grundlage wollte die nordamerikanische Kommission die Verhandlungen nicht fortsetzen.

Afrika.

Die Konferenz in Südafrika zwischen dem Präsidenten Krüger und dem Gouverneur der Kapkolonie Milner ist nunmehr zu Stande gekommen. Der letztere ist, wie vom Montag aus Kapstadt telegraphiert wird, zur Konferenz mit dem Präsidenten Krüger nach Bloemfontein abgereist.

Welche Wünsche englischerseits an die Besprechung geknüpft werden, erstet man aus der folgenden Johannesburg Meldung: Der britische diplomatische Agent äußerte gegenüber einem Führer der Liklanders, die englische Regierung wünsche sehr, bald eine wesentliche Aenderung in der Lage der Liklanders zu sehen. Die Bereitwilligkeit des Präsidenten Krüger, mit dem englischen Kommissar zusammenzukommen, werde als Anzeichen dafür betrachtet, daß die Südafrikanische Republik aufrichtig wünsche, zu einer Lösung der Frage zu kommen, die die billigen Wünsche der bisher nicht wahlberechtigten Bevölkerung befriedigt.

Auch Ohm Paul hat sich zu der Frage geäußert. Er sagte zu einem Vertreter des Dalzielbureaus über die bevorstehende Besprechung mit Milner in Bloemfontein, er erachte eine freundschaftliche Begleichung aller Streitfragen als wünschenswert, aber er hoffe, es würden keine Forderungen gestellt werden, welche die Unabhängigkeit der Republik antasteten. Er wäre vorbereitet, freundliche Rat schläge über alle Punkte anzunehmen und er würde, wo er könnte, danach handeln und tatsächlich alles im Geiste der Freundschaft regeln. Obwohl der Vorkassier dem Präsidenten völlig freie Hand gegeben habe, würde er alle Abmachungen vorbehaltlich der Befätigung des Volksraths schließen.

Parlamentarisches.

Das Abgeordnetenhaus findet bei seinem Zusammentritt am 6. Juni einen überaus reichhaltigen Arbeitsstoff vor. Nicht weniger als 24 Regierungsvorlagen sind noch zu verabschieden, von denen

einige, wie besonders das Gemeindevahlrechts-Gesetz, noch nicht einmal die erste Lesung passiert haben. Dazu kommen eine Anzahl Anträge aus der Mitte des Hauses und zahlreiche Kommissionsberichte.

Die mangelhaften Hörverhältnisse im Sitzungssaale des Abgeordnetenhauses haben von neuem Anlaß zu Verbesserungsversuchen gegeben, welche während der Pfingstferien vorgenommen worden sind. Das Lofe unter dem Oberlicht aufgehängte Reh hat wenig oder gar nichts geholfen. Nunmehr ist noch etwas tiefer, wo in der Decke die flache Wölbung aufliegt, welche das Glasdach trägt, ein engmaßiges Reh straff ausgespannt worden. Eine kleine merkbare Besserung läßt sich davon erhoffen, das Grundübel liegt aber viel tiefer und ist gar nicht zu beseitigen; es liegt an der Art der Tribünenanordnung, an deren Hineintragen in den Saal, und an dem oberhalb der Tribünen vorhandenen übermäßig großen Luftraume, in dem Schallwellen sich verwirren, so daß das Ohr des Zuhörers auf der Tribüne die Stimme des Redners im Hause niemals rein empfangen kann.

Die internationale Konferenz zu Brüssel.

Brüssel, 28. Mai.

Die Konferenz hat zwar nicht unter polizeilicher Aufsicht und militärischem Schutze stattgefunden, wie die internationale Konferenz im benachbarten Haag, trotzdem ist sie, bei aller Lebhaftigkeit der Diskussion, in schönster Harmonie verlaufen und hat ihren Zweck vollständig erreicht, was man von der Haager Konferenz, wenn sie ihre qualvolle Existenz beendet hat, nicht wird sagen können. Der ausgesprochene Zweck der beiden Konferenzen ist genau derselbe: die Herstellung des Weltfriedens, der wirkliche Zweck freilich genau das Gegenteil des einen vom andern, so daß das Gelingen der einen Konferenz für die Veranlassung der andern nicht bloß eine Niederlage bedeutet, sondern sogar die Vernichtung. Freilich nicht sofort.

Die Brüsseler Konferenz war berufen zur Vorbereitung des internationalen Arbeiterkongresses, der nächstes Jahr an der Jahrhundertwende in Paris stattfinden wird, nachdem sich herausgestellt hat, daß die politischen Zustände Deutschlands den ausländischen Besuchern nicht diejenige Gewähr der Sicherheit bieten, welche ein zivilisierter Mensch in einem zivilisierten Land zu erwarten das gute Recht hat. Die Einleitung zu der Konferenz war von dem französischen Verständigungs-Ausschuß der vereinigten fünf socialistischen Fraktionen erfolgt — im Einvernehmen mit dem Bureau des Londoner Kongresses, welches von diesem in dessen letzter Sitzung — am 1. August 1898 — ausdrücklich das Mandat erhalten hatte, den nächsten internationalen Kongreß zu organisieren. Die betreffende Resolution, welche mit allen Stimmen gegen die der einen französischen Fraktion angenommen ward, lautet, soweit sie hier in Frage kommt, wie folgt:

Das Bureau des Kongresses wird beauftragt, die Einladungen zum nächsten Kongreß zu erlassen und ausschließlich einzuladen:

1. die Vertreter aller Gruppen, welche die Umwandlung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsordnung in die socialistische Eigentums- und Produktionsordnung erstreben, und die Teilnahme an der Gesetzgebung und die parlamentarische Thätigkeit als ein notwendiges Mittel zur Erreichung dieses Zweckes ansehen;

2. alle gesellschaftlichen Organisationen, die, wenn sie sich auch als solche nicht am politischen Kampfe beteiligen, doch die Notwendigkeit politischer und parlamentarischer Thätigkeit anerkennen. Anarchisten sind mithin ausgeschlossen.

Der Kongreß beschließt, daß der nächste Kongreß im Jahre 1900 in Deutschland stattfindet. Sollte die Abhaltung des Kongresses dort unmöglich sein, so wird beschlossen, den Kongreß im Jahre 1900 zu Paris abzuhalten.

Auf Grund dieser Resolution war auch das Bureau des Londoner Kongresses zur internationalen Konferenz erschienen, außerdem waren anwesend die Mitglieder für Deutschland, Oesterreich, Dänemark, England, Holland, Belgien und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die letzteren hatten die Genossen Förler und Dieggen, Sohn des ehemaligen deutschen socialistischen Schriftstellers, entandt. Man kam dahin überein, die Punkte 1 und 2 der Resolution zur Grundlage der Kongreßeinladung zu machen, und nur unter der Bedingung, daß der französische Verständigungsausschuß diese Basis annehme, ihm das Mandat für die Vorbereitung des nächsten internationalen Kongresses zu übertragen. Der französische Ausschuß wünschte nun eine Modifikation infolgedessen, als seiner Meinung nach nur solche Gewerkschaften einzuladen seien, welche sich direkt für socialistisch erklärten. Unter Hinweis auf die Praxis der internationalen Arbeiter-Association, die zu ihren Kongressen stets die Gewerkschaften als solche eingeladen hatte, wurde die französische Auffassung bekämpft, und namentlich von deutscher Seite geltend gemacht, daß die politische Massenbewegung des Proletariats unter keinen Umständen von der gewerkschaftlichen Bewegung sich trennen dürfe. Wenn aber nur solche Gewerkschaften zugelassen würden, die sich auf den Boden des socialistischen Programms stellen, dann sei den deutschen Gewerkschaften die Möglichkeit der Beteiligung genommen, denn diese dürften Politik nicht treiben. Diese Auffassung hatte die große Majorität für sich und die Einladung wird genau in Gemäßheit der Londoner Beschlüsse erfolgen. Die französischen Delegierten werden nun dahin wirken, daß der Verständigungs-Ausschuß in diesem Sinne handelt, woran nicht zu zweifeln ist.

Man beschäftigte sich hierauf mit der Festsetzung der Tagesordnung. Das Ergebnis war: Als Tagesordnung des Kongresses wird vorgeschlagen:

1. Mittel der Durchführung der Kongreßbeschlüsse; die praktischen Mittel zur Verwirklichung der internationalen Verständigung, Organisation und Aktion des Proletariats und der Socialisten.
 2. Arbeiterkampf in den verschiedenen Ländern; internationaler Arbeiterkampf; Diskussion über die Möglichkeit der Festsetzung eines Lohnminimums für die verschiedenen Länder.
 3. Die notwendigen Bedingungen der Freiheit der Arbeit:
- a) Konstituierung und Aktion des Proletariats als Massenpartei;
 - b) Politische und ökonomische Expropriation der Bourgeoisie;
 - c) Socialisierung der Produktionsmittel.
4. Der Völkerrfriede, Aufhebung der stehenden Heere.
 5. Kolonialpolitik.
 6. Organisation der Seelente.
 7. Der Kampf für das allgemeine Wahlrecht und das Referendum.
 8. Gemeindefederalismus.
 9. Die Eroberung der politischen Macht und die Bündnisse mit bürgerlichen Parteien.
 10. Die Waisfeier.
 11. Die Traus.

Die Festsetzung des Datums für den Kongreß wurde dem Pariser Ausschuß überlassen, und nur bestimmt, daß die geeignete Zeit vor Juli und nach August sei, weil in diesen zwei Monaten der Fremdenbesuch am größten und die Preise am höchsten.

Die Sitzung des Bureaus hatte Freitagabend stattgefunden, die Konferenz des Bureaus und der Konferenz-Delegierten dauerte, mit zweifündiger Mittagspause, von morgens 10 bis abends 8 Uhr.

Eine prächtige Stundgebung der Brüsseler Genossen lobnte den Teilnehmern der Konferenz ihre anregende aber geistliche Arbeit; eine Massenversammlung im Riefensaale der Maison du Peuple. Stürmisch wurden sie begrüßt von den versammelten Tausenden und in den Ansprachen der Delegierten Allemann, Adler, Ballant, Hohnman, Singer, Liebnicht, Audier, Plechanow, Rondoni, Milewski, Vandervelde, Van Kol, Croesken, Vrakelhurst kam der Geist internationaler Solidarität und das stolze Gefühl der Siegesgewißheit zu herzerhebendem Ausdruck, und keiner der Delegierten wird den brüderlichen und begeisterten Empfang vermissen, den die belgischen Genossen und Genossinnen an diesem denkwürdigen Abend und an diesem denkwürdigen Ort ihnen bereitet haben.

Revision Drehfus.

Am Montag begann in Paris vor dem Kassationshof die Revisionsverhandlung des Drehfus-Prozesses. Die gewaltige Tragödie nähert sich ihrem, wie anzunehmen, veröhnlichen Abschluss. Gegen eine Welt von mächtigsten Einflüssen, von Tücken und Verbrechen, von Verblendung und Thorheit ging das Recht, verhöhnt, verkleumdet, verfolgt, nur von ein paar Männern der Wahrheit geleitet, seinen Weg, und heute steht es vor dem Siege. Niemand glaubt heute noch an die Schuld Drehfus, am wenigsten diejenigen, die sie noch heute beteuern; denn gerade sie wucherten von Anfang an am besten, daß Drehfus zu Unrecht verurteilt worden war.

Die „große Woche“ nennen die französischen Blätter diese Sühnetage für ein schweres Verbrechen, die ein ganzes Land anfangs in Mitleidenschaft verstrickt hielt. Zola, Picquart, Jaurès, Labori und die paar anderen Männer, die trotz gegen alle übrigen für die Heiligkeit des Rechts kämpften, können heute ihres gläubigen Idealismus froh gedenken. Auf der anderen Seite zittert der legalisierte Militarismus vor der Nemesis. Der „Figaro“, dieses feile Blatt, der in der Drehfus-Sache allen Parteien gedient und alle verraten hat, immer ängstlich mit offenen Ohren und — Händen auf die Stimmung der Boulevards lauschend, predigt jetzt statt der notwendigen Sühne für unerhörte Schuld lau schmelzende Veröhnung; die Verbrecher sollen sich mit ihren Opfern unarmen, und Drehfus wird am Halle Boisdreffes und du Pathy de Clams Freudenthränen der Vergebung weinen. Dieser „Figaro“ spricht in seinem Schlusssatz über die Drehfus-Sache die Veröhnung aus, daß eine Revision mit der Verweisung vor ein neues Kriegsgericht die Kränze, unter welcher Frankreich so schwer leide, noch um einige Monate verlängern könne. Die Unternehmung habe die Unschuld Drehfus klar darzulegen, warum solle man daher nicht Revision des Prozesses ohne Verweisung vor ein neues Kriegsgericht beschließen? „Figaro“ schließt mit den Worten: „Gerechtigkeit, aber keine Repressalien!“

Von der Haltung der Generalschreiberei giebt die „Vossische Zeitung“ ein interessantes Bild. „Petit Journal“ spricht das Wort Gericht auch nicht ein einziges Mal aus und widmet seinen Lesern von vierteljährlichen Spalten einer unbekannt Hundertjahrfeier der Comedie française. Drumont behandelt in seinem Tagesauslass der „Libre Parole“ den Untergang Polens. „Eclair“, „Intransigeant“, „Gil Blas“ usw. schwängen viele Spalten lang mit gepreizter Wichtigkeit über die Déroulède-Habert-Strasfaden, um die sich kein Mensch bekümmert. „Gaulois“ ißt spähig und sagt: „Da die Stunde der Gerechtigkeit geschlagen hat, wie man sich im „Soleil“ ausdrückt, so wäre es nicht billig, wenn sie Drehfus allein müßte. Ich verlange, daß man schleunigst Revision wieder in den Rehnstuhl des Kammerpräsidenten setze, dann scheint es mir gehörig, daß man Zola einen Akademie- und Jaurès einen Kammerherrn anbiete, um diesen später zum Ministerpräsidenten zu machen. Drehfus und Picquart müssen befördert werden und uns wird man wohl auf der Zeitschiffel eine wenn nicht köpfige, doch bequeme Einrichtung anbieten. Glauben Sie nicht, daß ich scherze, das wird alles zur rechten Zeit eintreffen, denn es ist die notwendige Schlussfolgerung aus der Lage, die man uns bereitet.“ Quésnay endlich wimmelt im „Echo de Paris“: „Gewiß, wir wohnen einem grausamen Schauspiel bei. Der Jubel der Reichwörter ist lärmend; diese Leute fordern und heraus, antworten nicht! Wir werden später antworten. Erleiden wir heute die Schreie der Verführer! Das Vaterland ist um 30 Silberlinge verkauft worden. Warten wir, alles ist nicht zu Ende. Frankreich will nicht sterben. Die Seite der Geschichte, die ruchlose Hände heute schreiben, wird zerrissen werden, das Vaterland wird Vergeltung üben. Man beschuldigt mich, irrsinnig zu sein; gut, seien wir alle irrsinnig, da die Liebe zu Frankreich für Irrenum gilt!“

Die Äußerungen dieser Presse mögen widerlich sein. Aber man muß bedenken! Justizverbrechen können auch in andern Ländern geschehen, aber der erfolgreiche Kampf gegen sie ist nur in den Vandalen möglich, die wie Frankreich die Freiheit der Meinungsäußerung schrankenlos besitzen. Wer möchte behaupten, daß nicht auch anderwärts derartige Rechtsgräueltätigkeiten möglich seien? Aber das ist sicher, daß ihre Ausbreitung und Sühne in manchem andern Staat unmöglich wären.

Die Verhandlungen selbst werden sehr ausgedehnt sein. Montag und Dienstag liest Richter Ballot Beaupré seinen Bericht. Mittwoch Rechtsanwalt Rornard seine Anträge, Donnerstag liest Oberster Staatsanwalt Ranaud seine Arbeit, Freitag berät sich das höchste Gericht und Sonnabend dürfte das Urteil verkündet werden.

Zu den öffentlichen Verhandlungen sind nur hundert Eintrittskarten ausgegeben, davon fünfzig an die Presse. Um 12 Uhr begann die Verhandlung. Schon eine Stunde vorher waren die Zeugen und Journalisten eingetroffen. Im Innern des Gerichtsgebäudes und außerhalb desselben sind umfassende Maßregeln getroffen; es herrscht jedoch vollkommene Ruhe. Man sieht nur wenige Reue-rierer in der Nähe des Justizpalastes. Als um 1/12 Uhr die Thüren des Verhandlungsraumes geöffnet werden, strömen aus den Wandelgängen Advokaten und Berichterstatter in den Saal.

Ballot-Beaupré beginnt sofort mit der Verlesung seines Berichts. Er erinnert daran, wie der Prozeß im Jahre 1894 begann, erwähnt die Gutachten der Sachverständigen, die Proteste des Drehfus, das Verhör du Pathy de Clams und den Bericht d'Ormeschenilles, des Berichterstatters vom Jahre 1894, welcher herodotisch, Drehfus habe erklärt, er kenne die im Vordergrund erwähnten Schriftstücke nicht.

Ballot-Beaupré spricht sich in seinem Bericht weiter dahin aus, daß der Kassationshof nicht die Annullierung des Urteils im ersten Drehfus-Prozeß, sondern einzig und allein die Revision dieses Prozesses in Erwägung zu ziehen habe, und daß die begründete Vermutung eines Irrtums und sehr ernste Zweifel bezüglich der Schuld des Verurteilten genügen, um die Revision herbeizuführen. Ballot-Beaupré untersucht dann eingehend, ob in dem vorliegenden Falle die Revision sich als notwendig erweise und legt die Thatfachen dar, auf welchen das Revisionsgesuch beruht. Die Sitzung wird hierauf unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung fährt Ballot-Beaupré in seinem Bericht fort und stellt die strafbaren Mächenschaften Henrys und du Pathy de Clams gegen Drehfus fest. Er hebt hervor, einen wie bedeutenden Eindruck beim Prozeß Drehfus im Jahre 1894 die Zeugenaussage Henrys gemacht habe, der damals eidlich versicherte, daß Drehfus schuldig sei. Ballot-Beaupré weist ferner darauf hin, daß Henry stets Picquart gegenüber eine feindselige Haltung, dagegen du Pathy de Clam Esterhazy gegenüber eine freundliche Haltung angenommen habe.

Ballot-Beaupré geht sodann auf die Denkschrift des Advokaten Rornard ein, welche die einander widersprechenden Gutachten der Schriftführer in einer Widerspruch unterzieht. In der Denkschrift Rornards wird weiter dargelegt, daß das Vorderbureau nicht von Drehfus herrühren könne und keine vertraulichen Dinge enthalte. Rornard kommt zu dem Schlusse, die Bestandteile des Vorderbureaus und die Untersuchung wiesen vielmehr auf Esterhazy als den Schuldigen hin. Um 6 Uhr wird die Sitzung ohne irgendwelchen Zwischenfall geschlossen.

Partei-Nachrichten.

Totenliste der Partei. In Wilhelmshagen starb der Parteigenosse Maurer Wilhelm Dreilich. Der Verstorbenen, der einem Herzschlage erlegen ist, war bis zum letzten Augenblicke für die Partei thätig und hat der Partei stets und in allen Lagen seine Kräfte geweiht. Die Parteigenossen werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Halle a. S., 27. Mai. Wegen Prekbelädigung wurde heute Genosse S i e n t h, Redacteur des „Vollblatts“, von

der Strafkammer zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte sechs Wochen beantragt. Veleidigt sein soll der Oberbürgermeister Frank von Raumburg, der durch sein früheres Auftreten gegen seine Gemeinderats-Mitglieder viel Aufsehen gemacht hat. Einen Stadtvorordneten, Justizrat Löffelholz hatte er Niederträchtigkeit und Meißel und einem Rechtsanwalt Bohemann in einer Broschüre andere Dinge vorgeworfen, welche Bemerkungen er dann in den Zeitungen wieder feierlich zurücknahm. All' diese für deren Kränklichkeit schmeichelhaften Sachen kamen in der Verhandlung zur Sprache. Im wesentlichen drehte sich die Verhandlung um die Verteilung einer ersparten Summe von 1200 M., wovon Hr. 800 M. auf Magistratsbeschlusse bekommen hat.

Gewerklich-Liches.

Denkmal Reich.

Leipzig, 26. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Stuccateure Leipzigs haben den Streik mit großer Majorität beschlossen.

Aufruf!

Die Glasperlen-Arbeiter des Steinachgrund in Bayern stehen seit dem 1. Mai im Ausstand. Wohl manches Kind und auch Erwachsene freuen sich über den bunten Glashand des Tannenbaumes zu Weihnachten, ohne dabei zu bedenken, in was für erbärmlicher Lage sich die Verfertiger dieses Schmuckes nebst ihren Kindern befinden. Da jetzt das Verleumdung ein gutes zu nennen ist, die Unternehmer auch höhere Preise erzielt haben, so glauben die Arbeiter auch einen kleinen Teil von diesem Mehrerwerb für sich beanspruchen zu können. Sie forderten deshalb eine kleine Lohnerhöhung, welche aber rundweg abgelehnt wurde, weil die Proben allein „Perle im Hause“ sein wollen. Die Situation hat sich infolgedessen günstiger gestellt, als ein Unternehmer, Herr Köppl von Zinnenreuth, sofort einen neuen Glashaus bauen will, wofür 40 Streikende in näherer Arbeit bekommen werden. Die übrigen werden zusammengetreten und einen eigenen Ofen bauen, die Perlen will Herr Köppl dann vertreiben. Bis dahin fehlt aber jede Unterstützung, trotzdem wir alle organisiert sind, ist unser Verband doch zu schwach, um genügend unterstützen zu können. Wir appellieren daher an die deutsche Arbeiterchaft, uns noch drei bis vier Wochen über Wasser zu halten, dann ist der Sieg in unseren Händen. Die Geldproben, die uns heute verächtlich die Thür weisen, mögen dann sehen, wo sie weitere Ausbeutungsobjekte herbeibringen. Das größte Uebel der Glasperlenarbeiter war neben den erbärmlichen Löhnen, daß sie ihr fauer verdientes Geld für schlechte Waren bei ihren Unternehmern wieder umsetzen mußten, denn die Glasperlenfabrikanten haben nebenbei noch Brauereien, Speccereien usw. Arbeiter Deutschlands! Helft den gebrüderlichen Arbeitern für kurze Zeit aus ihrer bedrängten Lage, der Dank wird nicht ausbleiben. Ist erst in diesem finsternen Winkel Breche geschossen, dann wird es auch hier heller werden. Die Streikenden sind gewillt, lieber zu verhungern, anstatt sich auf Gnade oder Ungnade zu ergeben. Deshalb ist familiäre Hilfe am Plage. Zu unterstützen sind 176 Mann mit 250 Familienangehörigen. Adresse: Anton Neumann, Post Wirmensteinach in Bayern. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Die Seelente in Stettin haben beschlossen, zu den von den Reedereien angebotenen Bedingungen wieder an Bord zurückzukehren.

Zum Streik der Riemendreher in Warmen. Wie schon gemeldet, haben die vereinigten Riemendreher-Werker die angeordnete Aussperrung nicht ausgeführt, trotzdem in dem Ausstand bei der Firma Rohneus u. Ring bis jetzt noch keine Aenderung eingetreten ist und dieser Ausstand als Grund der Aussperrung angezogen wurde. Die Nichtausführung der Aussperrung kann zum größten Teil auf die schwere Schädigung, die den Fabrikanten aus derselben erwachsen wäre, zurückgeführt werden. Andererseits mögen auch die öffentliche Meinung, die die angeordnete Aussperrung einstimmig verurteilt, und die Bemühungen der Regierungsorgane nicht ohne Einfluß geblieben sein. Samstagabend tagte eine von ungefähr 1000 Textilarbeitern und Arbeiterinnen besuchte Versammlung, in welcher der Vorsitzende des Textilarbeiterverbandes E. Hübsch aus Berlin referierte. Diese Versammlung beschloß, den Vorstand der hiesigen Filiale des Verbandes zu beauftragen, den Fabrikanten-Verein aufzufordern, innerhalb 14 Tagen eine bindende Erklärung abzugeben, wie sich der Verein zur Einführung des Rehnfundentages zu verhalten gedenkt. Es ist begründete Aussicht vorhanden, daß die Unternehmer den Weg der Verhandlung wählen werden. Sollte aber dieses nicht der Fall sein, dann wird zweifellos der allgemeine Ausstand erfolgen, an dem dann mindestens 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen sich beteiligen werden.

Die Krefelder Weber haben bei dem Versuch, in der Stoffbranche eine einheitliche Lohnliste aufzustellen, in Fabrikantenkreisen starken Widerpruch gefunden. Bekanntlich ist bei Beendigung des Streiks in der Stoffbranche die Versicherung von den Fabrikanten gegeben worden, daß sie gemeinsam mit den Arbeitern die Aufstellung einer einheitlichen Lohnliste beraten wollten. Durch den Sammetweberstreik sind die Verhandlungen etwas verzögert und ist erst in letzter Zeit der Sache näher getreten worden. Die Fabrikanten haben nun folgenden Vorschlag gemacht:

„Jede Fabrik vereinbart für sich mit ihren Arbeitern die Löhne für die verschiedenen Artikel und zwar sind die Lohnsätze so zu regeln, daß ein fleißiger und tüchtiger Weber bei zehnstündiger Arbeitszeit im Jahresdurchschnitt mit Berücksichtigung der gesetzlichen Feiertage per Woche 20—21 M. muß verdienen können. Um diesen Normalverdienst konstatieren zu können, verpflichten die Fabrikanten sich, regelmäßig Listen über den Verdienst jedes einzelnen Arbeiters zu führen, wie dieselben früher von der Berufsgenossenschaft verlangt wurden. Ergiebt dieser Lohnauszug, daß der Verdienst der tüchtigen und fleißigen Arbeiter obigen Satz erreicht, so sind die Löhne als ausreichend zu bezeichnen, andernfalls sind dieselben aufzubessern. Dem Fabrikantensatz, der jährlich zu wählen ist und aus fünf Arbeitern besteht, welche mindestens seit einem Jahr ununterbrochen in der betr. Fabrik thätig sind, von denen drei von den Arbeitern und zwei von den Fabrikanten zu wählen sind, ist auf Wunsch eines Arbeiters der halbjährliche Lohnauszug vorzulegen. Es können dabei nur die Verdienste derjenigen Arbeiter in Betracht kommen, die ununterbrochen die betreffende Zeit hindurch in der Fabrik gearbeitet haben.“

Die Arbeiter haben hierauf in ihren Fabrikantenschüssen Stellung genommen und folgenden Beschluß gefaßt: „Die versammelten Fabrikantenschüsse der mechanischen Stoffweber erklären im Auftrage sämtlicher Stoffweber, nach wie vor auf der Durchführung der allgemeinen Lohnliste bestehen zu müssen, und erwarten, daß die Fabrikanten so schnell wie möglich mit der Lohnkommission in Verbindung treten, um die nötigen Schritte zur Einführung einer Lohnliste einzuleiten.“

Vom Streik der Steinbrucharbeiter in Gommern. Der Steinbruchbesitzer Schröder, die leitende Person des Unternehmens, rings, hat gegen 50 galizische Arbeiter angeworben, die in ein Massenquartier untergebracht wurden. Den Leuten war ein Stundenlohn von 50—60 Pf. versprochen worden. Als ihnen um 27 Pf. geboten wurden, weigerten sie sich, an die Arbeit zu gehen; darauf wurden sie 1/2 Tag in ihrer Kaserne zurückgehalten.

Am Donnerstag wurde der Kassierer der Filiale des Maurerverbandes, der Maurer Gärtner, von einem Gendarm verhaftet, der in Begleitung des Bürgermeisters Wenzel und des Steinbruchbesitzers Louis Schröder erschien. Die Verhaftung hat in den Kreisen der Arbeiter große Erbitterung hervorgerufen.

Die Bauarbeiter in Erfurt sind in den Ausstand getreten. Sie verlangen 33 bis 35 Pf. Stundenlohn.

Die Zimmerer in Mainz haben ihren Ausstand beendet. Sie erreichten eine Lohnerhöhung von 2 Pf. die Stunde, die vom 1. Juli ab auf 3 Pf. gesteigert wird.

Ausland.

Zum Ausstand der Brüner Textilarbeiter schreibt die „Wiener Arbeiterzeitung“: „Als am 2. die Brüner Arbeiter, des langen Wartens müde, den Kampf um den Rehnfundentag aufnahmen, da waren die Unternehmer davon überzeugt, daß sie es mit einem jener plötzlichen Ausbrüche der Empörung zu thun haben, wie er bei unorganisierten Arbeiter häufig ist, und daß die Streikenden froh sein würden, wenn man sie am Montag wieder alle arbeiten lassen werde. Als aber am Montag die Arbeiter an den Fabriken vorbei in das „Arbeiterheim“ zogen und hier einstimmig beschlossen, den Streik weiterzuführen, da machten die Herren recht lange Gesichter, noch immer aber gaben sie ihre Sache nicht verloren. Sie trösteten sich damit, daß der Hunger die Arbeiter bald in die Fabriken treiben werde. Aber schon die Ausweise über die großen Summen, die die Arbeiter in ganz Oesterreich aufbrachten, mußten ihnen zeigen, daß hinter den Brünern die ganze österreichische Arbeiterchaft steht, bereit, alles anzusetzen, um ihren kämpfenden Genossen zum Siege zu verhelfen. Mit dem vorigen Woche gefaßten Beschluß der Gewerkschaftskommission ist nun auch die letzte Hoffnung der Unternehmer, daß es ihnen gelingen könne, die Streikenden auszuhungern, zu nichte geworden. Jedem organisierten Arbeiter, jedem Socialdemokraten wird durch diesen Beschluß die Pflicht auferlegt, allwöchentlich zum mindesten fünf Kreuzer für die Brüner Streikenden zu spenden. Die Einhebung dieser Steuer erfolgt durch die Organisationen, gewerkschaftliche und nicht-gewerkschaftliche, und wo bloß eine freie Organisation besteht, durch diese. Die Organisation hat, wenn möglich sofort, für ihre Mitglieder den Beitrag für die erste Woche zu entrichten und für die nächste Woche die Beiträge von ihren Mitgliedern einzuholen. Die Wiener Gewerkschaftskommission hat sich auch an die Prager Gewerkschaftskommission gewendet, und es ist voranzugehen, daß sich diese dem gefaßten Beschluß anschließen wird.“

In Paris haben in einigen großen Versammlungen die an der Weltarbeit beschäftigten Arbeiter beschlossen, eine Lohnerhöhung von 15 Prozent zu fordern.

Der Putz Déroulèdes.

Paris, 26. Mai. Heute, am gleichen Tage wie die Revisionsverhandlung über den Drehfus-Prozeß, begann vor dem Schwurgericht der Prozeß gegen Déroulède und Habert, welche am 23. Februar nach der Begrüßungsfeier Jaurès den General Roget verurteilt wollten, nach dem Elysee zu marschieren. Der Zuschauerraum ist überfüllt, unter den Anwesenden bemerkt man Roget, Rochefort, Coppée, Beaurepaire, Deltaille u. a.

Der Vorsitzende verhört zunächst Déroulède. Dieser bekämpft in seinen Aussagen die Parlamentarier und die Juden; er erklärt, sein Vorhaben sei reichlich überlegt gewesen. Déroulède sucht im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen zu beweisen, daß die Panama-Angelegenheit, der Fall Drehfus und der Parlamentarismus Frankreich verzehren. Redner spricht gegen die Wahl Loubets und tritt für eine plebisitarische Republik ein. Er habe nicht beabsichtigt, die Soldaten ihrer Pflicht abspensig zu machen, sondern General Roget mit sich fortzuziehen wollen.

Nach der Rede Déroulèdes wurde die Sitzung unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Verhandlung giebt Habert zu, daß er die Revolution habe herbeiführen wollen, bestreitet aber, die Soldaten zum Ungehorsam aufgereizt zu haben, da er den General ebenfalls mit sich fortzuziehen wollte.

General Roget, welcher als Zeuge vernommen wird, erklärt, er habe den Eindruck gehabt, daß Déroulède auf irgend einen General wartete. Roget erzählt sodann die bekannnten Vorgänge. Der Präsident verliest hierauf die Aussage Déroulèdes in der Voruntersuchung, in welcher er erklärt, er habe die Soldaten aufgefordert, ihm zu folgen. Nach Vernehmung weiterer Zeugen, deren Aussagen ohne Bedeutung sind, wird die Sitzung um 6 Uhr geschlossen. Mehrfach werden Hochrufe auf Déroulède laut.

Die russisch-finnische Militärvorlage.

Die Militärvorlage, welche die russische Regierung den Finnen aufzwingen wollte, ist, wie über Stockholm aus Helsingfors gemeldet wird, vom finnischen Landtag abgelehnt worden (siehe auch politische Uebersicht). Das vom Landtage angenommene Gesetz erhöht die Heeresstärke von 5000 auf 12000 Mann unter der Bedingung, daß der Wehrpflicht in Finnland genügt wird und das Heer Finnlands in jeder Hinsicht national verbleibt. Ferner bestimmt die Vorlage, daß die finnischen aktiven Truppen im Kriegsfall außerhalb des Landes nur verwendet werden dürfen, sofern die Verteidigung Finnlands die Anwesenheit der Truppen im Lande nicht erfordert. Endlich wird bestimmt, daß die Landwehr nur innerhalb Finnlands, eventuell zur Verteidigung Petersburgs, verwendet werden darf. Der Landtag fordert schließlich den Großfürsten auf, eine neue Vorlage zur Behandlung in geeigneter Weise vorzulegen, wenn er nicht der Meinung sei, den Gesetzentwurf wörtlich bestätigen zu können.

Man darf gespannt sein, wie Bäterens Regierung die mutvolle Sprache dieses kleinen Vasallen aufnehmen und was sie beginnen wird.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hainkirchen, 26. Mai. (B. L. W.) Der Lithograph Hochrein und der Mechaniker Goeppil wurden wegen Fälschung von Rehnfundnoten, welche sie auf photographischem Wege täuschend nachahmten und in großer Menge verbreiteten, verhaftet.

Strasbourg, 26. Mai. (B. L. W.) Bei der Reichstags-Ersatzwahl wurde G s i n g e r (C.) gewählt.

Wien, 26. Mai. (B. L. W.) Die Situation ist unverändert. Czell wird erst nachmittags vom Kaiser empfangen werden. Für das zu erwartende Beamtenministerium wird Statthalter Graf Aielmannsberg als Chef genannt.

Wien, 26. Mai. (B. L. W.) Die Wiener Allgemeine Zeitung veröffentlicht ein Interview mit einem hervorragenden Politiker der Rechten, welcher erklärte, die Sozialistische Ausgleichspolitik habe vollständig Bankrott gemacht, auch wenn Thut demissionieren und Szell bleiben sollte. Thut werde keinesfalls die ungarische Forderung auf Grund des § 14 ins Leben rufen, und weder hier noch in Ungarn glaube jemand, daß ein anderer noch unbekannter Staatsmann dies thun könne. Sollte dies gleichwohl geschehen, so würde eine derartige Rotverordnung nie die Indemnität des Parlaments erhalten; sogar die Obstruktion würde abstrafen, um eine derartige Rotverordnung abzulehnen.

Brüssel, 26. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Hier fand heute eine Wahlrechts-Demonstration statt unter Beihilfe von über 2000 Personen. Auf dem Stadtplay sprachen auch Daens und Vanberwede. Trotz gesetzlicher Verbotes marschierte der Zug unter dem Rufe „Demission“ zum Ministerium. Hierbei entstand eine Kollision mit der Polizei und Vanberwede wurde durch einen Säbelhieb unerbittlich verwundet. Mehrere Verhaftungen fanden statt.

London, 26. Mai. (B. L. W.) Nach einer beim Kolonialamt eingegangenen Depesche des Gouverneurs von Hongkong sind in der verfloffenen Woche 143 neue Erkrankungen und 134 Todesfälle an der Pest vorgekommen, gegen 87 Erkrankungen und 70 Todesfälle in der Vorwoche.

Washington, 26. Mai. (Meldung des „Reiterischen Bureaus“.) Die belgische Regierung hat das Verbot der Einfuhr von amerikanischem Vieh aufgehoben.

Kongreß der Krankenkassen Deutschlands.

In dem Saale von Keller, Koppenstraße, fanden am Sonntag die Verhandlungen des Kongresses der Krankenkassen Deutschlands statt.

Simanowski, der Vorsitzende der Centralkommission der Berliner Krankenkassen eröffnet den Kongreß und teilt mit, daß leider ein Teil der Kassen nicht vertreten ist, weil die Aufsichtsbehörde einzelnen Vorständen die Entnahme von Kassengeldern zur Besichtigung der Konferenz untersagt hat.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort zu einer Erklärung namens der Centralkommission Berliner Krankenkassen Kohn-Berlin.

Der „Vorwärts“ hat diese Anzapfung schon gebührend zurückgewiesen, aber wir meinen, es muß auch Sache der Versammlung sein, entschieden zu protestieren gegen derartige unmotivierte Unterschleibungen.

Der Kongreß tritt hierauf in die Tagesordnung ein. Der Vertrauensrat der Centralkommission der Berliner Krankenkassen, Dr. Friedeberg-Berlin, referiert über das Thema:

Zweck, Ziel und Organisationsform der deutschen Krankenkassen-Bewegung.

Er führt etwa aus: Gestatten Sie, meine Herren, daß ich Ihnen meinen herzlichsten Dank für Ihr zahlreiches Erscheinen ausspreche. Ich darf wohl annehmen, daß Sie damit Ihre Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer einheitlichen Krankenkassen-Bewegung zum Ausdruck gebracht haben.

Zur Diskussion werden zwei Anträge aus Weibert gestellt: 1. Bei der nächsten Revision des Krankenkassen-Versicherungsgesetzes ist den Krankenkassen Gelegenheit zur Mitwirkung zu geben.

2. Schleuniger Antrag an den Reichstag: Um den durch den Erlaß des Handelsministers v. Verelisch, durch welchen den über den Bezirk einer Aufsichtsbehörde hinausreichenden Krankenkassen-Verbanden untersagt wurde, die Mittel der Kassen für ihre Organisationszwecke zu verwenden, seit Jahren in ihrer Organisations- und Entwicklungsfreiheit gelähmten deutschen Krankenkassen die Möglichkeit wieder zu geben, sich unter dem Schutz des Gesetzes zu größeren Verbänden zusammen zu schließen und damit die so notwendige organische Weiterentwicklung des sozialen Versicherungswesens und insbesondere den Ausbau der Krankenkassen zu fördern, wolle der Reichstag beschließen:

Zu § 46 des Kranken-Versicherungsgesetzes Abs. 1 werden die Worte „innerhalb des Bezirks einer Aufsichtsbehörde“ gestrichen und hinzugefügt: „b. zum Zweck gemeinsamer Vertretung gemeinsamer Interessen.“

Kienicher-Damburg stimmt dem Referenten zu, er sei Centralist und wo es gelte, eine neue Centralisation zu schaffen, sei er mit Herz und Seele dabei.

Direktor Ullmann-Leipzig hält die finanziellen Schwierigkeiten für bedeutender, als man anzunehmen geneigt sei. Bei der Schaffung einer neuen Organisation würden diese Schwierigkeiten bedeutend hervortreten.

Siebel-Wilhelmshaven spricht sich im Sinne des Referenten aus und empfiehlt den Antrag Weibert, um endlich ein klares Verhältnis gegenüber den Apotheken zu schaffen.

Prinz-Kottbus würde für eine Verzögerung sein, wenn nicht das Gesetz diese Vereinigung unterlagte im § 46 des Krankenkassen-

gesetzes. Zwangskassen und freie Hilfskassen seien nicht unter einen Hut zu bringen, es seien zu viel Trennungspunkte vorhanden. Er unterstütze den Antrag Ullmann, dem Verbands der deutschen Orts-Krankenkassen beizutreten.

Gäntzer-Berlin fordert im Sinne des Referenten zu agitatorischen gemeinsamen Handeln auf. (Beifall.)

Siebstadt-Weimar fordert die Mitglieder der freien Kassen auf, in die Orts-Krankenkassen einzutreten und sich dann dem Verbands deutscher Orts-Krankenkassen anzuschließen.

Gaebel-Mainz erklärt sich gegen den Antrag Weibert und stellt sich hier auf den Standpunkt von Prinz, im übrigen redet er einer Vereinigung der Kassen zur Herbeiführung gemeinsamer Beschlüsse das Wort.

Slagau-Breslau. Von einem Gegensatz der Zwangs- und freien Kassen ist mir in Breslau nichts bekannt geworden. Die Kassen müßten doch das Interesse haben, sich zusammenzuschließen, nicht getrennt zu existieren.

Bringmann-Eberfeld hält viel zu viel Trennungspunkte zwischen den einzelnen Kassen für vorliegend, als daß ohne weiteres eine gemeinsame Organisation gegründet werden könnte.

Dr. Landmann-Eberfeld bespricht den Antrag Weibert. Wegen die Gründung einer Centralstelle habe er nichts einzubringen, vorausgesetzt, daß da nur die allen Kassen gemeinsamen Dinge verhandelt werden.

Westphal-Königsberg wünscht die Vereinigung aller Kassen in einer Stadt zu einem Verbands und dann die Zusammenziehung aller Verbands in einer Provinz.

Damberger-Köln weist auf die Schwierigkeiten hin, die der Vereinigung der Kassen die Aufsichtsbehörden der Kassen bereiten.

Ein Schlußantrag wird hierauf angenommen. In seinem Schlußwort weist Dr. Friedeberg darauf hin, daß sich in der Diskussion eine gewisse Einstimmigkeit doch ergeben habe, daß es nötig sei, die gemeinsamen Kräfte der Krankenkassen nach außen wirksam in die Erscheinung treten zu lassen.

Die Krankenkassen Deutschlands vereinigen sich zu einem Los, im wesentlichen agitatorischen Zwecken dienenden, namentlich für die Beeinflussung der Gesetzgebung stets bereit zu haltenden Verbands. Die Aufgabe, die jede Klasse resp. jeder Kassenverband seiner besonderen Struktur nach hat, sollen dadurch in keiner Weise beeinträchtigt werden.“

Junger-Breslau erklärt, ein imperatives Mandat zu haben und diesem Antrage nicht zustimmen zu können. Er halte aber einen gemeinsamen Boden für die Krankenkassen für möglich, nur sollten aus der Diskussion alle die politischen und agitatorischen Aeusserungen fernbleiben. (Murre.)

Dr. Friedberg-Karlsruhe schließt sich der Erklärung des Vorredners an. Parteipolitik gehöre nicht in die Krankenkassen. (Rufe: Parteipolitik ist auch nicht getrieben worden.)

Dr. Friedberg-Berlin: Die Vorredner scheinen Interessenpolitik mit Parteipolitik zu verwechseln. Parteipolitik ist hier nicht getrieben worden, wohl aber sind die Interessen des arbeitenden Volkes vertreten worden. (Beifall.)

Die Delegierten der Orts-Krankenkassen Breslau, Köln, Worms, Eisenach, Leipzig, Göttingen, Kottbus und Hannover erklären ebenfalls, mit gebundenem Mandat erschienen zu sein und nicht für den Antrag Friedberg stimmen zu können, bei aller Sympathie für ihn.

Daraufhin wird der Antrag so gefaßt: „Die Delegierten verpflichten sich, für diese Vereinigung zu wirken“, und in dieser Fassung wird der Antrag Friedberg mit allen gegen fünf Stimmen angenommen.

Hierauf wird in den zweiten Punkt der Tagesordnung: Stellung der Krankenkassen zum neuen Invaliditätsgesetz und zu den notwendigen Änderungen des Kranken-Versicherungsgesetzes

eingetreten, nachdem die Wortergänzung des sechsten Punktes: „Ergebnisse des Tuberkulose-Kongresses“, abgelehnt war.

Referent ist: Reichstags-Abg. Barm: Der Reichstag steht in der zweiten Lesung der Novelle zum Invaliditätsgesetz. Meine Fraktion hat auf eingehende Beratung aus dem Wunsche gedrungen, daß die Beratungen des Tuberkulose-Kongresses und dieser Konferenz auf die weitere Gestaltung des Gesetzes Einfluß ausüben können.

Wenn auch das neue Gesetz keine Verschlechterung enthält, so sind doch noch genug Mängel in ihm vorhanden, die unbedingt im Interesse der Versicherten beseitigt werden müssen. Sie als Vertreter der Krankenkassen haben ein mehrfaches Interesse daran, auf die Gestaltung des Gesetzes Einfluß zu gewinnen. Hängen doch Invaliden- und Krankenversicherung, wenn sie auch — wie wir meinen, zu Unrecht — organisch getrennt sind, auf das engste zusammen. Die Hauptaufgabe beider Versicherungen ist die Prophyllage, die Vorbeugung, die Verhütung der Schädlichkeiten, die das arbeitende Volk bedrohen. In zweiter Linie kommt für sie die Sorge für die Opfer dieser Schädlichkeiten. Es giebt zwei Wege zur Verhütung dieser Schäden. Soweit sie aus dem allgemeinen Volkstande, der allgemeinen sozialen Lage herrühren, tritt die gewerkschaftliche Organisation auf Grund des Koalitionsrechtes und die Ausübung der politischen Rechte in Staat und Gemeinde gegen sie auf. Neben diesen notwendigen Kämpfen aber sind besonders ungünstige Bedingungen für die einzelnen Berufe vorhanden, die besonders bekämpft werden müssen. Hier hat die Versicherung eingzugreifen, und dazu müssen durchgreifende Änderungen in der Versicherungs-Gesetzgebung vorgegenommen werden.

Es muß dafür gesorgt werden, daß die Arbeitsräume und Wohnungen so beschaffen sind, daß sie nicht die Gesundheit des Arbeiters durch ungesunden Luft, Staub schädigen. Man wird sagen, das ist Sache der Gewerbe-Aufsicht. Aber die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung sind in dieser Hinsicht zu allgemein; es sind nicht bestimmte Normen gegeben, wieviel Luftstrom für jeden Arbeiter notwendig ist. Und in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben, wie in den Quecksilber- und Phosphorbetrieben, in der Tabakfabrikation, da sind die Bestimmungen unzureichend und genügen nicht den Forderungen der Wissenschaft. So sind in den Tabakfabriken 7 Kubikmeter Luftstrom vorgefrieben, während die Wissenschaft mindestens 15 Kubikmeter bei zweimaligem Luftwechsel in der Stunde verlangt. Dann ist das Personal der Gewerbe-Aufsicht lächerlich gering. Nur 30 Proz. der Anlagen konnten kontrolliert werden, 187 496 Betriebe mit 689 011 Arbeitern wurden überhaupt von keinem Kontrollbeamten besucht. (Hört! hört!) Deshalb verlangen wir eine Ausdehnung der Gewerbe-Aufsicht. Hierbei läßt sich anknüpfen an den § 131 des Invaliditätsgesetzes, der von den Schulpflichtigen handelt. Wir verlangen, daß diese Schulpflichten erlassen werden sollen von den Vorständen der Versicherungs-Anstalten und von den Krankenkassen. Und diese Schulpflichten zur Verhütung der Gesundheit aller Versicherten sollen sich auch auf die Wohnungen erstrecken. Damit ist eine Wohnungsgesetzgebung angebahnt. (Beifall.) Die

Kassen sollen Aufsichtsbeamte ernennen dürfen, die dafür zu sorgen haben, daß die Schulpflichten auch durchgeführt werden. Sie sollen öffentliche Beamte sein und Strafen verhängen dürfen. Wir sind der Ansicht, daß die Gewerbe-Aufsicht und Wohnungsinspektion in die Hände der Arbeiter gelegt, mindestens,

daß diese mehr beteiligt werden müssen. In der Regierungsvorlage eines Invaliditätsgesetzes von 1889 waren ähnliche Vorschläge zum Teil vorhanden. Und in der Kommission sind unsere Anträge zu § 131 insofern angenommen worden, als die Invalidenanstalten die Befugnis zum Erlaß von Schulpflichten erhalten sollen. Noch aber ist es fraglich, ob die Mehrheit des Reichstages sich unseren Vorschlägen in dieser Hinsicht anschließen wird. Ihre Aufgabe ist es, Ihrerseits zu erklären, daß Sie für die Krankenkassen dies Recht verlangen. (Beifall.)

Wir verlangen also, daß Invaliditätsanstalten und Krankenkassen das Recht zur Ernennung besonderer Controloren haben — leider ist aber in maßgebenden Regionen keine besondere Neigung zu Ausgaben für solche Zwecke. Ein bedeutames Feld der Thätigkeit würde sich hier den Kassenärzten eröffnen: hier aber hapert's leider; hier sind schwerwiegende Vorurteile gegen nur allzuwiele Ärzte zu erheben, welche ihre Pflichten eben nicht erfüllen. Aus den Vorständen der Gewerbe-Inspektoren ergibt sich, daß nur allzu oft die Kräfte die Auskunst über gesundheits-schädliche Wirkungen der Fabrikverhältnisse usw. verweigern, weil sie von anderweitige Schädigung befürchten (Hört! hört!), d. h. weil sie fürchten, in Unternehmertreuen angestoßen und ihre bürgerliche Standhaftigkeit loszuwerden. Es ist daher nötig (Zuruf des Dr. Mugdan: daß freie Arztwahl eingeführt wird), daß Sie, die Krankenkassen-Vorstände, die Kräfte materiell so stellen, daß dieselben nicht nötig haben, Achselträger und Mantelbrecher zu sein. (Sehr richtig!) Die Verhütung der Krankheiten liegt im gemeinsamen Interesse der Invalidenanstalten wie der Krankenkassen. Wir haben weiter beantragt, die

Ausdehnung der Krankenversicherung auf land- und forstwirtschaftliche Arbeiter

sowie auf das Gesinde. Mit den satzsum bekannten Gründen sträuben die Agrarier sich dagegen; was dieselben vorbringen, wird auf Sie, als auf Arbeitervertreter keinen Eindruck machen. Die Krankenkassen haben ein dringendes Interesse an der Sache; wie viele ländliche Arbeiter ziehen nicht in die Stadt; sollen die Krankenkassen ausbaden, was die Junter ihrem Geldbeutel zuleibe verschulden? (Sehr richtig!) Wir haben um so mehr darauf zu dringen, daß diese Reform jetzt, bei dem Invaliditätsgesetze, durchgeführt wird, als das in Aussicht genommene neue Krankenkassen-Gesetz wohl noch lange auf sich warten lassen wird, und die Regierung nach meinen Informationen zuvor ein Unfallversicherungs-Gesetz vorzulegen gedenkt. Ein weiterer, außerordentlich wichtiger Punkt ist der, daß dem Arbeiter ausreichende und schnelle Hilfe gebracht werden muß. Eigentlich wäre die Erörterung dieses Punktes die Hauptaufgabe des Tuberkulose-Kongresses gewesen; so dankenswerthe Anregungen in diesem Gebiete hat, auf diesen Hauptpunkt hat der Kongreß — von Dr. Friedbergs Referat abgesehen — nicht den nötigen Nachdruck gelegt. Dr. Friedberg hat auch auf die entscheidende Rolle hingewiesen, die das Vacuum in dieser Frage spielt. Um die Lücke auszufüllen, die jetzt zwischen der Kranken- und der Invalidenversicherung klafft, haben wir beantragt, die Invaliden-Unterstützung nach der 13. statt nach der 26. Woche eintreten zu lassen. Man hat dagegen eingewendet, dadurch würden die Invalidenanstalten auf Kosten der Krankenkassen und andererseits doch wieder die Krankenkassen belastet. Die Summen in diesem, um es sich hier handelt, sind nicht so hoch, als daß sie als Gegenstand in Betracht kommen können. Für die Krankenkassen ist es gleichgültig, ob sie an den Versicherten, oder ob sie an die Invalidenanstalt zahlen. In der Macht der Regierung liegt es, ohne irgend welche Belastung des Staatsbudgets den Krankenkassen ein Äquivalent zuzumessen zu lassen; man gestatte ihnen die Einrichtung eigener Apotheken.

Die Profite der Apotheker sind ungebührlich (Sehr richtig!), daß sie davon ihren Teil an die Grundrente usw. zu entrichten haben, kann für uns nicht in Betracht kommen. Diese ungeheuren Summen können die Kassen sparen. (Lebhafte Rufe: Sehr richtig!) Ferner wollen wir, daß als Minimum die Hälfte und nicht das Drittel des ortsüblichen Tagelohns angenommen wird. Weiter ist mit Energie zu verlangen, daß das Heilverfahren eintreten muß, falls Kassenarzt und Kassen-vorstand es als nötig erachten, daß der Versicherte nicht von dem guten Willen oder auch der Willkür des Vorstandes der Anstalt abhängt. Die Unterstüßungen, die den Verwandten des Kranken gezahlt werden, müssen weit höher werden, sonst gerät die Familie in Not; der Genesene, eben aus der Heilanstalt entlassen, muß scharf arbeiten, um seine Angehörigen aus der Not zu befreien; die Wirkung des Heilverfahrens wird nur zu oft dadurch vereitelt. (Sehr richtig!) Außerordentlich bedenklich und gefährlich, sowie ungerechtfertigt ist es, Geschlechtskranke von dem Genus der Invalidenunterstützung auszuschließen. Das wird nur dazu führen, daß solche Kranke ihr Leiden verheimlichen; diese verheimlichten Leiden stellen eine Gefahr dar, kaum minder groß als die Tuberkulose. (Sehr richtig!) Unterstützen Sie uns in unserem Kampfe gegen den Ausschluß der Geschlechtskranke; die Stimmung im Reichstage ist in diesem Falle nicht ungünstig; Ihr Votum, als das der Vertreter der Krankenkassen, wird schwer in unserer Waagschale wiegen. Begrüßt haben wir die Einrichtung der Rentenstellen als einen Fortschritt auf der Bahn der Befreiung von bürokratischer Bevormundung. Das zurückgebliebene Wahlrecht zu den Rentenanstalten macht leider wieder diesen Fortschritt zum guten Teil illusorisch. Meine Herren! Helfen Sie uns, sorgen Sie mit dafür, daß unsere Anträge Gesetzeskraft erlangen! Lassen Sie sich nicht irre machen, indem Sie auf jene hören, die Sie vor der Politik warnen. Das Gesetz, auf dessen Grunde Sie hier sitzen, ist ein Stück Politik. Eine Politik aber ohne Parteien, meine Herren, ist unmöglich, Farbe muß bekennen, wer ersprießlich wirken will. Halten Sie darum Umschau unter den Parteien: Sie werden eine finden, die stets im Interesse der Arbeiter gewirkt hat. (Lebhafte Beifall.)

Es liegt eine große Reihe Anträge vor. Die Centralkommission beantragt in Uebereinstimmung mit dem Referenten:

Die Verpflichtungen der Invaliditätsanstalt sind unmittelbar an die Minimalleistung der Krankenkassen anzuschließen: Die Rechte des Mitgliedes aus der Krankenversicherung dürfen durch keine Maßnahme der Invaliditätsanstalt in irgend welcher Weise berührt werden. Die Gestaltung des vorbeugenden Heilverfahrens muß im Sinne der von der Centralkommission auf dem Tuberkulose-Kongreß vertretenen Thesen erfolgen. Die Bestimmungen, daß der Versicherte, falls er sich das Leiden resp. die Invalidität durch geschlechtliche Ausschweifungen z. zugezogen hat, seiner Rechte verlustig geht, muß sowohl im Invaliditäts- wie im Krankenkassen-Gesetz gestrichen werden. Die Wahl zu allen auf der social-politischen Gesetzgebung beruhenden Körperschaften muß eine direkte durch die Versicherten sein.

Halberstadt verlangt: Die deutsche Reichsregierung wird ersucht, dem Reichstage eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten zwecks einheitlicher Regelung der Unterstüßung aller von den Invaliditäts-Versicherungsanstalten in Heilanstalten untergebrachten Kranken, Ankauf von Grundstücken zur Errichtung von Heilanstalten für Lungentranke.

Düsseldorf beantragt Erhöhung des ortsüblichen Tagelohnes. Göttingen beantragt die Mindestunterstützung der Krankenkassen auf die Dauer von 26 Wochen festzusetzen.

Die Centralkommission beantragt schließlich noch: Die Versicherung der Krankenkassen-Mitglieder bis zur Höhe des verdienten Tagelohnes anzutreten. Die Doppelversicherung ist wünschenswerter, aber ohne dadurch die Gründung neuer Kassen, insbesondere solcher aus Privatkapital, anzuregen.

In der Diskussion machte sich im allgemeinen nur Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten und den vorliegenden Anträgen geltend.

Kur Dr. Landmann - Elberfeld ist mit dem Referenten nicht ganz einverstanden. Er empfiehlt den Kassen, die Ärzte mit gutem Gehalt anzustellen, die Zahl dieser Ärzte aber zu beschränken. Statt Rezeptschreiber müsse sich die Kasse einen Socialpolitiker erziehen. Den Apotheken könnten die Kassen, wenn sie wollten, schon heute ohne Befehlgebung den Garauz machen.

Schließlich wird ein Antrag Grünwald - Hamburg angenommen, sämtliche Anträge in einer zusammenfassenden Denkschrift dem Reichstag als Beschlüsse des Krankenlagentages zu unterbreiten.

Abg. Wurm erklärt sich mit diesem Beschlusse einverstanden und hofft, daß die Wünsche des Delegiertentages noch bei der Beratung des Invaliditätsgesetzes Berücksichtigung finden werden.

Nachmittags-Sitzung.

Die Präsenzliste ergibt, daß aus Berlin vertreten sind: 45 Orts-Krankenlagentage mit 70 Delegierten, 6 Vereine und Korporationen mit 13 Delegierten, 12 Betriebs-Krankenlagentage mit 22 Delegierten, 4 Innungs-Klassen mit 6 Delegierten, 20 eingeschriebene Hilfsklassen mit 17 Delegierten, von außerhalb 287 Krankenlagentage mit 208 Delegierten. Zusammen sind also 374 Klassen mit 386 Delegierten vertreten.

Da viele Delegierte abreisen müssen, wird beschlossen, nur die wichtigsten Punkte zu verhandeln und die Punkte 3 und 5 der Tagesordnung: Stellung der Krankenlagentage zum Unfallversicherungsgesetz und die Centralisation der Krankenlagentage, ausfallen zu lassen.

Die Beschlüsse des 27. Deutschen Arztetages.

Referent Dr. Curt Freudenberg - Berlin: Die Beschlüsse des 27. Deutschen Arztetages haben in der gesamten deutschen Ärzteschaft viel böses Blut gemacht und zwar wurde die gesamte deutsche Ärzteschaft dafür verantwortlich gemacht, der auch ich mit Stolz angehöre. Diese Entrüstung geht zu weit. Man täuscht sich über die Bedeutung der Arztetage und verwechselt sie mit der Ärzteschaft überhaupt. Nicht die Mehrheit der deutschen Ärzte hat diese Beschlüsse gefaßt, sondern die Mehrheit derjenigen, die in den Ständevereinigungen und auf den Tagen das große Wort führen. (Sehr richtig!) Die Berufstätigkeit des Arztes bringt es mit sich, daß er wenig Zeit hat, sich mit öffentlichen Angelegenheiten seines Standes zu befassen. Nur eine kleine Anzahl Schreier auf den Arztetagen ist für die kompromittierenden Beschlüsse verantwortlich. (Hört! hört!) Ich glaube, daß die Minderheitsresolution eines Frankfurter Arztes, die auf dem Arztetage fiel, die Ansichten der Mehrheit der deutschen Ärzte ausdrückt. Bedauerlich bleibt die Indolenz der Ärzte immerhin, die solche Beschlüsse zu Stande kommen läßt. (Zustimmung.)

Der Arztetage hat in erster Linie die gesetzliche Festlegung der freien Arztwahl verlangt. Auch ich bin ein Anhänger der freien Arztwahl. Hier aber, wo ich die Ansichten sämtlicher Krankenlagentage zu vertreten habe, muß ich betonen, daß nicht alle Kassen durchweg auf diesem Standpunkt stehen. Solange dies aber der Fall ist, darf die freie Arztwahl nicht gesetzlich vorgeschrieben werden. Nach dem Krankenlagentage-Gesetz haben die Versicherungen für alle Beschlässe die Mehrheit. Wo die Mehrheit der versicherten Arbeiter für die freie Arztwahl gewonnen ist, da kann sie diese einführen. Die Ausdrängung der freien Arztwahl ist ein unberechtigter Eingriff in das freie Selbstbestimmungsrecht der Kassen. (Sehr richtig!) Die versicherten Arbeiter sind mündige Menschen, die selber entscheiden können, was ihnen nützt. (Bravo!)

Wichtiger noch als die ideale, ist die materielle Seite der Sache. Die freie Arztwahl ist in dem Augenblicke unausführbar, wenn der Arzt die freie Bemessung der Honorare zugestanden wird. Das haben denn die einsichtigeren Elemente unter den Ärzten auch eingesehen; sie haben — was man ihnen von ihrem Standpunkt ja auch gar nicht verdenken kann — gefordert, was sie glaubten fordern zu können: sie haben als Honorarfuß das Mindestmaß der Tage verlangt. Das Material, das die Berliner Krankenlagentage mit freier Arztwahl zusammengetragen haben, mag uns zeigen, was die Erfüllung dieser ärztlichen Forderung für die Krankenlagentage bedeuten würde. Die Festlegung der Honorare auf das Mindestmaß der Tage würde eine Erhöhung der ärztlichen Kosten auf das Dreifache bedeuten. (Hört, hört!) Die Kassen würden in diesem Falle circa die Hälfte ihrer Einnahmen an Ärzte zu zahlen haben; sollen die anderen Aufgaben nicht leiden, müßten also die Beiträge erhöht werden; die Erhöhung würde pro Woche und Kopf etwa 11—12 Pfennige betragen, das heißt 8 Pf. auf den Kopf des Arbeiters. Diese ärztliche Forderung hat einen unangenehm agrarischen Beigeschmack; man ist geneigt, diesen Antrag des Arztetages als den medizinischen Antrag Kaniz zu bezeichnen. (Heiterkeit.) Trotzdem empfiehlt sich, auf die Gründe etwas näher einzugehen. Die Ärzte behaupten, sie wollten ja nur die Zustände herstellen, wie sie vor dem Krankenlagentage-Gesetz geherrscht haben. Aber erstens hat die Mehrheit der heute praktizierenden Ärzte nach dem Erlaß jenes Gesetzes studiert; selbst wenn man das Prinzip der Entschädigung grundsätzlich billigt, kann man diesen also von vornherein keinen Anspruch auf Entschädigung zusprechen. Ferner vergessen die Ärzte nur zu leicht, daß vor jenem Gesetz viele Paupers überhaupt kein Honorar zahlen konnten, sondern unentgeltliche Behandlung in Polikliniken etc. in Anspruch nahmen, die Gemeinden, selbst Berlin, zahlten und zahlen oder keineswegs besser als die Kassen. Außerdem ist die Inanspruchnahme der Ärzte durch die Krankenlagentage fast gesehert; bedenken Sie doch, daß die Kassen nicht ein Wort ohne ärztliches Rezept verschreiben können. Die Klagen der Ärzte sind also keineswegs so weit berechtigt, daß sie eine Vermehrung der Honorare auf das Dreifache rechtfertigen würden. — Zu verwerfen ist weiter das staatliche Vorgehen gegen Kurpfuscher, wie die Ärzte es fordern. Mir persönlich — ich bin überzeugter Anhänger der Schulmedizin — sind Kurpfuscher zuwider, aber Vermehrung der Bildung und nicht den Polizeieinknappel rufe ich gegen Pfuscher zu Hilfe. (Lebhafter Beifall.) Zudem — die Angriffe gegen die Kurpfuscher richten ihre Spitze auch gegen die im Auslande approbierten Ärztinnen: die Frauen haben im Auslande ihre Ausbildung suchen müssen, weil sachverständige Vornormen ihnen verweigerte, in Deutschland dieselbe zu suchen. Ganz energisch ist Front zu machen gegen das Verlangen der Ärzte, die Verträge zwischen den Kassen und den einzelnen Ärzten der Bestätigung durch die ärztliche Ständevereinigung zu unterwerfen. In einer Zeit, da man das Koalitionsrecht der Arbeiter zu beschneiden sucht, kann ich nicht der Neuschaffung eines Privilegiums für eine Schicht zustimmen, die, obwohl bereits zum Teil fast proletarisiert, immerhin in besserer Lage als die Arbeiterklasse sich befindet. (Zustimmung.)

Kann noch eine persönliche Bemerkung. Ich habe absichtlich eine milde Form gewählt — die Ärzte werden das freilich bestreiten —, weil ich weiß, wie groß die Rot unter nur allzuvielen Ärzten ist. „Arbeitswilligen“ Ärzten, die ihren Kollegen in den Rücken fallen, siehe ich mit denselben Gefühlen gegenüber, wie Sie den Streikbrechern (Stürmischer Beifall); aber die Arbeiterschaft darf unter den Forderungen der Ärzte nicht leiden. (Lebhafter Beifall.) Medner schlägt folgende

Resolution

zur Annahme vor:

„Der Kongreß der Krankenlagentage Deutschlands erklärt gegenüber den Beschlüssen des 27. Deutschen Arztetages:
1. Die gesetzliche Festlegung der freien Arztwahl würde einen ungerechtfertigten Eingriff in die Selbstverwaltung der Kassen bedeuten. Den versicherten Arbeitern würde durch eine solche Maßregel ein Vorteil nicht erwachsen, da sie heute schon kraft der Mehrheit, über die sie in den Kassen verfügen, die freie Arztwahl überall dort einführen können, wo die Mehrheit der Versicherten dieses Recht für das Beste hält; dagegen würde die Maßregel für die Arbeiterschaft den Nachteil haben, daß die Arzthonorare künftighin nicht mehr Gegenstand freier Vereinbarung bleiben, sondern deren Höhe ebenfalls gesetzlich festgelegt werden muß.“

2. Daß eine gesetzliche Festlegung der Arzthonorare notwendig zu einer erheblichen Verteuerung der ärztlichen Leistungen führen muß, und daß daher aus diesem weiteren Grunde die Festlegung der freien Arztwahl nur einen Nachteil für die versicherten Arbeiter bedeuten kann, ergibt sich unabweislich daraus, daß der Arztetage gleichzeitig die Bezahlung nach der Minimaltabelle fordert. Es bedeutet dies Verlangen, daß künftighin die Krankenlagentage für Arzthonorare mindestens das Dreifache der bisherigen Summe zahlen sollen. Die Arzthonorare müßten zu diesem Zwecke durchschnittlich mindestens um 11 bis 12 Pfennige pro Woche erhöht werden, die Summe der Arzthonorare würde um die Hälfte höher sein, als die des Krankengeldes, so daß das Krankenlagentagegesetz dann mehr als ein Gesetz zu Gunsten der Ärzte erscheinend würde. Die vorgeschlagene Gesetzesänderung könnte aber nicht damit begründet werden, daß der materielle Schaden ausgeglichen werden soll, den das Krankenlagentage-Gesetz zugefügt hat, denn ein solcher Schaden ist nicht nachweisbar, mindestens nicht im behaupteten Umfange.

3. In der weiterhin geforderten Beschränkung der zur Behandlung der Mitglieder zuzulassenden Ärzte auf die im Inlande approbierten erblickt die Konferenz erstens eine Verengung des Grundgesetzes, daß sich der Kranke bei der Wahl seines Verstandes und des Heilverfahrens lediglich durch sein Vertrauen leiten lassen dürfe, und zweitens eine durch nichts zu rechtfertigende Vereinträchtigung der weiblichen Kassenmitglieder, die nicht zu dulden brauchen, daß ihnen allein das jeder anderen Frau zustehende Recht, event. auch eine Ärztin zu konsultieren, genommen werde.

4. Die Forderung, daß jeder Vertrag mit Krankenlagentagen der Genehmigung der ärztlichen Ständevereinigung unterliegen soll, würde ein ungerechtfertigtes Privileg des Arztstandes bedeuten, denn die andere vertragsschließende Partei, die Krankenlagentage und ihre Mitglieder, würde einen solchen Privileg als einer festgeschlossenen Ständevereinigung nicht haben. Gegen die Verleihung eines solchen Privilegs müßte die versicherte Arbeiterschaft um so energischer Widerspruch erheben, als ja heutzutage alle Organisationsbestrebungen der Arbeiterschaft auf den schärfsten Widerstand der Regierung und der herrschenden Klassen stoßen und als daher eine solche Maßregel um so schärfer den Charakter der einseitigen Bevorzugung eines Standes auf Kosten der Arbeiterklasse tragen würde.“

In der Debatte erklärt sich

Ragnan (Rentner der Buchdruckerklasse) gegen die freie Arztwahl und für die Anstellung von Ärztinnen.

Soldamere (Ernter) ist auch gegen die Auswählung der freien Arztwahl und schildert solche Auswählung, wie sie durch unnützes Medizinverschreiben etc. in Erfurt vorgekommen sind.

Riemer (Hamburg) fordert die Verstaatlichung der Ärzte, man solle sie standesgemäß mit 7—8000 M. bezahlen. Er tritt weiter für verstärkte Anwendung der Rationiermethode und für Zulassung der Frauen zum ärztlichen Studium ein. Die Ärzte klagen über beginnende Proletarisierung, das sei zu bedauern, in vielen kleinen Orten und auf dem Lande sei aber noch Ärztemangel und er rate den Ärzten in überfüllten Städten, den Ruf erhalten zu lassen: Zuzug fernhalten. (Heiterkeit.)

Dähne (Berlin) erklärt, daß seine Erfahrungen mit der freien Arztwahl gute seien. Aber mit den übertriebenen Beschlüssen des Arztetages in Dresden hätten die Ärzte selbst der Sache der freien Arztwahl den schlechtesten Dienst erwiesen.

Wmann (Berlin) ist mit dem Referat Dr. Freudenbergs durchaus einverstanden.

Schwenker (Oldenburg) teilt mit, daß dort die Ärzte infolge der Beschlüsse des Arztetages den Vertrag mit den Krankenlagentagen gekündigt haben und den Minimalfuß der Tage verlangen. Er ist im übrigen mit dem Referenten Dr. Freudenberg einverstanden.

Dr. Wunter ist für gesetzliche Festlegung der freien Arztwahl, erklärt sich aber für völlige Autonomie der Selbstverwaltung der Kassen und gegen die Beschlüsse des Arztetages in der Honorarfrage; die gesetzliche Festlegung der freien Arztwahl sei schon wegen der Fabrik- und Betriebs-Krankenlagentagen notwendig.

Dr. Hirschfeld (Hamburg) stimmt im allgemeinen mit Dr. Wunter überein; nur könne er nicht, wie dieser, für die gesetzliche Festlegung der freien Arztwahl eintreten. Ganz zurückzuweisen sei der Riemer'sche Vorschlag, Ärzte mit 6000—7000 M. Gehalt als ausschließliche Kassenbeamte anzustellen; der Abhängigkeit der Ärzte werde auf diese Weise nicht abgeholfen. Mit Betriebslagentagen, selbst solchen in Fabriken socialreformerischer Besitzer, habe er und gewiß auch manche seiner Kollegen, die sonderbarsten und unangenehmsten Erfahrungen gemacht. Selbstredend sei daran festzuhalten, auch das Gesinde in den Kreis der Krankenversicherung zu ziehen und dafür die Leute mit einem Einkommen über 2000 M. aus demselben auszuschließen.

In seinem Schlusswort erklärt Dr. Curt Freudenberg: Im allgemeinen kann ich mich durchaus mit den Ausführungen meiner Kollegen Dr. Wunter und Hirschfeld einverstanden erklären; aber die gesetzliche Festlegung der freien Arztwahl muß ich ablehnen, obgleich die Mehrheit der Ärzte, die sich überhaupt mit solchen Dingen beschäftigen, dafür ist. Was, und mit Recht, von den Betriebslagentagen gerügt ist, bildet für mich nur einen Grund, zu fordern: Weg mit diesen Betriebslagentagen! Und weiter: Nur die Arbeiter sollen über das Arztwesen entscheiden, das eingeführt werden soll. An Sie, meine Herren, richte ich die Aufforderung: Vergessen Sie niemals, daß das fiskalische Interessen hinter dem gesundheitlichen Interesse der Mitglieder zurückzustehen hat. Bekantien Sie mir, auf meinen Fall ein bekanntes Wort anzuwenden: Die Befreiung der Krankenlagentagen aus dem Banne des Zwangsarztsystems kann nur das Werk der versicherten Arbeiter selbst sein! (Lebhafter Beifall.)

Die Versammlung beschließt, die Resolutionen nebst dem in der Diskussion zu Tage getretenen Material der Redaktionskommission zur definitiven Festlegung des Wortlautes zu überweisen.

Dr. Friedberg (Berlin) spricht nun zum letzten Punkt der Tagesordnung über die

Ergebnisse des Tuberkulose-Kongresses.

Der Kongreß habe ergeben, daß die Tuberkulose in den sozialen Verhältnissen ihre Ursache hat. Die Vorträge der Herren Gebhardt, Rabner und Bräntel haben hohen Wert und werden von der Arbeiterschaft ausgenutzt werden. Der Kongreß wird sicherlich noch seine Nachwirkung in gesetzgeberischen Maßnahmen finden. Vor allem aber werden die Krankenlagentage jetzt daran gehen, mehr wie bisher eine vorbeugende Tätigkeit in Erkrankungsällen zu entfalten. Der Kongreß hat schließlich eine Annäherung der sozialen Schichten herbeigeführt. Zum ersten Male haben Regierung, Männer der Wissenschaft und Vertreter des arbeitenden Volkes in einer durch keinen Mißton gestörten Weise verhandelt. Wir können mit dem Ergebnis des Tuberkulose-Kongresses so zufrieden sein, wie mit dem heutigen Kongreß. (Beifall.)

Dr. Beyer teilt der Versammlung mit, daß er eine Wohnungs-enquete bei den Berliner Lungenkranken veranstaltet habe, die sehr ungünstige Verhältnisse ergeben hat. Er empfiehlt die Gründung vieler Freiluft-Barracks an der Peripherie großer Städte.

Saffle (Hamburg) meint, der Kongreß habe viel wertvolle Anregungen gegeben, aber viel Erfolg verspreche er sich so lange nicht, als nicht eine durchgreifende Wohnungsreform durchgeführt und den Arbeitern verkürzte Arbeitszeit gewährt werde.

Albrecht (Berlin) wendet sich gegen die Lebensweise vieler Arbeiter, die dem Aneipenleben und Alkoholgenuss zu sehr fröhnen. Er sei kein Temperenzler, aber er müsse sagen, ein Narr und Idiot könne nicht unvernünftiger verfahren, wie viele Arbeiter. Der Arbeiter solle an seiner geistigen und sittlichen Hebung arbeiten, dann werde er auch körperlich gesünder werden.

Frau Reimann (Berlin) teilt eine erschütternde Statistik der Lungenkrankheiten in der von ihr vertretenen Berliner Orts-Krankenlagentage der Schneider mit. Danach sind von 2416 weiblichen Mitgliedern im Jahre 1898 2229 an Lungenkrankheiten erkrankt; darunter sind 1183 schwere Fälle. Die Hausindustrie sei eben ein Herd der Tuberkulose. Es müsse deshalb die Ausdehnung der Fabrikinspektion auf die Hausindustrie verlangt werden. Solange es den Arbeitern weiter so elend gehe, werde die Lungenschwindsucht

weitere Fortschritte machen. Die Errichtung der Heilanstalten aus Privatmitteln sei nur ein Palliativmittel, deshalb staatliche Heilanstalten. (Lebhafter Beifall.)

Damit schließt die Diskussion.
In seinem Schlusswort richtet Dr. Friedberg an die Anwesenden den Appell, die auf beiden Kongressen empfangenen Anregungen mit nach Hause zu nehmen und dort nachdringend anzuzuwenden.

Simanowski (Berlin) teilt mit, daß auf dem Kongreß 1902 891 Versicherte durch Delegierte vertreten waren.

Nachdem Reisinger (Hamburg) dem Dr. Friedberg für seine ausufernde Tätigkeit den Dank des Kongresses ausgesprochen hatte und Dr. Friedberg den Delegierten für ihr zahlreiches Erscheinen auf dem Kongreß gedankt hatte, wird der Kongreß mit einem Hoch auf die deutsche Krankenlagentagebewegung geschlossen.

lokales.

Wie Berlin durch eine Abholzung zu einer neuen Parkanlage kam. Die in der Freitagnummer erwähnte eigenmächtige „Ausholzung“ des Tiergartens, die sich die Damen Berlins in dem kalten Winter des Jahres 1788 aus Mangel an Brennholz erlaubten (im Dezember 1788 stieg die Durchschnittstemperatur auf nahezu 0 Grad Reaumur unter Null, ein Tiefstand, der seitdem niemals wieder in Berlin für diesen Monat beobachtet worden ist), erübrigt an die Behandlung, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die sogenannte Cöllnische Stadtheide über sich ergehen lassen mußte. Sie war seit alten Zeiten Berliner Gemeinland und lag vor dem Schlessischen Thor, wurde aber durch Holzdiebstähle von Berlin aus fortgesetzt so arg geplündert und bereitete dadurch der städtischen Verwaltung so vielen Kummer, daß man sich 1820 endlich zu ihrer vollständigen Abholzung entschloß. (Aus demselben Grunde hatte man sich schon 1808 zur Abholzung der Berlinischen Stadtheide, die vor dem Oranienburger Thor lag und bis an die Grenze von Reinickendorf reichte, entschließen müssen. Auf dem dadurch freierwerbenden Terrain entstand der heutige Wedding.) Die Abholzung der Cöllnischen Stadtheide wurde in der Hauptsache bis 1840 beendet. Gleichzeitig wurde die Separation des über 2050 Morgen großen Heidegrundes durchgeführt. Ein Teil davon wurde als Abfindung für Hütungs- und Holzungsrecht an die Cöllnische „Adresschicht“, an die Weierbesitzer, an Kolonisten zu Treptow und an die beiden Gemeinden Deutsch- und Böhmisch-Rixdorf gegeben. Berlin behielt nur gegen 1000 Morgen. Zwei Stücke dieses Terrains, von circa 67 bzw. 40 Morgen, vor dem Schlessischen Thor und bei Treptow gelegen, blieben — zum Vergnügen der Einwohner Berlins — wie ein amtlicher Vorposten der städtischen Behörden darüber sagt — als parkartige Anlagen erhalten. Sie bildeten den behaglichen Anfang zu den umfangreichen Parkanlagen, die nachmals, von 1878 an, hier entstanden sind und sich jetzt in den drei Abschnitten „Schlessischer Busch“, „Treptower Park“ und „Plänterwald“ vom Schlessischen Thor an der Obersee entlang bis weiter über Treptow hinaus erstrecken. Mit dem dritten Abschnitt, dem Plänterwald, ist auf einem Teile des Terrains der ehemaligen Cöllnischen Stadtheide durch Menschenhand von neuem ein Wald oder doch eine waldbühnliche Anlage entstanden, die noch ihrer vollen Erschließung als öffentlicher Park harret. Die Zahl der Wege, die diese Anlage durchziehen, ist noch nicht groß, wird aber von Jahr zu Jahr vermehrt. Das Gehölz des Plänterwaldes ist allmählich so dicht geworden, daß bereits von neuem Ausholzungen nötig geworden sind.

Drei Mark Prämie für unsolidarisches Verhalten. Durch die arbeiterfeindliche Presse geht eine Mitteilung, nach der der Arbeiterbund für das Maurer- und Zimmerergewerbe für den Eintritt von Hausherren an die „Kollegen“ die Bitte richtet, je nach dem Stande ihrer Gesellenzahl einen oder mehrere Gesellen dem betreffenden Kollegen zur Verfügung zu stellen, bei welcher Aufforderung jedes Mitglied verpflichtet ist, die ihm ganz zuverlässig erscheinenden Leute auszuwählen und unverzüglich nach der von dem Bund angeordneten Stelle zu entsenden. Der von der Sperre betroffene Arbeitgeber möge aber dafür sorgen, daß sich die entlassenen Leute wo möglich an einem den streikenden Gesellen nicht bekannten Orte sammeln können, um von dort geschloffen zu der gesperrten Baustelle zu gehen. Auch wird er mit der sofortigen Anzeige des Vorfalls an das zuständige Polizeirevier stets die Bitte um Gewährung des weitestgehenden Schutzes der Arbeitswilligen zu verbinden haben. Um den arbeitswilligen Gesellen einen erhöhten Ansporn zu geben, haben wir außerdem beschlossen, jedem von ihnen eine besondere Prämie von 3 Mark pro Woche aus der Kassenkasse für die Dauer seiner Tätigkeit auf dem gesperrten Bau zu gewähren.“

Zur Verhängung von Dampfern sehen die organisierten Arbeiter sich vielfach gezwungen, weil die profitwilligen Unternehmer in frivoler Vernachlässigung ihrer Pflichten die Dampferungen etc. in einer Weise herstellen lassen, die allen gesetzlichen Anforderungen hohn spricht und für die Arbeiter eine stete Lebensgefahr bedeutet.

Zu Streikbrecherdiensten in solchen und ähnlichen Fällen geben sich erklärlicherweise meistens nur Reichen her, die ihr Leben keinen Schuß Pulver wert achten und daher auch keine Schmach darin finden, wenn sie in der vom Arbeitgeberbund beschriebenen Weise auf den Bau transportiert werden. In solchen Fällen muß die Prämie von drei Mark angeht der steten Lebensgefahr, die der Streikbrecher infolge der Leichtfertigkeit und Habgier seines Arbeitgebers auf dem Nordbau auszuweisen hat, eigentlich sehr erbärmlich niedrig genannt werden.

Arbeiter, die etwas auf ihre Ehre halten und sich der Pflichten ihrer Familie gegenüber bewußt sind, lassen verächtlich über die Anwerbungen, die — zum Glück meist erfolglos — von den Unternehmer-Organisationen in solchen Fällen ausgehen.

Ehegeschickungen, Geburten und Todesfälle. In der Woche vom 7. bis 13. Mai fanden in Berlin 378 Ehegeschickungen statt. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug 896 (468 männliche und 428 weibliche). Totgeborene wurden 83 Kinder (21 männliche, 17 weibliche). Unter den Lebendgeborenen befanden sich 152, unter den Totgeborenen 8 außerordentlich geborene Kinder. — Die Zahl der Sterbefälle betrug in der Berichtswache 624 und betraf 343 männliche, 281 weibliche Personen. Unter den Verstorbenen befanden sich 180 Kinder im ersten Lebensjahre (128 ehelich und 52 außerordentlich geborene). In Krankenhäusern sind 189 Personen (109 männliche und 80 weibliche Personen) gestorben. Durch Selbstmord endeten 25 Personen. — Auf die einzelnen Stadtteile verteilen sich die Sterbefälle wie folgt: Berlin-Cölln-Dorotheenstadt 7; Friedrichstadt 14; Friedrich- und Schöneberger Vorstadt 25; Friedrich- und Tempelhofer Vorstadt 58; Louisestadt jenseits des Kanals 64; Louisestadt diesseits des Kanals, Neu-Cölln 41; Stralauer Viertel 75; Königsviertel 55; Spandauer Viertel 24; Rosenfelder Vorstadt 97; Oranienburger Vorstadt 42; Friedrich-Wilhelmsstadt und Roabit (östlich) 23; Roabit (westlich) 33; Wedding 68.

Erweiterung der Kanalisation. In der Straße 15 A, Abteilung X¹ des Bebauungsplanes, Westseite, von der Föhner- bis zur Anrumerstraße, zum Radialsystem IX gehörig, soll nunmehr die Kanalisation zur Ausführung gelangen.

Die Petition gegen die geplante Verlegung der königlichen Bibliothek vom Opernplatz nach Charlottenburg ist mit 5415 Unterschriften besetzt worden. Unter den Unterzeichnern waren die Lehrer mit mehr als 800, die Ärzte mit mehr als 750, die Richter und Rechtsanwälte mit mehr als 250 Unterschriften vertreten. Auch 92 Stadträte und Stadtverordnete haben sich der Petition angeschlossen, ebenso ein großer Teil Journalisten und Zeitungen.

Die Gasautomaten, von denen der Magistrat verfuhrweise eine beschränkte Anzahl hat aufstellen lassen, steigen in der Gunst des Publikums. Man ersieht dies einerseits aus der steigenden Bemühung der Automaten, welche im letzten Vierteljahr nahezu für

tausend Mark Gas gegen einzelne Nadel abgegeben haben, andererseits aus der lebhaften Nachfrage nach den neuen Apparaten, deren allgemeiner Einfuhrung indes immer noch einzelne Bedenken entgegenstehen. Im Interesse der kleinen Leute wäre eine baldige Beseitigung der noch vorhandenen Schwierigkeiten sehr zu wünschen, da ihnen der Gasautomat die Möglichkeit bietet, jederzeit 600 Liter Gas für 10 Pf. beziehen zu können, gleichviel, ob sie das Gas zu Beleuchtungs-, Koch- oder gewerblichen Zwecken benutzen wollen. Das für Gewerbebetrieb sowie zum Antriebe von Motoren verwendete Gas hat im letzten Quartal wiederum um 25 Proz. zugenommen!

Infolge der bedenklichen Ausdehnung der Pockenepidemie in den an die preussische Ostgrenze anstößenden russischen Grenzgebieten ist dem Regierungspräsidenten zu Potsdam seitens des Kultusministers jetzt eine Verfügung zugegangen, in der bestimmt wird, daß die aus Rußland kommenden Arbeiter, welche in landwirtschaftlichen oder gewerblichen Beschäftigung suchen, vor ihrer Einstellung ärztlich untersucht und, falls sie nicht glaubhaft nachweisen, daß sie im Laufe der letzten zehn Jahre geimpft worden sind, der Schutzimpfung unterzogen werden.

Im Tiergarten sollen zwei Polizeiwachtgebäude errichtet werden. Im Nachtragetat wird die geplante Maßnahme wie folgt begründet: Die polizeiliche Ueberwachung des Tiergartens in Berlin wird zur Zeit durch Beamte der dem Tiergarten benachbarten Polizeireviere ausgeübt. Bei der Lage und Ausdehnung des Tiergartens haben diese Beamten weite Entfernungen zurückzulegen, um zu den Stellen zu gelangen, an welchen sie Dienst zu thun haben. Dadurch wird der Sicherheitsdienst erschwert und beeinträchtigt. Insbesondere bietet es Schwierigkeiten, bei Unfällen und sonstigen Vorkommnissen, welche ein kräftiges und schnelles Einschreiten durch mehrere Beamte erforderlich machen, die nötigen Mannschaften sofort herbeizuholen. Um diesem Uebelstande abzuhelfen und zugleich eine nachhaltigere Wahrnehmung des polizeilichen Aufsichtsdienstes herbeizuführen, wie solche mit Rücksicht auf den fortgesetzt sich steigenden Verkehr als dringendes Bedürfnis sich ergeben hat, ist die Einrichtung von 2 Polizeiwachen im Tiergarten in Aussicht genommen. Zu diesem Zweck sollen zwei Wachthäuser, und zwar das eine auf dem Grundstück der Baumhülle II an der Bellevue-Allee und das andere neben dem Schleusenwärterhause auf der Insel südlich von Bahnhofs Tiergarten erbaut werden. Jedes dieser Wachthäuser soll neben den erforderlichen Wachtzimmern, Sitzstühlen etc. eine Wohnung für den aufzuführenden Wachtmeister enthalten. In dem Wachtbureau an der Bellevue-Allee ist auch eine Leichenkammer zur Aufnahme der Leichen von Selbstmördern und eine Art Rettungssituation für Verunglückte vorgesehen, während für die Wache auf der Schleuseninsel die Einrichtung einer Leichenkammer und einiger Wirtschaftsräume in einem benachbarten Stadtbahnhofen geplant ist. Die Baukosten sind auf zusammen 48 000 M. veranschlagt.

Die hiesige Kupferschmelz-Fabrik wird sich am 15. Juli cr. zu einer Swanig-Fabrik umgestalten.

Die Karf der Malfabrikung in diesem Jahre schon bis jetzt gewesen ist, zeigt allein die Unmenge der Schädlinge, welche an den Gartenbau-Bereichen zu Angermünde zur Vernichtung bereits abgeliefert worden ist. Der Verein hat bisher 240 M. für gesammelte Malfabrikergesellschaft, nämlich für 8000 Liter je 3 Pf. Eine Auszählung ergab, daß ein Liter rund 400 Stück der Tiere faßt, so daß die 8000 Liter insgesamt 3 200 000 Stück enthielten.

Warum die Station Bellevue ein Fernbahnhof werden soll. Eine Korrespondenz meldet: Mit der Einrichtung der Station Bellevue als Fernbahnhof soll es, wie mit Bestimmtheit verlautet, bald Ernst werden. Diese Umwandlung hängt damit zusammen, daß Schloss Bellevue als künftige Residenz für den Kronprinzen bestimmt ist. Bemerkenswert ist, daß die Korrespondenz diese Meldung in völlig erster Absicht bringt.

Die „Akademische Bierhalle“ am Hegelplatz, welche Herr Theodor Müller seit 30 Jahren geleitet hat, wird in der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni ihre Pforten für immer schließen.

Bis vor kurzer Zeit war die Feuerwehr auf telephonischem Wege nur durch Stadtfernsprech-Bermittlungsamt IV erreichbar. War diese Verbindung besteht, so war es nicht möglich, eine Feuermeldung mit Telephon eher abzugeben, als bis die Linie wieder frei war. Darin ist nun Wandel geschaffen, indem sämtliche Stadtfernsprech-Bermittlungsämter mit der Feuerwehr-Hauptwache durch einen besonderen Draht verbunden worden sind. Es ist dadurch ermöglicht, die Feuerwehr ohne jede Zeitverzögerung bei dringender Gefahr herbeizurufen. Trotzdem ist es notwendig, in diesen Fällen auch noch den nächstgelegenen Feuermelder oder eine der belannten Meldestellen in Anspruch zu nehmen, da die telephonische Uebermittlung doch immerhin zu Irrungen, namentlich im Hinblick auf ähnlich lautende Sprachnamen Veranlassung geben kann, welche unter Umständen eine verhängnisvolle Verzögerung in dem Eintreffen der Feuerwehr herbeiführen würden. — Diese unmittelbare Verbindung zwischen den Stadtfernsprech-Bermittlungsämtern und der Feuerwehr darf aber nur angeht eine Feuersgefahr benutzt werden, und eine anderweitige Verwendung würde sich zweifellos als Anflug charakterisieren und für den Veranlasser mit großen Unbequemlichkeiten verbunden sein, um so mehr, wenn durch diese ungerechtfertigte Alarmierung an anderer wirklich bedrohter Stelle während dieser Zeit eine Verbindung gehemmt ist. Der gewöhnliche Verkehr mit der Feuerwehr auf telephonischem Wege erfolgt stets nur über Amt IV 1095.

Aus patriotischen Kreisen bringt die „Deutsche Tageszeitung“ folgende Mitteilung: Ins Elternhaus zurückgekehrt ist jene junge Dame, von deren romantischem Liebesabenteuer mit einem Berliner Lebemann kürzlich berichtet wurde. Gelegentlich einer patriotischen Feier machte die Tochter eines hochangesehenen Gewerbetreibenden die Bekanntschaft eines Kavalliers und Sportsmanns, der ihr Tischgenosse war. Die beiden jungen Leute knüpften ein Liebesverhältnis an, in dessen Verlauf sich das 18jährige Mädchen dazu verleiten ließ, das Elternhaus zu verlassen und sich mehrere Wochen bei dem Geliebten aufzuhalten. Durch Zufall begegnete sie ihrem etwas jähzornigen Vater in der Nähe des Hofenplatzes, und da beschloß sie, das schlimmste befürchtend, sich der väterlichen Strafe durch einen freiwilligen Tod zu entziehen. Ehe sie jedoch ihre Absicht, sich ins Wasser zu stürzen, erreichen konnte, holte sie ein Radfahrer ein, den ihr der Vater nachgeschickt hatte. Es entstand eine tumultuarische Straßenszene, und am Ende derselben war das Fräulein wieder verschwunden. Nachdem der erzürnte Vater noch den Verführer seiner Tochter aufgesucht und nur durch die rechtzeitige Denkwürdigkeits eines Dritten verhindert worden war, ihn niederzuschließen, gelang es einem Bekannten, die Flüchtlinge zu finden, und auf dessen Juxaden ist die junge Dame zu ihren Eltern zurückgekehrt.

Der „78 000 Mark Geldbrief“. Die Geschichte von der Verabreichung eines von dem Forstvolontär Hering aus Rastenburg an die Dresdener Bank in Berlin abgegebenen Geldbriefes mit 78 000 M. Inhalt wird immer dunkler. Die von einem Erfurter Postinspektor geführte Untersuchung hat ergeben, daß das Geld in dem Briefe schon bei dessen Aufgabe nicht enthalten gewesen ist. Diesem Sachverhalte gegenüber hat sich denn auch schließlich Hering bekennt, seine Falschbildung gegen den Gastwirt Kenschel und den Forstausseher in Rastenburg zurückzunehmen, und die beiden sind daher sofort aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Die Wichtigkeit der Behauptung Herings, er habe 100 000 M. in der Lotterie gewonnen, wurde sofort bezweifelt, zumal der junge Mann mehrere Grundstücke, eine Jagdpacht nebst wertvollen Jagdhunden, die er auf Grund des gemachten Treffers „gelauft“ hat, nachweislich noch nicht bezahlt hat. Nichtsdestoweniger behaupten die oben genannten beiden Zeugen auch nach ihrer jetzt erfolgten Haftentlassung, daß Hering tatsächlich die Wertsumme von 78 000 M. in ihrer Gegenwart in den Geldbrief gelegt und diesen dann vorchriftsmäßig versiegelt habe. Die räthselhafte Angelegenheit bedarf demnach noch immer der Aufklärung.

Ein Attaché der chinesischen Gesandtschaft in Paris, der sich zur Zeit in Berlin aufhielt, hat sich gestern Nachmittag in seiner in der Leibnizstraße zu Charlottenburg gelegenen Wohnung erschossen. Der Selbstmörder heißt Che-mi-ne. Es wird angenommen, daß die That in geistiger Unmündigkeit geschehen ist, da sich der Selbstmörder schon früher längere Zeit in der Dr. Edelstein'schen Anstalt in Charlottenburg befand. Nach andern Meldungen soll er an einer unheilbaren Krankheit gelitten haben.

Vermisst wird die 23jährige Kunstschülerin Gertrud Peiler, welche sich am letzten Donnerstags, den 25. d. M., vormittags aus der in der Lützowstr. 111 belegenen Wohnung unter der Angabe entfernt hat, daß sie einen Ausflug nach Scharlottensee unternehmen wolle. Die junge Dame, an welcher schon seit einiger Zeit Spuren nervöser Abspannung und Melancholie wahrnehmbar waren, ist von diesem Ausgange nicht mehr zugekehrt, und ihre Angehörigen befürchten, daß ihr ein Unglück zustoßen sei, oder daß sie im Grunewald umherirre. Die Vermisste, welche Seminaristin des Vereins der Künstlerinnen und Kunstfreundinnen ist, hat schlank, mittelgroße Figur, dunkelblondes Haar, braune Augen und etwas zusammengehende Augenbrauen; sie bedient sich eines Stieflebens. Sie war bekleidet mit hellgelbem Jadenkleid, mit grüner Weste, schwarzem Cape, schwarzen Schürstiefeln und schwarzem Strohhut mit Feder und einem rosa gemusterten Sonnenschirm. Für den Nachweis über den Verbleib der jungen Dame ist eine Belohnung von dreihundert Mark ausgesetzt.

Arbeiter-Risiko. Gestern morgen gegen 9 1/2 Uhr fiel der Klemperergeselle Franz Meyer beim Löten der Dachrinnen von dem Hinterhause Spandauerstr. 73 derart unglücklich zur Erde, daß der Tod sofort eintrat. Meyer, der 19 Jahre alt ist und Lehrlingsstrafe bei seiner Mutter wohnte, wurde nach dem Leichenschauhause transportiert.

Seinen Verletzungen erliegen ist der 56 Jahre alte Arbeiter August Wache aus der Panitzstr. 81b, der vor einigen Tagen in der Klosterstraße von einem Radfahrer umgerannt und mit dem Kopfe so heftig gegen die Bordwand geschleudert wurde, daß er sich einen Schädelbruch zuzog.

Bei der Arbeit ist gestern nachmittags der 20 Jahre alte Schlosser Karl Wolmann aus der Hochstr. 40 in der Raschenerfabrik für Wühlbau, Pringens-Allee 75/76 schwer verunglückt. Wolmann trug mit einem anderen Schlosser eine schwere eiserne Welle. Beim Niederlegen ließ sein Arbeitsgenosse die Welle zu früh los, die Welle entfiel nun auch den Händen Wolmanns und zerstückelte ihm den linken Unterschenkel. Der Verunglückte erhielt an der Unfallstelle einen Notverband und wurde dann mit einem Lächchen Rettungswagen in das Lazarus-Krankenhaus gebracht.

Arg geprellt wurde am Sonnabend ein Drohnenflieger, den in der Neuen Königstraße ein junges Mädchen zu einer Fahrt nach Nixdorf und von da nach Spandau engagiert. In Spandau, wo die Schöne angeblich ihren Bruder aufsuchen wollte, stellte es sich heraus, daß sie ganze vier Pfennige besaß, während die Fahrt 10 M. kosten sollte. Die Schwindlerin, welche, bevor sie verhaftet wurde, in einer Restauration noch eine größere Beute machte, die sie gleichfalls schuldig blieb, entpuppte sich als eine von verschiedenen Behörden längst gesuchte Hochstaplerin namens Selmann.

In dem mutmaßlichen Totschlag des Schlossers Raas aus Berlin, dessen Leiche aus der Havel gezogen wurde, wird nun mitgeteilt, daß am Sonnabend der Schlosser R. aus Berlin auf Requisition der Staatsanwaltschaft verhaftet worden ist. Ob R. wirklich mit dieser Sache zu thun gehabt, steht noch dahin; belastend für ihn soll seine eigene Versicherung sein, wonach er in der letzten Zeit in Spandau einen jungen Mann halb totgeschlagen und in die Havel geworfen habe. Diese Thätigkeit des R. scheint sich aber auf einen anderen Vorgang zu beziehen. Vorläufig ist er indes in Haft behalten worden.

Die Leiche eines neugeborenen Knaben wurde gestern morgen in den Sämdanlagern an der Lutherische von einem Säugmann gefunden. Das Kind scheint erdrosselt zu sein.

Die hiesige Tollont-Schauktion hat am Sonntag ihren ersten Patienten erhalten, bei dem die Wutkrankheit in ihren ersten Anfängen bereits in die Erscheinung getreten ist. Es ist der Hltsweidenfleischer Hermann Danne aus Klein-Pauschitz in Sachsen. Der Mann wurde am 10. März d. J. auf der Straße von einem tollen Hunde gebissen. Da er nicht wußte, daß das Tier krank war, so beachtete er die Verletzungen nicht. Am Sonnabend traten die ersten Anzeichen der Krankheit auf. Der Mann, in den der Hund gebissen hatte, schwoll an, und auch im Kernemhienem zeigten sich die Anfänge der Krankheit. Ärzte veranlaßten die Eisenbahndirektion Erfurt, den Unglücklichen schleunigst nach Berlin bringen zu lassen.

Am 20. Beobachtungabend des „Vereins von Fremden der Treptow-Sternwarte“ hielt Herr Mathematiker Reichwein einen Vortrag über die Herstellung photographischer Objektivs. Unter Vorführung zahlreicher, vorzüglich klarer Lichtbilder erläuterte der Vortragende, in welcher Weise aus den rohen Kristallblöden durch die innige Vereinigung mathematisch-rechnerischer Gestaltungsarbeit mit ausgebildeter Handgeschicklichkeit die genauesten Linienoptiken hervorgerufen werden. Das ist nur dadurch möglich, daß jeder an diesen subtilen Arbeiten Beteiligte in seinem besonderen Fach gewissermaßen ein Virtuoso wird. Die sehr die größte Genauigkeit auch allgemein bei diesen Objektivarbeiten gefordert wird, geht daraus hervor, daß jetzt zahlungsfähige Liebhaber der Photographie fast nur noch die besten und teuersten Objektivs kaufen. Nach diesem interessanten Vortrag erläuterte Herr Direktor F. S. K. K. K. kurz die Bahn des Swift'schen Kometen 1899a und machte dem Verein Mitteilung von den wichtigsten photographischen Entdeckungen, die er gelegentlich des Versuches, den Kometen zu photographieren, auf dem Gebiete der Himmelsphotographie gemacht habe. Leider war gerade der Teil des Horizonts, an dem der Komet stand, durch Wolken verdeckelt. Dafür bot jedoch der zur Beobachtung kommende „Jupiter“ mit seinen Äquatorstreifen und Ronden ein klares Bild im Reflektorraster.

Zu den Bereicherungen des Berliner Aquarium haben diesmal namentlich die südlichen Meere beigetragen und vornehmlich neue und seltene Wasserbewohner herbeigeführt. Insbesondere hat die Gruppe der Daurtiere während der letzten Tage mehrere der prächtigsten und interessantesten Formen als Junosch erhalten. So ist es der Adriastrion Nivogina gelüßt, einen zu den freilebenden Daurtieren zählenden Fisch zu erbeuten, dessen Erlangung mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft ist, weshalb er zu den größten Seltenheiten gehört und hier im Aquarium noch nie lebend gezeigt werden konnte. Er gehört zu den sogenannten Riesenwürmern (Eunio), deren Oberkörper aus mehreren Stücken und deren Unterkörper aus zwei Blättern zusammengesetzt ist. Seine Länge beträgt etwa einen Meter, seine Stärke ist die eines Fingers. Der aus zahlreichen kurzen Gliedern bestehende Körper bewegt sich sehr lebhaft auf dem Sandgrunde des Beckens (eines der oberen Schwimmbecken) hin und her und zeigt dabei das herrliche Farbenpiel; denn während die eigentliche Färbung ein Rotbraun ist, treten bei den Windungen und Krümmungen des Leibes die prächtigsten grünen, blauen, roten Töne in die Erscheinung.

Orgelkonzert. Mittwochnachts 12 Uhr wird das Dienstliche Gesangquartett (Hr. Gertrud Rauch, Hr. Lotte Dienel, Hr. Alex. Gurth und Hr. Carl Wache), der Violinist Herr Ewald Rieglitz, der Cellist Hr. Richard Steine und Hr. Robert Schwelbmann den Orgelkonzert des Musikdirektors Otto Dienel in der Marienstraße unterhalten. Der Eintritt ist frei.

Feuerbericht. Während des Sonntags wurde die Feuerwehr sechs Mal alarmiert. Richterfeldstr. 1 ging der Inhalt eines Hängebodens in Flammen auf, während Christinenstr. 38 Kohlen und Torf Feuer gefangen hatten. Elsfasserstr. 36 brannten Papierabfälle und Lumpen. Nachts wurde die Feuerwehr nach Weddingstr. 1 gerufen, um hier einen Zimmerbrand abzuschließen, der Betten, Möbel und Kleidungsstücke einäscherte. Drei Alarmierungen nach Rotdörferstr. 5, Beusselstr. 3 und Kanonierstr. 6 waren auf geringfügige Ursachen zurückzuführen.

Aus den Nachbarorten. In Treptow-Baumhülleweg fällt die zu Mittwoch angeordnete Versammlung des Vereins „Vorwärts“ aus.

Auch Wilmersdorf will dem Beispiele Schöneberg und Nixdorfs folgen und Stadt werden, ebenso hat der Grundbesitzerverein in Weihensee eine dahingehende Petition an den zuständigen Minister gerichtet. Für Wilmersdorf liegt die Sache insofern günstig, als es in finanzieller Hinsicht sehr gut gestellt ist und die an den Kreis beim Ausschneiden aus diesem zu zahlende Pauschalsumme tragen kann. Auch die nach § 4 der Kreisordnung erforderliche Seelenzahl von 25 000, um aus dem Kreise auszuschneiden und eine Stadtgemeinde zu bilden, hat jetzt das rasch aufstrebende Wilmersdorf. Dazu kommt, daß die Verwaltungsgeschäfte immer mehr und mehr anzuwachsen und städtische Organisation fordern.

Wie man mit verunglückten Vergleuten umgeht. Seinen Verletzungen erliegen ist der 58 Jahre alte Bergarbeiter Karl Reichert aus Kolonie Nixdorf, dem vor einigen Tagen in Kallberge-Nixdorf bei der Arbeit der Kopf zertrümmert wurde. Dem Unglücklichen war ein Pressstück beim Sprengen eines Steinblocks aus einer Entfernung von 150 Schritten gegen den Kopf geflogen. Wie seiner Zeit mitgeteilt wurde, sollte er in die Knappschaffts-Heilstätte zu Halle gebracht werden. Als er aber — 24 Stunden nach dem Unfälle — vom Anhalter Bahnhof abfahren sollte, hatte sich sein Zustand so verschlimmert, daß man ihn in einem Berliner Krankenhaus zuführen mußte. Hier ist er gestorben. Die Transporte verunglückter Bergarbeiter von Nixdorf nach Halle haben schon wiederholt die Öffentlichkeit beschäftigt. Es ist doch ein eigentümliches Verfahren, Schwerverletzte dem langwierigen und beschwerlichen Transport auszuführen, obwohl in solchen Fällen sich auch in Berlin wohl Unterkunft findet, bloß weil die Knappschafftskasse ihr Krankenhaus in Halle hat. In diesem Falle war zur Unterstützung des Verunglückten ein Lazarettgehilfe von Halle herbeigeführt worden. Wir erinnern uns aber eines Falles aus dem vergangenen Jahre, der das größte Mergernis erregte. Damals war ein Bergarbeiter das Bein zertrümmert worden. Er hatte in Nixdorf um 9 Uhr morgens einen Verband erhalten und war dann nach Berlin gebracht worden. Hier mußte er von 1 Uhr nachmittags bis in die achte Abendstunde warten, um dann mit dem fahrplanmäßigen Zuge nach Halle weitergebracht zu werden. Alle diese Stunden hindurch lag der Mann in einem Tragkorb im Wartesaal der vierten Klasse auf dem Anhalter Bahnhof, lediglich in Begleitung eines anderen Bergmannes, der ihn herbeigeführt hatte. Das Blut aus dem zertrümmerten Beine sickerte allmählich durch den Verband aus dem Korb heraus. Der Verunglückte litt unter Schmerzen und weinte wie ein Kind. Er hatte von seiner Familie nicht Abschied nehmen können, und bezog nicht die geringsten Mittel. Mitleidige Leute erbarmten sich seiner und kauften ihm diese und jene Stärkung. Sie mußten ihm auch Beistand leisten, als ein natürliches Bedürfnis eine Platzveränderung notwendig machte. Die hiesigen Zeitungen haben damals diese Dinge veröffentlicht. Man hätte glauben sollen, daß das genügte, der Wiederkehr ein für allemal vorzubeugen. Eine ganze Zeit lang hat man auch ähnliche Vorkommnisse nicht mehr beobachtet. Der Fall Reichert zeigt aber, daß sie sich nun doch noch wiederholen.

Ueber den Selbstmord des Lehrers Hoffmann in Potsdam bringt die „Germania“ jetzt folgende Mitteilung: „Aus Anlaß des Prozesses gegen die Schwester Carola gingen in Potsdam Gerüchte um, daß vor Jahren eine ähnliche Fügung an einem Knaben auf der Schwimmanstalt in Potsdam, wohin die Säuglinge zum Baden geführt werden, endete sei. In Verfolg dieses Stadtgesprächs wurde durch die Behörde eine Untersuchung veranstaltet, bei welcher die Aussagen der betreffenden Lehrpersonen zu Protokoll genommen wurden. Die letzten schriftlichen Aufzeichnungen des Lehrers Hoffmann vor seinem Ende lauten nur wörtlich: „Ich habe mich einer Lüge schuldig gemacht. Der Knabe, den ich auf der Schwimmanstalt mit Stricken geschlagen gesehen, gab an, vom Lehrer R. . . . geschlagen zu sein. Lehrer Hoffmann.“

Nixdorf. Die Stadtverordneten-Versammlung hat belamlich in ihrer Sitzung vom 13. April d. J. beschlossen, daß in Zukunft Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung an Arbeiten oder Besprechungen für die Stadtgemeinde Nixdorf, welche im Wege der Submission vergeben werden, sich nicht beteiligen dürfen. Würden Mitglieder dieser Körperschaften dennoch Offerten einreichen, so sollten letztere sowohl vom Magistrat, als auch von der Stadtverordneten-Versammlung unberücksichtigt gelassen werden.

Diesem Beschluß hat der Magistrat seine Zustimmung versagt. Er führt begründend aus:

Nach den Bestimmungen der Städte-Ordnung hat die Stadtverordneten-Versammlung über alle Gemeinde-Angelegenheiten zu beschließen, soweit dieselben nicht ausschließlich dem Magistrat überwiesen sind. Es steht ihr somit auch in diesem Umfange die Befugnis zu, generell darüber Beschluß zu fassen, in welcher Weise im Wege der Submission städtische Arbeiten und Lieferungen vergeben werden sollen, soweit dies nicht lediglich Verwaltungssache ist und zur Kompetenz des Magistrats gehört. — Der vorliegende Beschluß vom 13. April entspricht nun aber nicht dieser Bestimmung. Er bezweckt nicht in erster Linie die ordentliche Behandlung der in einem Submissionsverfahren eingereichten Offerten festzusetzen, sondern ist besonders darauf gerichtet, die weitergehende Anordnung zu treffen, daß Mitglieder der städtischen Körperschaften überhaupt keine Angebote auf solche städtische Lieferungen und Arbeiten einreichen dürfen, welche im Wege der Submission vergeben werden sollen. Dies ist keine Bestimmung über die Erledigung einer Gemeinde-Angelegenheit allein, sondern zu gleicher Zeit ein Eingriff in die Privatinteressen und eine Beschränkung der persönlichen Rechte der Mitglieder der städtischen Kollegien. Inwiefern aber von dem Gesetzgeber eine solche Beschränkung für notwendig erachtet wird, geht aus den Bestimmungen der Städte-Ordnung bereits hervor, wenn dieselbe vorschreibt, daß die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung unter gewissen, in den §§ 44 und 57 angegebenen Voraussetzungen an den Verhandlungen beider Körperschaften nicht teilnehmen dürfen. Wollte man daher den vorliegenden Beschluß der Stadtverordneten zur Ausführung bringen, so würde über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus in die persönlichen Rechtsverhältnisse einzelner Mitglieder eingegriffen werden. Dies erscheint aber nicht statthaft. Im Gegenteil kann man aus den Bestimmungen der Städte-Ordnung schließen, daß der Gesetzgeber über dieselben hinaus keine Vorschriften machen wollte, welche die Rechte der Beteiligten noch weiter einzuschränken geeignet sind. Hätte eine diesbezügliche Absicht oder Notwendigkeit vorgelegen, so würden diese Vorschriften bereits erweitert worden sein. Wir müssen hiernach den Beschluß der Stadtverordneten in seiner Fassung für unzulässig erachten. Pöddin.“

Die Stadtverordneten-Versammlung wird sich bereits am Donnerstags mit der Angelegenheit zu befassen haben.

Aus Nixdorf. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Montagvormittag in der Nähe des Rathhauses. Der Kutsher Wilhelm Lehmann aus der Jägerstraße kam mit einem breiterbeladenen Wagen die Berlinerstraße entlang gefahren, als plötzlich die Pferde scharf anklirrten, wodurch Lehmann vom Wagen stürzte und sich in die Zugleine verwickelte, sodas er eine Strecke weit fortgeschleift ward. Augenzeugen des Vorfalles brachten die Pferde zum Stehen und befreiten den bewußtlosen Kutsher aus seiner gefährlichen Lage. Lehmann hatte außer leichteren Verletzungen auch eine schwere Kopfwunde, augenscheinlich auch eine Gehirnerschütterung davongetragen und wurde daher nach Anlegung eines Notverbandes nach dem Kreis-Krankenhaus übergeführt. — Der Arbeitsunfall ereignete sich am heiligsten Tage in ein Cigarrengeschäft in der Dietrichstraße ein, entwendete dort verschiedene Waren und entließ dann mit seiner Beute. Der Vorfall war jedoch von Kindern

Freiachtet worden, welche den stehenden Thäter bis nach Berlin verfolgten und dort in der Urbanstraße durch einen Schuttmann festnehmen ließen. — Ein arger Erzech fand Sonntagabend auf dem Bahnhof „Hermannstraße“ statt. Drei Schleifer aus der Lützowstraße in Berlin wollten die Ringbahn benutzen, wurden aber wegen Krankheit vom Stationsvorsteher von der Mitfahrt ausgeschlossen. Die drei Angeheirten wollten nun gewaltsam die Mitfahrt erzwingen, sodass es schließlich zwischen ihnen und mehreren Bahnbeamten zu einem Gendarmengeleite kam. Infolgedessen entstand ein großer Tumult, der erst im Ende erreichte, als Gendarmen erschienen und die drei Berliner verhaftete. Bei dem Vorfall war einem Bahnbeamten die Uhr entwendet worden, welche später in der Tasche des einen der Verhafteten vorgefunden ward.

Eine aufregende Scene spielte sich gestern mittag auf der Oberhavel in der Nähe von Pichelswerder ab. Dort kenterte gegen 1 Uhr ein von zwei Personen besetztes Boot durch die Unvorsichtigkeit der Insassen. Die beiden Verunglückten, des Schwimmens unkundig, riefen jämmerlich um Hilfe. Da sich ein anderes Fahrzeug nicht in der Nähe befand, kamen die beiden in erste Lebensgefahr. Der Vorgang war aber vom Ufer aus bemerkt worden. Ein Herr, der Kaufmann B., entledigte sich schnell seiner Kleidung und schwamm den Verunglückten zu Hilfe. Es gelang ihm auch, die jungen Leute mit Hilfe des gelenterten Bootes so lange über Wasser zu halten, bis ein vorbeikomender Dampfer die leichtsinnigen Ruderer aufnahm. Dieselben kamen ohne jeden Schaden davon.

Aus Pankow wird uns berichtet: Der am zweiten Pfingstfeiertage in Schönhausen erstochene Gärtner Schwarzburg von hier wurde am Sonntag nachmittag unter Beteiligung einer großen Menschenmenge begraben. Ueber den Fall selber ist authentischen Nachrichten zufolge noch folgendes mitzutheilen: Schwarzburg ist nicht, wie es erst hieß, in der Schönholzer Heide plötzlich von Strocheln überfallen und durch Messerstiche verwundet worden, sondern er hatte in dem Donatisschen Lokale „Schloß Schönhausen“ mit einigen Gästen im Tanzsaale in der Weisse Streit angefangen, daß er mit Mosirich bestrichene Würstchen den Gästen ins Gesicht warf, worauf es zu einer Schlägerei kam. Schwarzburg, der in dem Auf der Kauflust stand, hatte auch hier sein Talent entfaltet, indem er zwei Gäste mit den Köpfen gegeneinander stieß und einen dritten zu Boden schlug. Der Streit ging auf der Straße von neuem an und bei dieser Gelegenheit belam Schwarzburg den verhängnisvollen Messerstich, der ihn das Leben kostete. Einige Berliner Kriminalbeamte sind bemüht, den oder die Thäter zu ermitteln, und es sollen auch schon Verhaftungen vorgenommen sein. Der bedauernswerte Vater des Erstickenen hat eine Belohnung von 50 M. für die Ermittlung des Messerhelden ausgesetzt.

Sociale Rechtspflege.

Der Kontraktbruchstreit des Möbelfabrikanten Elsholz gegen 41 Tischler beschäftigt gestern wieder das Gewerbegericht. Welche große Bedeutung diesem Rechtsstreit in Fabrikantenkreisen beigelegt wird, ging daraus hervor, daß sowohl Vertreter der Tischlerinnung als auch Herr Groschius von Verband der Holzindustriellen der Verhandlung beiwohnten. Da eine Weiserhebung beschlossen wurde, werden wir über den Prozeß erst nach der entscheidenden Verhandlung eingehend berichten.

Gewerkschaftliches.

Zur Lohnbewegung der Berliner Steinseher. Der Bericht in voriger Nummer ist dahin richtig zu stellen, daß die allgemeine Kusperrung vom Sonnabend noch nicht vollendete, sondern beschlossene Thatsache war. Nachträglich ist nun dem Gesellen-Ausschuss auch die Mitteilung von der Innung offiziell zugegangen. Das Schriftstück lautet: An den Gesellen-Ausschuss der Berliner Steinseher-Innung! Die am 26. Mai versammelten Arbeitgeber des Steinseher-Gewerbes in Berlin beschließen gegenüber der Thatsache, daß eine Anzahl von Steinseher-Gesellen bei einzelnen Arbeitgebern den Streik proklamieren und die Arbeit eingestellt haben: 1. Sobald die Zwangs-Innung organisiert ist, über die Arbeitsbedingungen mit dem Gesellen-Ausschuss zu verhandeln. 2. Von heute ab keine neuen Gesellen einzustellen. 3. Am Mittwoch, den 31. Mai er. den Generalstreik zu proklamieren (!) und sämtliche Gesellen zu entlassen, wenn nicht bis zu diesem Tage auf den heute gesperrten Baustellen die Arbeit von den ausgesetzten Gesellen wieder aufgenommen ist. Anerkannt, Berlin, den 26. Mai 1899.

Richard Dellos, Aug. Hirsch jun., R. Wegner, Julius Jakob, S. Baumann, A. Otto u. Söhne, E. Kuhlbrodt, Oskar Drelow, G. Krüger, A. Hirsch, Gustav Kiedel, Friedrich Appert, Fritz Joller, Louis Sajer, Eduard Dröge, Georg Jelle, Bernhard Häbner, Georg Dellos, E. Herold, Drff., Otto Drelow, A. Drelow. Der Vorstand der Berliner Steinseher-Innung: A. A. Richard Dellos, Obermeister. Die ein Lauffeuer verbreitete sich am Sonntag die Kunde von der angedrohten Kusperrung unter den Berliner Steinsehern und ohne jeden Versammlungsbefehl oder dergleichen ruhte vom Montag früh fast auf allen Bauten die Arbeit. Die Herren Steinsehermeister hatten damit den angedrohten Generalstreik, freilich zu einer Zeit, wo ihnen derselbe noch nicht besonders angenehm war; denn jetzt sind natürlich die Baustellen offen liegen geblieben. Es ist im übrigen geradezu unerfindlich, was die Organisation der Zwangsinnung mit der Regelung der Lohnfrage zu thun hat. Wenn es den Meistern sonst um eine Einigung zu thun wäre, so brauchte diese Formfrage sie davon nicht abhalten, da in obiger Versammlung ja alle die Personen zugegen waren, die als neue Mitglieder der Zwangsinnung lediglich in Betracht kommen. Es handelt sich für die Innung hierbei nur um eine Prinzipienfrage. Daß die gestellten Forderungen durchaus erfüllbar sind, geht wohl am allerbesten daraus hervor, daß bis Montag mittag schon wieder weitere sieben der Berliner Innung nicht angehörende Firmen die Forderungen unterschrieben anerkannt hatten. Es arbeiten insgesamt schon ca. 200 Gesellen, d. i. ein Viertel sämtlicher Gesellen, zu den neuen Bedingungen. Bewilligt haben gestern vormittag folgende Meister: Radke, Weissensee, Stolpe, Berlin, Linnberg, Wilmersdorf, Klammer, Gähde, Köpnick, Schuffelhauer, Grob, Lichterfelde, Jäger, Spannan. Weiter haben noch verschiedene andere Meister ihre Bereitschaft zu bewilligen erklärt. Bei den meisten der genannten Firmen kommt noch in Betracht, daß dieselben ungünstiger gestellt sind, als die Berliner Innungsfirmen, da dieselben fast durchweg noch Jahrgeld zahlen müssen, um überhaupt Leute zu bekommen, was die Berliner Firmen zum größten Teil nicht nötig haben, bezw. nicht für nötig halten.

Vermishtes.

Aus Stargard i. P. berichtet man uns: Auf dem hiesigen Schützenplatz fand Sonnabendabend 11 Uhr nach Schluß der Vorstellung eine Explosion in der Kinematographen-Bude statt. Die Explosion entstand durch Perumterlaufen des Brennspritus, wodurch die abgelassenen Flambilder Feuer fingen. Die Bude stand sofort in Flammen. Die angrenzenden Schaubuden wurden stark gefährdet. Der Besitzer Reinhold Schuster aus Torgau erlitt am Kopf und an den Händen Verletzungen; da Schuster nicht versichert ist, erleidet er einen Schaden von etwa 3000 M. Sämtliche Budebesitzer nahmen am Löschen des Feuer hervortretend teil. Die freiwillige Feuerwehr erschien schnell, doch verlagte die von der Stadt während des Schützenfestes auf dem Plage aufgestellte Spritze. Unbegreiflich wird es gefunden, daß die Stadt während des Schützenfestes von Aufstellung einer Feuerwache Abstand nahm. Mangelhafte Vorrichtungen auf dem Festplatze hätten eine große Katastrophe herbeiführen können.

Aus Komotau wird berichtet: Der Elb-Schacht bei Seestadt wurde infolge des Einbruches des Abbauplanes und der hierdurch hervorgerufenen Entleerung einer mit Wasser gefüllten Pinge überschwemmt. Drei Mann werden vermisst; ein höherer Bergbeamter wurde schwer verletzt.

Auf der Eisenbahnlinie Cassel—Mastricht hat sich der „Voss. Ztg.“ zufolge Sonnabendabend bei Mastricht ein schwerer Unfall ereignet. Der aus Kaden kommende Personenzug stieß bei dem Einlaufen in den Bahnhof gegen einen auf demselben Geleise stehenden Güterzug. Drei Wagen des Personenzuges wurden ineinander gestochen, während die Lokomotive des Personenzuges die letzten Wagen des Güterzuges zertrümmerte. Drei Reisende aus Kaden, ein Toter und zwei Schwerverwundete, namens H. J. und Schmidt — der letztere ein Gemüthskranker — wurden unter den Trümmern hervorgezogen und nach dem Krankenhaus geschafft. Sechs an den Armen oder Beinen schwer Verletzte, wie mehrere leichter Verletzte wurden in dem Wartesaal verbunden und teils in dem

Krankenhause, teils in Gasthöfen untergebracht. Der angerichtete Schaden an Eisenbahnmateriale ist sehr bedeutend.

Ein Ruderboot, in welchem sich Kontre-Admiral Osman, dessen Schwiegerohn und ein Schiffsteuermann mit 8000 Pfund Lohngeldern für das Marine-Arsenal befanden, kenterte, wie aus Konstantinopel berichtet wird, im Goldenen Horn; der Schwiegerohn Osmans und der Schiffsteuermann ertranken, das Geld ist verloren.

In Alexandria betrug die Zahl der Pestfälle am Sonntag acht; Todesfälle an Pest sind noch nicht vorgekommen.

Untergang des Postdampfers „Paris“. Aus London wird gemeldet: Alle Anstrengungen, den gescheiterten Postdampfer „Paris“ wieder flott zu machen, sind bisher vergeblich, und man befürchtet, daß derselbe als verloren angesehen werden muß. „Paris“ war bekanntlich das größte amerikanische Postschiff und diente im Kriege unter dem Namen „Hale“ als Kreuzer.

Ueber einen Eisenbahn-Unfall ist uns folgende amtliche Meldung zugegangen: Vom Personenzug 606 sind Sonntagmittags 12 Uhr in Kilometer 14,8 der Strecke Osna-brück-Pradvede die Maschine, der Radwagen und fünf Personenzüge entgleist. Lokomotivführer und Bremser erlitten leichte Verletzungen, die Reisenden blieben unverletzt. Der Betrieb wurde durch Umsteigen anrecht erhalten. Jetzt ist die Strecke wieder frei.

Marktpreise von Berlin am 27. Mai 1899

nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidiums.

Ware	D.-Gr.	Preis	Ware	Preis
*) Weizen	16,15	14,00	Schweinefleisch	1 kg 1,60
*) Roggen	15,10	14,-	Rathfleisch	1,80
*) Futter-Gerste	13,40	12,70	Hammeifisch	1,60
*) Hafer gut	15,60	15,10	Butter	2,60
*) mittel	15,-	14,50	Eier	60 Stk 3,60
*) gering	14,40	14,-	Kartoffeln	1 kg 2,-
Rübspross	4,-	3,50	Kale	2,80
*) Senf	6,80	4,20	Bander	2,80
*) Erbsen	40,-	25,-	Sedite	2,80
*) Speisebohnen	50,-	25,-	Barische	1,60
*) Linolen	70,-	30,-	Schleie	2,80
Kartoffeln, neue	6,-	4,-	Heide	1,20
Rindfleisch, Keule 1 kg	1,80	1,20	Krebse	per Schaf 12,-
do. Bauch	1,20	1,-		

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preis-Commissar schaftskammer — Notierungsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

†) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 29. Mai. Weizen und Roggen zogen um 1 Mark an. Hafer und Mais blieb ziemlich fest, Kübeln erhöht. Die Kaufkraft war schwach und die Tendenz trotz kleiner Zufuhr matt. Angeboten waren 45 000 Liter Hafer, die mit 40 M. (- 0,10 M.) Käufer fanden. Laufende Sicht war abgemindert, September auf Dedungen gut behauptet. — Kartoffelfabrikate. Berlin, 29. Mai. Feuchte Kartoffelfabrikate per 100 kg. 10,20 M. Prima trockene Kartoffelfabrikate per 100 kg. 20,60 M., do. Supra 21,25 M., do. Secunda 16—18,00 M. Prima Kartoffelmehl per 100 kg. 20,60 M., do. Supra 21,25 M., do. Secunda 16—18,50 M. — Eierbericht vom 29. Mai. Normale Eier 2,35—2,80 M., kleine 2,15 bis 2,20 M. Tendenz fest. — Berlin's Wetterbericht: und Regen zu führen zu Wasser vom 27. Mai mittags bis 29. Mai mittags betragen 984 To. Roggen, 410 To. Hafer, 109 To. Gerste, 4000 D.-Gr. Weizenmehl, 150 D.-Gr. Roggenmehl, 12 To. Erbsen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll und die letzte Abonnementsquittung beizulegen. Fragen ohne solche Angaben nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Praxis wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

H. A. Son häßlicher Seite sind noch keine Postkarte für Elektro-techniker eingetroffen. Sie sind in diesem Falle auf die privaten Institute angewiesen, die sich zum Teil mit viel Fleiß in den Blättern anstrengen. Ueber den Wert dieser privaten Vorträge können wir kein Urteil abgeben.

Nom II. 1. Man frankiert richtig und verhindert Zahlung von Nachporto. 2. Fragen Sie einem Rechtsanwalt am Orte die Sache vor. 3. Ist und unbekannt.

Burgdorffstraße. Unwahl bedeutet soviel wie erste Wahl. Die Sätze ur ist eine ältere Form der Vorsilbe er (siehe Ursaub und er lauden).

S. O. 143. Das Bureau der Friedrich-Wilhelm-Anstalt für Arbeitssame befindet sich im hiesigen Rathaus, Zimmer 17—19. Vorsitzender ist Herr Stadtrat Heller.

Vöberburg. Uns unbekannt.

Wiese W. Wenden Sie sich direkt an den Magistrat: Privatanklagen sind uns nicht bekannt. — C. Marx. Kindern unter 14 Jahren ist durch Polizei-Behörden der Aufenthalt in Tanzlokalen verboten. — O. P. 1. Nur wenn die Krankheit durch Dienstverrichtungen entstanden ist — sonst nicht. — Einigkeit. Offene Kasse ist nur mit polizeilicher Genehmigung gestattet. — T. S. 200. Sie können mit Erfolg Ihr Erb in Anspruch nehmen, da das nicht gerichtlich deponierte Testament unglültig ist. — Alex. Abonnent 68. Die Umwidmung des Namens ist nicht möglich. — Gröbner. Hundstich muß beim Amtsgericht des Ortes, an dem der Ehesmann seinen Wohnsitz hat, Schadenersatz klagen. Erst dann, nach fruchtlosem Ausfall des Schadenersatzes, ist die Ehegeldklage beim Landgericht durch einen Anwalt anzustellen. Für diese Klage kann man das Armenrecht nachsuchen. — Charlottenburg. 1. Ja. 2. Am 1. Januar 1899. — R. 29. Ihre Eltern können gegen Ihre Kinder auf sandesmäßige Unterstüßung (beim Amts- resp. Landgericht) klagen. Halten die Eltern der Stadt zur Last, so fällt die Wirtschaft beim Todesfall der Stadt zu. — Oberon. Hat eine Dampfgesellschaft einen Dampfer unter der ausdrücklichen Fügung verchartert, daß er 375 Personen fasst, so ist die zur Stellung solcher Dampfer oder zweier an Stelle des einen zu dem vereinbarten Preile verpflichtet. Kommt sie dieser Verpflichtung nicht nach, so ist sie zur Rückzahlung der Anzahlung und zum Schadenersatz verpflichtet. Der Umstand, daß er nachträglich aus sicherheitspolizeilichen Gründen die Maximalzahl von 375 auf 270 Personen herabgesetzt ist, ändert an der Sachlage nichts. Der Richter des Dampfschiffs kann aus Anlaß dieses Umstandes vom Vertrage zurücktreten und die Anzahlung zurückfordern. War jedoch der Dampfer ohne Abrede über die Personenzahl gechartert, so ist der Richter an den Vertrag gebunden. — Kallamer. Ihr Vater soll schleunigst gegen den die Rente herabsetzenden Bescheid Berufung einlegen. Die Adresse des Schiedsgerichts, an das er in doppelter Anzahl die Berufung einzureichen hat, steht in dem anzuergreifenden Bescheid. — R. 24. 1. Ganz gewiß nicht. 2. Ja. — W. M. 1. Es muß an den Betreffenden gezahlt werden, da ihm das Geld gekündigt wurde. Hätten sie ihm z. B. mitgeteilt: Erfolgt die Zahlung nicht längstens bis zum . . . so ist Ihr Anteil verfallen, so läge die Sache anders. — H. S. Eine Schwägerin, welche ihre Frucht vorzüglich abtreibt oder im Mutterleibe stirbt, wird mit Inzucht bis zu 5 Jahren bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter 6 Monaten ein. Mit Inzucht bis zu 19 Jahren wird die Verhöhnung, Anwendung oder Verbringung von Mitteln gegen Ehre bedroht. Die Verhöhnungsfrist beträgt 10 Jahre. Wer Geld zu solchem Zweck gegeben hat, ist ebenso als Gehilfe strafbar. Wenn er seine Kenntnis des Sachverhalts mittheilt, um ein andern zu Duldungen zu veranlassen, so ist er a u s e r d e m wegen Mithilfe, und wenn er Vermögensvortheile durch seine Drohung anstrebt, wegen Erpressung strafbar. — A. Prober. Sie müssen Ihre Forderung klagen und können nach Ablauf von 4 Wochen ohne weiteres das Darlehn im Civilprozeß einlegen. Die anderen Umstände haben mit Ihrem Anspruch nichts zu thun. — Georg. 1. Nein. 2. Ja, aber ohne Aussicht auf Erfolg. — SSS M. M. 1—3 ja, aber er wird es lassen, weil es zu umständlich ist. 4. Bestrafung würde nicht eintreten.

Witterungsbericht vom 29. Mai 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Hand m. m.	Wind- richtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. G. in ° C.	Stationen	Barometer Hand m. m.	Wind- richtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. G. in ° C.
Eintrunde	766,0	W	3	wolkenl.	12	Caparamba	763,0	ONO	2	heiter	8
Hamburg	766,0	W	2	wolkenl.	10	Petersburg	758,0	SE	1	bedekt	12
Berlin	766,0	W	4	heiter	10	Lort	774,0	SO	1	bedekt	12
Wiesbaden	767,0	W	3	heiter	10	Aberdeen	773,0	W	1	h. bed.	14
München	767,0	W	3	bed. bed.	10	Paris	771,0	ONO	3	wolkenl.	9
Wien	763,0	W	3	bedekt	9						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 30. Mai 1899.

Hiemlich kühl, teils heiter, teils wolfig bei mäßigen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Generalversammlung des Verbandes der Porzellan- und verwandten Arbeiter.

Rudolstadt, 27. Mai 1899.

Heute wählte die Generalversammlung den neuen Verbandsvorstand. Wollmann-Berlin wurde als erster, v. d. Kue-Berlin als zweiter Vorsitzender, Seh-Berlin als Kassierer und Jahn-Berlin als Redacteur der „Ameise“ wiedergewählt.

Der Sitz des Verbandes bleibt Berlin-Charlottenburg, der Sitz des Schiedsgerichts Oberhausen.

Nach der Erledigung einiger kleinerer Anträge gelangte als letzter Punkt der Tagesordnung die Frage der Einführung eines Arbeitsnachweises zur Verhandlung. Der Vorstand hatte zu diesem Punkt eine Vorlage eingebracht, die aber wegen einzelner Bestimmungen von keinem der Redner gebilligt wurde.

Die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung ist ein wertvolles Mittel zur Hebung der Lage der Arbeiter und zur Sicherung ihrer wirtschaftlichen Existenz. Die Generalversammlung hält deshalb nach wie vor an dem grundsätzlichen Standpunkt fest, daß der Arbeitsnachweis der Arbeiterorganisation gehört.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nach Ansprachen des Vertreters der Generalkommission Sabbath und des Vertreters des Bundes der keramischen Arbeiter Desreux Schäfer, schloß der Verbandsvorsitzende Wollmann die Generalversammlung mit einem Hoch auf den Verband und die moderne Arbeiterbewegung.

Versammlungen.

Die Bauarbeiter hatten für Sonntag eine öffentliche Versammlung einberufen, die auch sehr stark besucht war. Gustav Vehrendt referierte über die Lage der an Fahrstühlen und Hebevorrichtungen beschäftigten Bauarbeiter.

Rietisch u. Cie und Klotz u. Gehmann existieren. Nur durch Anknüpfen an die Organisation des Verbandes der Bauarbeiter kann eine Besserung geschaffen werden. An die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen knüpfte sich eine längere Besprechung, in der ein Kolonnenführer den bisherigen Zustand zu verteidigen suchte; ihm wurde von Roach, Schulz, Pahl und dem Referenten in treffender Weise entgegengetreten.

Die ebenfalls von Roach behandelte Unterstützungsfrage wurde nach kurzer Besprechung und, nachdem sich auch Richter insofern dafür erklärt hatte, daß genügende Mittel vorhanden seien, dahin geregelt, daß die Unterstützung um 8 M. pro Woche erhöht wird. Desgleichen gelangte nach längerer Besprechung ein Antrag zur Annahme, daß entgegen den zuerst beantragten 1000 M., 2000 M. dem Hauptvorstand bzw. der Zentralfirma in Hamburg zu allgemeinen Unterstützungs Zwecken für die Lohnbewegung überwiesen werden.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. In der Centrum-Vertrauensmänner-Versammlung referierte Glode über: Die Anschläge der Vereinigten Möbelfabrikanten Deutschlands auf den Deutschen Holzarbeiter-Verband. Der kürzlich im „Vorwärts“ veröffentlichte Aufruf an die Holzindustriellen zum Zusammenschluß gegen die organisierten Holzarbeiter zeige, daß das Ideal aller Unternehmer die Vereinigung der Kührmänner sei, welche in rücksichtsloser Unterdrückung jeder selbständigen Bewegung der Arbeiter sich hervorhebt.

Hierauf berichtet der Arbeitsvermittler Maß über den Verlauf

der Mai-Aussperrungen und Werkstattstreiks. Die Arbeit wurde am Montag, den 8. Mai, mit Ausnahme bei den Firmen Baumgarten und Stehmann, von den Aussperrten wieder aufgenommen. Zur Auszahlung kamen 15 300 Mark. Bei Baumgarten hatten die Kollegen Forderungen gestellt, bei Stehmann sollten die Kollegen erklären, nicht wieder den ersten Mai zu feiern; in beiden Betrieben kam es zum Streik. Ferner berichtet Maß über Differenzen bei Kleinau u. Wendland, welche nach Verhandlungen, die seitens des Holzarbeiterverbandes gepflogen wurden, bereits beigelegt sind.

Charlottenburg. Die hiesige Gewerkschafts-Kommission beschäftigte sich in ihrer am 19. d. M. abgehaltenen Sitzung mit den Delegiertenwahlen zur Charlottenburger Allgemeinen Ortskrankenkasse. Von allen Rednern wurde gewünscht, daß bei den kommunalen Wahlen nur Männer, die die Interessen der Arbeiter voll und ganz vertreten, gewählt werden müssen. Ein Komitee, bestehend aus den Mitgliedern Bleed, Koppig, Sabloski, Riedel und Vogel, wurde zur Erledigung der Vorarbeiten zu den Wahlen gewählt. Zur Besprechung gelangte hierauf der in der vorigen Sitzung gefasste Beschluß, daß am 18. Juni ein allgemeines Gewerkschaftsfest gefeiert werden soll.

Achtung, Rabinder! Die außerordentliche Mitgliederversammlung findet nicht am 31. Mai, sondern am Donnerstag, den 1. Juni, abends 8 Uhr, Lindenstr. 106 bei Zubeil statt.

Kleine Anzeigen.

Wichtigsten Wünschen aus dem Kreise unserer Leser und Inserenten entsprechend, werden wir vom 1. Juni ab eine neue Inseratenrubrik „Kleine Anzeigen“ eröffnen. Unter dieser Rubrik werden die Inserate nach Worten berechnet, so daß es jedem Inserenten möglich ist, mit Leichtigkeit den Preis einer von ihm aufzugebenden Anzeige zu bestimmen.

Die Berechnung jedes Wortes (auch abgekürzt) und jede Zahl mit 5 Pfennig; Worte über 15 Buchstaben werden für zwei Worte gezählt. Das erste Wort wird ohne Extraberechnung fett gedruckt. Die Hervorhebung anderer Worte durch Fett- oder Sperrdruck ist unzulässig.

Die Inserate betr. Schlafstellen, möblierte Zimmer u. dgl., sowie Stellengehabe und -Angabe (Arbeitsmarkt) werden vom 1. Juni ab gleichfalls unter den „Kleinen Anzeigen“ veröffentlicht und entsprechend berechnet. Arbeitsmarkt-Anzeigen, in denen einzelne Zeilen oder Worte durch fettere oder größere Schrift hervorgehoben werden sollen, kosten pro Zeile 40 Pf.

Die „Kleinen Anzeigen“ werden in der Hauptexpedition, Beuthstraße 3, in unseren Annahmestellen, die wir in der nächsten Nummer veröffentlichen, und von sämtlichen Zeitungspediteuren z. angenommen.

Die Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Beuthstr. 3.

Achtung! MAURER. Achtung!

Mittwoch, den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den Bornsiasälen, Ackerstraße 6-7:

Grosse öffentliche Versammlung der Maurer Berlins und Umgegend (Vertrauensmänner-Centralisation).

Tagesordnung: 1. Die Leistungsunfähigkeit unserer Centralisation und die Verleumdungen der Verbandsleiter. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.

Kollegen, da sich jetzt auf allen Bauten und auch in vielen Städten außerhalb Berlins die Verbandsagitatoren die größte Mühe geben, uns als arme Kerle und unsolidarische Organisation hinzustellen, liegt es an uns, diese böswilligen, aus der Luft gegriffenen Verleumdungen auf ihren wahren Wert zu prüfen; deshalb ist diese Versammlung einberufen und erwarten wir, daß Ihr alle erscheinen werdet.

Die Lohnkommission. J. A.: Fritz Kater.

Vereine und Gewerkschaften! Empfehle mein Weiß- u. Baurisch-Bierlotal nebst franz. Billard und Vereinszimmer für 40-50 Personen, auch geeignet f. Hochlabende. [19082] Gustav Ladewig, Kommandantenstr. 65, nahe Alte Jakobstraße.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Branchen-Versammlung der Musikinstrumenten = Arbeiter Mittwoch, den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Süd-Ost“, Waldemarstraße 75. Tages-Ordnung: 1. Arbeitslosen-Unterstützung, Diskussion. 2. Fragebogen. 3. Werkstattangelegenheit und Verschiedenes. Die Vertrauensmänner sind verpflichtet, für die Versammlung zu agitieren.

Achtung! Dachdecker u. Berufsgenossen. Mittwoch, den 31. Mai, abends 8 Uhr, Große öffentliche Versammlung im Englischen Garten, Hagenstraße 27c. Tages-Ordnung: 1. Bericht der Lohnkommission über den Stand unserer Bewegung. 2. Verschiedenes. Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein Die Lohnkommission.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Porträts (facsimilierter Führer, Schallpl., Wapp etc. in Gips, Stein, Eisen, Kacheln, Bronze, Kupfer, Silber, Elfenb. u. dgl.), sowie jede Drechselwaare u. Reparatur. (Man verl. Preisdruckant.)

Was ist Schapitrogruh? SCHAPITROGRUH ist ein... (Text continues with details about the Schapitrogruh product and its benefits for various professions and businesses.)

Socialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Dienstag, den 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung bei Bickel, Gassehaide 52-53. Tages-Ordnung: 1. Der sociale Charakter des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches. Referent: Rechtsanwalt Victor Fraenk. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 238/11 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Dienstag, den 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung in den Berolina-Sälen, Schönhauser Allee 28. Tages-Ordnung: Vortrag des Genossen Dr. Alfred Bernheim. Diskussion. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes. 247/2 Wäsche haben Zutritt. Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung Vergolder-Gewerbe am Donnerstag, den 1. Juni 1899, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20. Tages-Ordnung: 1. Bericht des Gewerkschafts-Delegierten. 2. Neuwahl desselben. 3. Der Streik der Grundbesitzer bei der Firma E. Probst. 4. Verschiedenes. 227/1 NB. Sämtliche Arbeitgeber der Grundbesitzer sind zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen. Der Vertrauensmann der Vergolder.

Berliner Genossenschafts-Bäckerei (Eingetragene Genossenschaft m. b. H.) Neue Hochstraße 18. Berliner Genossenschafts-Bäckerei (Eingetragene Genossenschaft m. b. H.) Schutz-Marko-Garantiertes reiniges Roggenbrot. Plan-Ufer Nr. 16. empfiehlt den Parteigenossen ihr vorzügliches reines Roggenbrot. Selbiges bleibt auch jetzt bei der warmen Jahreszeit mehrere Tage frisch und wackelweich. Es ist täglich frisch in ca. 500 Niederlagen a 25, 50, 75, 100 Pf. zu haben. Der Vorstand.

Kranzbindererei u. Blumenhandlung von 16082 Robert Meyer, No. 2. Mariannenstr. No. 2. Wohnungs-Kränze, Guirlanden, Ballsträußen, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswert angefertigt. Deutscher Textilarbeiter-Verband Filiale IV Berlin. Cöpenick. Nachruf! Am Sonnabend, den 27. d. Mts., starb unser langjähriges Mitglied Franz Krüger. Sein treues und reichliches Verhalten zum Verbands wird ihm stets ein ehrendes Andenken bei uns bewahren. 197/1 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 30. d. M., nachm. 6 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Schönerlinstr. 14, aus statt. Recht verge Beteiligung der Mitglieder erwartet Der Vorstand. Sein treues und reichliches Verhalten zum Verbands wird ihm stets ein ehrendes Andenken bei uns bewahren. 197/1 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 30. d. M., nachm. 6 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Schönerlinstr. 14, aus statt. Recht verge Beteiligung der Mitglieder erwartet Der Vorstand. Restauration Saal und Garten Westersky, Schulstr. 29.

Dr. August Winter Martha Winter geb. Hartstein Vermählte. Beuthen O./S., Mai 1899.

Todes-Anzeige. Nach langen, schweren Leiden verstarb Sonntag, den 28. Mai, morgens 1/8 Uhr, mein lieber Mann und Vater, der Mechaniker Paul Emil Scharf im Alter von 30 Jahren. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 31. Mai, 4 Uhr, vom Weidenfeger Kirchhof aus statt. Die trauernde Wittwe nobst Kindern.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Am Sonntag, den 28. Mai, verstarb unser Mitglied, der Mechaniker Emil Scharf an der Proletariatskrankheit. Die Beerdigung erfolgt am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Weidenfeger. 112/8 Die Erdbewahrung.

Kranken-Unterstützungsband der Schneider. Unser Mitglied G. Keil ist am 27. d. M. verstorben. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 30. Mai, nachmittags 5 1/2 Uhr, auf dem Neuen Thomaskirchhof in Rixdorf, Hermannstraße, statt. 168/15 Die Erdbewahrung.

Niels Bengtson Nach längerem Leiden erlitt heute früh 9 Uhr der Rentier Niels Bengtson im 75. Lebensjahre. Im Namen der Angehörigen: W. Seidig, Brandenburgstr. 22 Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 30. Mai, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Brandenburgstr. 22, aus nach dem Jerusalemer Kirchhof, Belle-Alliancestraße, statt.

Danksagung. Für die große Teilnahme und zahlreiche Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Schiedes Gottlieb Mücke, sage ich allen Verwandten und Bekannten, speziell den Firmen Knab u. Co. und Reinhardt u. Co., meinen herzlichsten Dank. 310/8 Ww. Amalie Mücke geb. Weyl. Allen denen, die meinem lieben Mann August Döring die letzte Ehre erwiesen, dem Chor der Firma Teichmann, Breslauerstraße, den Meistern und Kollegen, welche schon während der Krankheit meines Mannes ihre herzlichste Teilnahme bewiesen und dem Vorstand der deutschen Textilarbeiter für die herrlichen Kranzspenden, sage ich meinen wärmsten Dank. Wwe. Döring geb. Kulle nobst Kindern.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, den 30. Mai
Opernhaus. Regina oder: Die Marodeure. Bergheimlich. Anfang 8 Uhr.
Schauspielhaus. Fultus César. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neue Oper (Kroll). Geschlossen.
Deutsches. Die Gefährtin Der grüne Kalabu. Paracelus Anfang 7 1/2 Uhr.
Felling. Theresie Raquin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Die Wadefalson. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neubau. Der Schlafwagen. Controleur. Borber: Zum Einsiedler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Satisfaktion. Anfang 8 Uhr.
Neues Hoftheater. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wesien. La Traviata (Staletta) Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Luisen. Der Kammerlater. Anfang 8 Uhr.
Volk-Alliance. Der Aktienbader. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Nachtombud. Controleur. Anfang 8 Uhr.
Alexandervplatz. Um ein Weib. Anfang 8 Uhr.
Chaus. Die rote Mühle. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Hoftheater. Spezialitäten-Vorstellung Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstrasse 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Operatelephon. Invalidenstrasse 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Satisfaktion.
Schauspiel in 4 Aufzügen v. Alexander Baron von Roberts.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Frau vom Meere.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Satisfaktion.
Abend - Carl Weiß - Theater.
Gr. Frankfurterstrasse 132.
Novität! Zum 10. Male: Novität!
Die rote Mühle.
Sensationelles Ausstattungsspiel in 5 Akten von G. Ostrowsky und G. Soubermann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Im Konzert-Garten:
Konzert, Theater und Spezialitäten.
Otto Müller-Römer, Komiker. Eugen Andree. Chansonnetten-Vorlese. Emma Dahl. Chansonnette. Gebrüder Künze. Mikrosalen. Gschw. Relas. Duettisten.
The Kelson. Gymnastiker.
Dr. Pantomime. 27 Nummern.
Der Winnen-Berein. Operette von G. Weiss. Anfang 8 Uhr.

Central-Theater
Direktion: José Ferenox.
Zum letzten Male:
Die Puppe (La Poupée).
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Ordemann u. Stange. Musik von Ed. Audran.
Morgen: Waldmeister. Operette in 3 Akten von G. David. Musik von Johann Strauß.
Metropol-Theater.
Schauspielstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
Sensationelles
Hai-Programm.
Mlle. Lidia. Frid-Frid. José Hargini.
Der schöne Rigo.
Operette von Ziehrer.
Zwei grosse
Ausstattungs-Balletts.
Glinzeretti.
Grigory. Noisset.
Am 1. Juni:
Neues phänomenales Programm.
In Vorbereitung:
Berlin lacht!!
Heitere Bilder aus Berlin in einem Vorspiel und zwei Abteilungen v. Julius Freund. Musik von Julius Einödshofer. - Einlage: **Grosses Zeitungsballett.** Rauchen in allen Räumen gestattet. Wochentags Anfang 8 Uhr, Sonn- und Feiertags 7 1/2 Uhr.
Puhlmanns
Vaudeville-Theater
Inhaber F. Schumann, Schönha. Allee 148, Rosen-Allee 97/99.
Täglich:
Konzert, Theater
u. Spezialitäten-Vorstellung mit reichem neuem Programm.
Backhaus Volks-Theater
Neu-Weissenhof, Franzlauer Chaussee.
Freies Mittwoch:
Norddeutsche Sänger.
Anf. 7 1/2 Uhr. - Entree 20 u. 30 Pf.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Um 9 Uhr. Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr

Passage-Panopticum.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends
Nur noch kurze Zeit.
Der unverwundbare **Fakir.**
Son 6 1/2 Uhr.
Spezialitäten-Vorstellung.

CASTANS PANOPTICUM
Im Pachorrpalast, Friedrichstr. 165.
Neu!! Lebende
Neu!! Photographien!
Neu!! in Lebensgrösse.
Lebende Bilder,
gestellt von 5 jungen schönen Damen.
„Dreifuss“ dreifüssig, lebend.
Teicherkessensperd.

Apollo-Theater.
Frau Luna.
Im 4. Bilde das sensation. Luftballon
Grigolatis.
Ferner:
Hella Collier
Henry Bender
The 3 Gilbars
etc. etc. etc.
Anfang d. Garten-Konzerts 7 Uhr.
der Vorstellung 8 Uhr
Billet-Vorverkauf täglich im Theater
und beim „Kunstlerdank“, Unter
den Linden 69.

Reichshallen.
Bei schönem Wetter in dem herrlichen, aufs prächtigste renovierten Konzertgarten, bei schönem Wetter im großen Theateraal täglich:
Stettiner Sänger
(Weibel, Vietor, Britton, Sieidl, Krone, Schneider und Schrader).
Anfang wochentags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf. (Vorverkauf für die Wochentage 40 Pf.) Nummerierte Estrade 1 M., unnummeriert 75 Pf.
Jeden Freitag:
Neues Programm.

Victoria-Brauerei
Zühlstrasse 111/112.
Im Naturgarten oder Saal:
Täglich
Humoristische Soiree der
Norddeutschen Sänger
(Fuhrmann, Horst, Walde).
Anf. Sonntag
präc. 7 wochen-
tägl. 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorverk. 40 Pf.
Familienbillet
3 = 1 M.
Sonntag und
Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Prater-Theater
Sankt-Annen-Platz 7/9.
Täglich: **Dorus Real.** Volks-
stück mit Gesang u. Tanz von Hugo
Schulz, Musik von H. Berken. Kostüm-
fourette Prof. Vierrath. Gebr. Milano,
Grot. Durst. Tauma-Quartett, Gesang
u. Tanz. Abous u. Campion, Red-
turner. Dr. Picardy, Gans u. Kapi.
Gullibrick. Mr. Hubertus, Kunstspieler.
Ballettgesellschaft. Döring, Mr. Bartling,
lebende Photogr. Konzert und Ball.
Eintritt Wochentags und Sonntags
30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kalbo.

Wilhelm Busch-Abend
veranstaltet von der
Litterarischen Vereinigung
am Sonnabend, den 3. Juni ex., abends 8 1/2 Uhr,
in Kellers Festsaal, Köpenickerstr. 29.
Zur Darstellung gelangen:
„Der heilige Antonius“ und „Julchen“
mit ca. 200 Projektionsbildern.
Billets a 30 Pf. sind zu haben in allen Buchhandlungen der freien
Volksbühne, bei den Ordern, im Bureau der Buchdrucker, Ritterstrasse 89,
sowie abends an der Kasse 267/4

Schweizer-Garten
Am Königsthor (Ringbahn) Am Friedrichshain.
Täglich: Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung.
Volksbelustigungen aller Art.
Freier Damentanz und **Ball.**
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
An Wochentagen ist das Etablissement an Vereine zu vergeben

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenhalde 14-15. Artistische Leitung: Paul Mühlh.
Täglich: **Großes Garten-Konzert.**
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Auftreten des gesamten Schauspiel- u. Spezialitäten-Personals.
Nur erstklassige Kräfte.
Georg Fischer (Siederlänger), Karl Cursch (Zanz-Barobist), Heddy Brumion
(Kosim-Soubrette), Dora Marchetty (Barbarce-Guillibrick), Jackson-Truppe
(Grenzenland) usw.
Neues gediegenes Familien-Programm.
Entree: Wochentags 20 Pf. Entree: Sonntags 25 Pf.
Numerierter Platz 40 Pf. Numerierter Platz 50 Pf.
Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr. Anfang der Vorstellung 6 Uhr.
Zu den Festzeiten: **Großer Ball.**
Die Kasseöffnung ist geöffnet. **Max Klem.**

Brauerei Friedrichshain.
Täglich **Hagenbecks Polar-
Show.**
12 Eisbären, vorgeführt von Hendrick Olafson.
Elefant, Pferd und Hund, vorgeführt von Herckenrath.
Entree 30 Pf., Kinder 15 Pf.
Annoncen-Expedition F. v. Schirp, Berlin.
Inland-Bad
Marsiliustr. 9.
zwischen Blumen- u. Gr. Frankfurterstr.
Loh-Tanninbäder,
Dampf- und Heißluft-Bäder.
Für Damen Dienstag und Freitag Vormittag. Sämtliche medizinischen
Bäder. Annahme sämtlicher Krankenkassen.

Butter
täglich frisch ankommend,
offerierte meiner werthen Kundschaft in nachstehenden Filialen:
Koppen, Ecke Gr. Frankfurterstrasse.
Weidenweg 100.
Krautstrasse 48.
Vangstrasse 27.
Oranienstrasse 129.
Bundowstrasse 14.
Memelerstrasse 52.
Rigauerstrasse 1.
Markusstrasse 47.
Andreas-Marktstrasse 115-118.
Reide E 15-18.
Frankfurter Allee 131.
Gute Tischbutter Pfund Mk. 1,00
Ganz besonders zu empfehlende Pfund 1,10 u. 1,20
Sehr gute Kochbutter Pfund Mk. 0,90
Eier, täglich frisch eintreffend Dutzend 50-65 Pf.
Käse, nur bessere Qualitäten. [18222]
J. Maeding, Comptoir und Krautstr. 48.
Grosß-Lager:

Remele's Naturheilanstalt.
Sanatorium „Drachenkopf“ Eberswalde bei Berlin.
Luftkurort. Gesundes Klima. Physikalisch-
diätetisch. Heilverfahren. Suggestionstherapie.
Magnetismus. Das ganze Jahr geöffnet. Ge-
wissenhafte indiv. Behandlung. Ideologisch u. ruhig
am Walde gelegen. Komfortabel eingerichtet.
Dampfbadung. Glühlicht. Dampfbad. Luft-
bäder. Luft- u. Sonnenbäder. Verzügliche Er-
folge bei allen chronischen Erkrankungen,
besonders bei Lungen-, Nerven-, Frauen-
leiden, Nier- u. Rheumatismus. Pensionpreis
inkl. Behandlung schon von 4 Mk. p. Tag an. Pros-
pekt frei. Dirigier. Arzt: Dr. med. von Quillfeld

Möbel und Polsterwaren.
Großes Lager.
Gediegene
Arbeit, äußerst billige
Preise, empfiehlt
A. Schulz,
Reichenbergerstr. 5. Auch Teilszahlung!
Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahn-
ziehen i. M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentlich 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigstr. 22. Sprechst. 9-7.

Bock-Brauerei
Monbiter Gesellschaftshaus.
Alt-Monbit 80-81.
Täglich:
Grosses Konzert
und
Spezialitäten-Vorstellung
ersten Ranges.
Kaffeehaus geöffnet. - Bassparatons
haben Gültigkeit und sind noch zu
haben. - Gleitende Berechtigung.
C. H. Peters.

W. Noacks Theater,
Brunnenstrasse 16.
Täglich im Garten:
Konzert, Theater u. Spezialitäten-
Vorstellung.
Der schöne Frühlingstag
Schwand in 1 Akt von Felsch.
Den! Wanjeschwänzchen.
Pöste mit Gesang und Tanz in 1 Akt
v. D. Rolius. Musik v. G. Steffens.
Im neu ren-
vierten Saal: **Großer Ball.**

Sophatofie
auch Reste
in Nips, Damast, Grotte,
Phantase, Gobelins und
Wäich Vorbillig! [16099]
Proben franco!
in allen Qualitäten
zu Fabrikpreisen.
Berlin N.,
Canenstr.,
Nr. 158.

Geschäfts-Bericht
der Genossenschafts-Bäckerei
„Vorwärts“
Eingetragene Genossenschaft mit be-
schränkter Haftung
in Berlin, Am Dübahuhof 3.
Bilanz-Conto am 31. Dezbr. 1898

Activa.

An Kassa-Conto	813,14
Waren-Conto	888,10
Geld-Conto	775,50
Umsätze-Conto	154,60
Conto-Corrent-Conto, Debitoren	1017,30
Wart	3668,54

Passiva.

Ver Darlehn-Conto	1000,-
Bauspar-Conto	817,62
Reisereisende-Conto	455,22
Conto-Corrent-Conto, Creditoren	20,-
Geschäfts-Anteil-Conto der Mitglieder	380,-
Gewinn- u. Verlust-Conto, Gewinn pro 1898	55,70
Wart	3668,54

Bilanz der Genossen am 31. Dezember
1898: 7 Ausgetreten im Jahre 1898
durch Ausschluss 1 Genosse, neu ein-
getreten 1 Genosse. - Die Geschäfts-
entwässerung, sowie die Hoffmanns der
Genossen haben sich im Jahre 1898
weder vermehrt noch vermindert. -
Die Gesamt-Hoffmanns betragen 380 M.
Hermann Teupel, Geschäftsführer.
Friedrich Viehöver, Kassierer.
Theodor Doehow, Vorsitzender des
Aufsichtsrats. 285b

**Loh-Tannin-
Bäder**
Dampf, Heißluft, Saal,
Bäder u. andere medizinische
Bäder
täglich für Damen u. Herren in
der Kur u. Heilanstalt Meier-
hof, Berlin N., Köpenickerstr. 132.
Neu eröffnet. Größte hygie-
nische Saubereit. Bäder für
sämtl. Krankenkassen. Ein
Probekbad erhält Inhaber dieser
Annonce zum Verluh vollständig
umsonst
bis 1. Juni 99 nur 1 Probe-
bad gratis. [17329]
Richter, früh u. d. Spand. Br. 6.

Möbel
auf Teilzahlung.
J. Kellermann,
Prinzenstr. 97,
parterre.
30
Mark!!
elegante
Herren-Anzüge
nach Mass.
30 Mk.
hochfeine
Sommer-Paletots
nach Mass. 1928
Für 10 Mark hochelegante Bein-
kleider nach Mass,
guter Stoff, tadelloser Sitz,
Riesenstofflager
14 Krausenstrasse 14,
1 Tr. Kein Laden, 1 Tr.
Allerlei Anzeigen.

Herren-Anzüge
nach Mass.
30 Mk.
hochfeine
Sommer-Paletots
nach Mass. 1928
Für 10 Mark hochelegante Bein-
kleider nach Mass,
guter Stoff, tadelloser Sitz,
Riesenstofflager
14 Krausenstrasse 14,
1 Tr. Kein Laden, 1 Tr.
Allerlei Anzeigen.

**Stimmbezugs-
Sangesbrüder,**
besonders erwünscht echte Tenöre,
welche gewillt sind, dem Vortreten
Gefangenen beizutreten, können sich
zur Aufnahme melden Donnerstags
abends 9 Uhr, Restaurant Wiedemann,
Friedenstr. 67. 303 b

Rechtsanwaltsbureau Anfer
führt alles durch. Invalidenstr. 126. H.
Damenrad
und Halbrenner, hochlegante er-
stklassige deutsche Maschine, 99 Model,
mit allen Neuerungen und allerfeinstem
Material, Familienverhältnisse (soub-
billig). Fabrikgarantie noch 11 Monate.
Urbanstr. 9, hochparterre rechts.
Kingshillschen Nähmaschine,
tadellos mit Radien u. sämtl. Apparaten,
ist für 20 M. zu verkaufen. Sel u.
Grosßhandl. 32, IV. 3206
Schlafsofa, 24 Mark, wie neu,
Weberstr. 40b, Tapstier. [3028]
Aufputzmaschine, reell, Sofa 5 M.,
Krause 4 M. Graefner, Vintenstr. 24.

5 1/2 Bid. Brot 50 Big.
H. Albrecht's
Bäckerel
Oranienstr. 9. Krautstr. 19.
Kaiserkönigstr. 28. Sankt-Nikolastr. 2.
Fahrräder
Dieses großes Lager
erstklassiger Fabri-
kate auf Teilzahl.
ohne Dreier-
höhung zu den
constanten Zahl-
bedingungen.
Ratal gratis.
Wenig gebrauchte Räder
für Herren u. Damen zu billigen
Preisen unter Garantie.

Adomeit & Landau
Lothringerstr. 48 I.
Dicht am Rosenthaler Thor.
Vermietungen.
Zimmer.
Kurzstimmer, möbl., Drebbenerstr. 39, pt.
Freundl. möbl. Zimmer, sofort zu
verm. Schöning, Moabitstr. 27 u. III.
Zem möbl. Zimmer zum 1. Juni,
Charlottenstr. 79, I links. 295b
Möbl. Zimmer zu vermieten Pan-
tenstr. 73. Grundm. 3085
Möblirter Herrensommer vermietet
Am Schellstr. Alexanderstr. 36a.

Schlafstellen.
Schlafst. f. d. sep. d. Curtz, Wals-
straße 21/22, Duergeb. 245b
Freundl. Schlafst. f. Herrn oder
2 auf Damen bei Schapanstr. An-
denstr. 62, I. Duergeb., 3 Tr. rechts.
Stallweberstr. 9, Schlafst. für
Herrn, Ent. 3 Tr. bei Lindb. 3085
Eine Schlafst. zu vermieten,
Waldemarstr. 52, Hof 4 Tr. r. [292b]
Freil. Schlafst. f. d. m. Raffee 10 Pf.
b. d. Studie, Waldemarstr. 37 u. 1/2, Tr.
Schlafst. Wilmannsstr. 35, IV, geradzu.
Saubere Schlafst. für Herrn Pan-
tenstr. 27, Mittel. 3096
Schlafst. Hochstr. 20, Wm. Guder.

Arbeitsmarkt.
Achtung, Holzarbeiter!
Bei Eisholz, Krautstr. 52,
sehen die Kollegen im Streit.
In der Stimmfabrik von Steh-
mann, Reichenbergerstr. 142,
sind sämtliche Tischler wegen Feiern
des 1. Mai entlassen. Zugang ist fer-
zuhalten.

Möbelpolierer.
Bei Müller, Krautstr. 37, hab
die Kollegen gemahnet. 1463
Zuzug fernhalten bittet
Der Vorstand des Verbandes.

Stellenangebote.
Ein tüchtiger, selbständiger, mit
sämtlichen Agenden im
Staniolfärben
vertrauter Arbeiter, jedoch nur solcher,
welcher bereits in dieser Eigenschaft
mehrjährige Tätigkeit nachweisen
kann, gesucht. 86/14
Offerten mit Angabe der Lohn-
ansprüche unter: „Dauernd 2431“
an Rudolf Mosse, Berlin.

Metalldandwerker
für Kettenarbeiten anheim Hause verl.
Baruch & Co., Alte Jakobstr. 24.
Schlosser
auf Konstruktion verlangt 290b
Ed. Puls, Tempelhof, Germaniastraße.
Schuhmacher verl. Schade, Bodenstr. 40.
Kordmacher-Gei, a. weih u. grün
verl. Dragonsstr. 11, Berlin. 315b
Einen durchaus tüchtigen **Abwäner**
(Textilmacher) für bessere Kassen sucht
[et. bei hohen Lohn 295b
Niendorf & Hempel,
Ludenwalle
Tüchtigen **Farbligierers** verlangt
291b
Goldblechfabrik,
Alexandrienstraße 25.
Tischler
auf furnierte Rosenmöbel. Unter
Lohn. 295b
H. F. H. Köhn & Co., Lustum.

Wanjesells [184b*
auf Knabenlachen, Dosen 0,30-0,50 M.,
Faden und Wäulen 0,60-1,20 M.,
Uebertragungsarbeiten, 0,15-0,40 M.,
im und anheim Hause verl. dauernd
G. Laaser, Brunnenstr. 84.
Suchen per sofort eine Ober-
brennbarbeiterin auf weisse und
bunte Gewebe. Off. unt. V. 5 an
die Erheb. d. Bl. 222b
Hansells
auf bessere Damen-Jackets verlangt
Reimer, Stallweberstr. 1-2, 3 Tr.,
Gde. Morgenpl. 249b
Plätterinnen auf geschweifte
Umlegelagen und Bestellungen im und
anheim Hause verl. **Wag Trepp,**
Schönhauser Allee 107a, Fabrikstr. IV.
Junge Mädchen
zum Häkeln, auch zum Verben, ver-
langt 288b
Mechanische Stickerie **Wendler,**
Sofienstr. 10.